



4. Sitzung

am Donnerstag, dem 24. Oktober 2013, 09.00 Uhr,
in München

Geschäftliches.....	54	Beschluss zum CSU-Antrag 17/14.....	59
Wahl eines Mitglieds des Präsidiums		Beschluss zum Vorschlag der CSU betr. Ausschussstärken.....	59
Reserl Sem (CSU).....	54	Mitteilung betr. Verteilung der Ausschusssitze, Stellen der Ausschussvorsitzenden und stellvertre- tenden Ausschussvorsitzenden (s. a. Anlage 1)	60
Bestimmung der Stärke der Ausschüsse sowie Verteilung der Zahl der Ausschusssitze und der Stellen der Ausschussvorsitzenden und ihrer Stellver- treterinnen und Stellvertreter auf die Fraktio- nen		Gesetzentwurf der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) zur Änderung des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen - Wahl- freiheit G 9/G 8 (Drs. 17/13) - Erste Lesung -	
hierzu:		Prof. Dr. Michael Piazolo (FREIE WÄHLER).....	60
Antrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Josef Zellmeier, Gudrun Brendel-Fischer u. a. und Fraktion (CSU) Änderung der Geschäftsordnung für den Baye- rischen Landtag (Drs. 17/14)		Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU).....	61
und		Martin Güll (SPD).....	62
Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Alexander Muthmann u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Änderung der Geschäftsordnung für den Baye- rischen Landtag (Drs. 17/23)		Thomas Gehring (GRÜNE).....	63
Josef Zellmeier (CSU).....	54	Günther Felbinger (FREIE WÄHLER).....	64
Volkmar Halbleib (SPD).....	56	Verweisung in den Bildungsausschuss.....	65
Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER).....	57	Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Volkmar Halbleib, Inge Aures u. a. und Fraktion (SPD) GBW-Mieter schützen - Ausverkauf und Mieter- höhungen verhindern! (Drs. 17/15)	
Thomas Gehring (GRÜNE).....	58		
Beschluss zum FW-Antrag 17/23.....	59		

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Josef Zellmeier, Gudrun Brendel-Fischer u.a. und Fraktion (CSU)

Sozialcharta bei der GBW AG (Drs. 17/26)

Harald Güller (SPD).....	65 67 71
Peter Winter (CSU).....	66 67
Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER).....	68 71
Jürgen Mistol (GRÜNE).....	69
Staatssekretär Johannes Hintersberger.....	69 70
	71 72
Christine Kamm (GRÜNE).....	72

Beschluss zum SPD-Dringlichkeitsantrag 17/15..... 72

Beschluss zum CSU-Dringlichkeitsantrag 17/26..... 72

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Eva Gottstein u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Gleiche Mütterrente für alle (Drs. 17/16)

Eva Gottstein (FREIE WÄHLER).....	73
Joachim Unterländer (CSU).....	74
Angelika Weikert (SPD).....	75
Kerstin Celina (GRÜNE).....	75
Staatsministerin Melanie Huml.....	76

Beschluss..... 77

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Windenergie in Bayern voranbringen - Planungssicherheit für Kommunen, Bürgerinnen und Bürger herstellen (Drs. 17/17)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Akzeptanz der Windenergie sichern - Einflussbereich der Kommunen bei Planung von Windkraftanlagen stärken (Drs. 17/27)

Martin Stümpfig (GRÜNE).....	77
Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER).....	79 81
Erwin Huber (CSU).....	80 80 82
Natascha Kohnen (SPD).....	82 84 85
Staatsministerin Ilse Aigner.....	84 84 85

Beschluss zum GRÜNEN-Dringlichkeitsantrag 17/17..... 85

Beschluss zum FW-Dringlichkeitsantrag 17/27..... 85

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten

Thomas Kreuzer, Josef Zellmeier, Gudrun Brendel-Fischer u. a. und Fraktion (CSU)
Markus Rinderspacher, Volkmar Halbleib, Inge Aures u. a. und Fraktion (SPD)
Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Unterstützung einer möglichen Bewerbung der Landeshauptstadt München mit dem Markt Garmisch-Partenkirchen und den Landkreisen Berchtesgadener Land und Traunstein um die Austragung der XXIV. Olympischen und XIII. Paralympischen Winterspiele 2022 (Drs. 17/18)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ja zur Heimat, Nein zur Olympiabewerbung 2022 (Drs. 17/28)

Berthold Rüth (CSU).....	86
Diana Stachowitz (SPD).....	87 95
Florian Streibl (FREIE WÄHLER).....	88
Ludwig Hartmann (GRÜNE).....	90 90 90
	93
Klaus Steiner (CSU).....	90
Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD).....	92 93
Staatsministerin Christine Haderthauer.....	93

Namentliche Abstimmung zum CSU/SPD/FW-Dringlichkeitsantrag 17/18..... 95

Namentliche Abstimmung zum GRÜNEN-Dringlichkeitsantrag 17/28..... 95

Ergebnis der namentlichen Abstimmung 17/18 (s. a. Anlage 2)..... 96

Ergebnis der namentlichen Abstimmung 17/28 (s. a. Anlage 3)..... 96

Mitteilung betr. Zusammensetzung des Ältestenrats (s. a. Anlage 4)..... 96

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Volkmar Halbleib, Inge Aures u. a. (SPD)
Arbeitnehmerrechte sichern - Streit zwischen XXXLutz und Belegschaft schlichten!
 (Drs. 17/19)
 Verweisung in den Sozialausschuss 96

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Garantie für Lehrstellen: Demographische Rendite muss im Schulsystem bleiben (Drs. 17/20)
 Verweisung in den Bildungsausschuss 96

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Sicheren Zugang für Schutzsuchende nach Europa schaffen - Flüchtlingsdramen stoppen!
 (Drs. 17/21)
 Verweisung in den Bundesangelegenheitenausschuss 96

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
GAP bei der Agrarministerkonferenz
 (Drs. 17/22)
 Verweisung in den Landwirtschaftsausschuss 96

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Volkmar Halbleib, Inge Aures u. a. und Fraktion (SPD)
Bayerische Interessen im Rahmen der Agrarministerkonferenz vertreten - Förderung der bäuerlichen Landwirtschaft (Drs. 17/29)
 Verweisung in den Landwirtschaftsausschuss 96

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Ulrike Müller u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bayerische Interessen bei der Agrarministerkonferenz am 4. November 2013 vertreten
 (Drs. 17/30)
 Verweisung in den Landwirtschaftsausschuss 96
 Schluss der Sitzung..... 96

(Beginn: 09.02 Uhr)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich sage Ihnen einen schönen guten Morgen und eröffne die 4. Vollsitzung des Bayerischen Landtags.

(Unruhe)

Wenn wir uns beruhigt haben, fahre ich fort. – Presse, Funk und Fernsehen sowie Fotografen haben um Aufnahmegenehmigung gebeten. Die Genehmigung wurde erteilt.

Tagesordnungspunkt 1 entfällt, nachdem die CSU-Fraktion auf ihr Vorschlagsrecht für die Aktuelle Stunde verzichtet hat.

Ich rufe demnach **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Wahl eines Mitglieds des Präsidiums

Die vorschlagsberechtigte CSU-Fraktion hat anstelle von Herrn Kollegen Josef Zellmeier Frau Kollegin Reserl Sem als neue Schriftführerin benannt. Ich gehe davon aus, dass hierzu keine Aussprache stattfindet und von geheimer Wahl gemäß § 42 Absatz 2 der Geschäftsordnung Abstand genommen wird. – Widerspruch erhebt sich nicht. Ich lasse deshalb die Wahl in einfacher Form durch Handzeichen durchführen. Wer dem Vorschlag der CSU-Fraktion seine Zustimmung erteilen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER, der SPD und der GRÜNEN. Gegenstimmen? – Keine. Enthaltungen? – Auch keine. Dann ist Frau Kollegin Sem zur Schriftführerin in das Präsidium gewählt worden. Herzlichen Glückwunsch!

(Allgemeiner Beifall)

Ich frage Frau Kollegin Sem, ob sie die Wahl annimmt.

Reserl Sem (CSU): Ich bedanke mich für das Vertrauen und nehme die Wahl gern an!

(Allgemeiner Beifall)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3** auf:

Bestimmung der Stärke der Ausschüsse sowie Verteilung der Zahl der Ausschusssitze und der Stellen der Ausschussvorsitzenden und ihrer

Stellvertreterinnen und Stellvertreter auf die Fraktionen

hierzu:

Antrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Josef Zellmeier, Gudrun Brendel-Fischer u. a. und Fraktion (CSU)
Änderung der Geschäftsordnung für den Bayerischen Landtag (Drs. 17/14)

und

Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Alexander Muthmann u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Änderung der Geschäftsordnung für den Bayerischen Landtag (Drs. 17/23)

Nun eröffne ich die gemeinsame Aussprache. Die Redezeit beträgt nach der Geschäftsordnung fünf Minuten pro Fraktion. Zunächst hat Herr Kollege Zellmeier für die CSU-Fraktion das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Josef Zellmeier (CSU): Herr Präsident, Hohes Haus! Die CSU-Landtagsfraktion hat sich zum Ziel gesetzt, bei den grundlegenden Fragen der Geschäftsordnung, der Verteilung auf die Ausschüsse und Zuschneidung den Konsens mit den Kolleginnen und Kollegen zu suchen. Wir wollen möglichst fair und offen miteinander umgehen und nicht gleich zu Beginn der Legislaturperiode bei diesen Fragen in Konfrontation gehen. Deshalb sind wir sehr früh auf die Kolleginnen und Kollegen der Opposition zugegangen und haben versucht, uns mit den Parlamentarischen Geschäftsführern zu einigen. Wir haben die Wünsche für den Zuschnitt und die Größe der Ausschüsse berücksichtigt, die insbesondere von der SPD-Fraktion und der Fraktion der GRÜNEN gekommen sind. Deren Wunsch war, dass jede Fraktion mit mindestens zwei Abgeordneten in den Ausschüssen vertreten ist. Wir kommen dem nach, damit die GRÜNEN nicht in ein Losverfahren getrieben werden. Die SPD soll im Haushaltsausschuss einen fünften Sitz haben. Deshalb schlagen wir vor, den Haushaltsausschuss mit 21 Abgeordneten zu besetzen, alle anderen Ausschüsse mit 18.

Der Wille zu einem fairen Start dokumentiert sich auch dadurch, dass wir an der bisherigen Verteilung der Vizepräsidenten festgehalten haben. Wir waren von Anfang an damit einverstanden, dass jede Fraktion einen Vizepräsidenten stellt; wir wollten nicht zur alten Regelung zurückkehren, die nur zwei Vizepräsidenten vorsah.

Wie wir erfahren haben, gibt es entgegen dem, was wir in der Besprechung der Parlamentarischen Ge-

schäftsführer festgelegt haben, doch Diskussionen darüber, welche Ausschüsse es geben soll. Die Fraktion der FREIEN WÄHLER hat den Antrag auf Einrichtung eines Ausschusses für Landesentwicklung, Verkehr, Infrastruktur und Energie gestellt. Liebe Kolleginnen und Kollegen, insbesondere der Opposition, darüber kann man zwar diskutieren, aber wir müssen uns über eines im Klaren sein: Wir als Volksvertreter legen die Ausschusszuschnitte souverän fest. Wir müssen uns nicht sklavisch an das halten, was die Staatsregierung vorgegeben hat. Schon bisher gab es zwei Ministerien, deren Angelegenheiten auf verschiedene Ausschüsse aufgeteilt waren. Das war das Finanzministerium, dessen Materie im Haushaltsausschuss und im Ausschuss für Fragen des öffentlichen Diensts beraten wurde, und das war das Innenministerium, für das vier Ausschüsse zuständig waren und auch weiterhin sein werden: der Innenausschuss für innere Sicherheit und Kommunalfragen, der Verfassungsausschuss, weil das Innenministerium auch das Verfassungsministerium ist, der Wirtschaftsausschuss, der für den kompletten Bereich des Baus, vor allem des Straßenbaus, zuständig ist, und der Petitionsausschuss, der sich mit Baurecht und Ausländerrecht befasst. In einem Bereich war der Landtag sogar Vorreiter für die Staatsregierung: Die Themen Schiene und Straßenverkehr waren schon immer im Wirtschaftsausschuss zusammengefasst, obwohl sie in der Staatsregierung getrennt waren.

Für uns als CSU-Fraktion ist die Arbeitsfähigkeit der Ausschüsse wichtig. Wir müssen berücksichtigen, dass die Zahl der Abgeordneten beschränkt ist. Liebe Kolleginnen und Kollegen, deshalb fiel uns die Zustimmung zu der hohen Anzahl der Sitze in den Ausschüssen nicht leicht. Wir wollten der Opposition entgegenkommen, aber das bedeutet für uns, dass die Kolleginnen und Kollegen der CSU bis zum letzten Mann und bis zur letzten Frau mit Ausschussarbeit eingedeckt sind. Alle Abgeordneten von uns mussten zwei Ausschusssitze nehmen, von den Mitgliedern des Haushaltsausschusses einmal abgesehen. Weil in unseren Reihen die Mitglieder der Staatsregierung sind, haben wir eine andere Belastung, als das vielleicht in anderen Fraktionen der Fall ist. Auch die Zeiten für die Ausschüsse sind begrenzt. Deshalb war bei uns die Frage, welchen 13. Ausschuss wir einrichten; mehr geht nicht. Die Staatsregierung will ein Zeichen dafür setzen, dass ihr das Thema Gesundheit und Pflege sehr wichtig ist. Deshalb wollen wir dafür einen eigenen Ausschuss; das war klar.

Wir haben auch darüber diskutiert, ob wir einen eigenen Ausschuss für Infrastruktur, Landesentwicklung und Energie einrichten sollen. Wir haben uns aber gerade im Interesse der Arbeitsfähigkeit der Ausschüsse dafür entschieden, die Trennung der Bereiche Bildung

und Kultur einerseits und Wissenschaft und Kunst andererseits beizubehalten. Wir wollen keinen zweiten Megaausschuss, wie es der Haushaltsausschuss schon ist, der mehrmals wöchentlich tagen muss. Die Mitglieder des Haushaltsausschusses können in keinem zweiten Ausschuss vertreten sein, weil das zeitlich gar nicht geht.

Zudem war für uns die Überlegung wichtig, dass das Thema Infrastruktur und Landesentwicklung im Wirtschaftsausschuss hervorragend behandelt wurde. Die Fachpolitiker für Wirtschaft sind oft auch Fachpolitiker für Verkehr. Deshalb wollen wir das Ganze in einem Ausschuss belassen, weil wir weiterhin Fachpolitiker für Wirtschaft in Verbindung mit Infrastruktur haben wollen; denn ohne gute Infrastruktur – das wissen Sie alle – gibt es auch keine gute Wirtschaftsentwicklung.

(Beifall bei der CSU – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Sie bringen die Infrastruktur nicht voran!)

- Wir bringen die Infrastruktur Gott sei Dank hervorragend voran.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Bahnanbindung!)

- Lieber Kollege Aiwanger, wenn die Kollegen der FREIEN WÄHLER vor Ort nicht so oft gegen Baumaßnahmen opponieren würden, wäre das Voranbringen der Infrastruktur wesentlich einfacher.

(Beifall bei der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, deshalb verstehen wir nicht, weshalb hier gleich zu Beginn der Legislaturperiode scharf geschossen wird, vor allem von der SPD-Fraktion. Die Aussage, es gäbe angeblich keine parlamentarische Kontrolle des Finanzministers, ist doch völliger Unsinn. Natürlich wird der Bayerische Landtag auch in Zukunft alle Bereiche, welche die Staatsregierung abdeckt, hier abbilden und darüber in guter Art und Weise diskutieren. Wir haben in unserer Fraktion sachkundige Politiker, die in den einzelnen Themen stark sind. Wenn Sie die auch haben, dürfte der Zuschnitt der Ausschüsse nicht das alleinige Problem sein.

Die Verteilung, die wir vorschlagen, ist sinnvoll. Wir wollen am Bisherigen festhalten. Wir werden den Ausschuss für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit um den Bereich Sport ergänzen und den Ausschuss für Arbeit und Soziales noch um das Thema Jugend. Das sind wichtige ehrenamtliche Bereiche, die wir weiterhin unterstützen und stärken wollen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, in diesem Sinne bitte ich Sie, unseren Ausschusszuschnitten zuzustimmen.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. Als Nächster hat Kollege Volkmar Halbleib für die SPD das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Volkmar Halbleib (SPD): Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich werde anschließend zu einigen Punkten des Ausschusszuschnitts im Bayerischen Landtag, wie er von der CSU-Fraktion vorgeschlagen wurde, kritisch Stellung nehmen. Aber vorab darf ich mich für die konstruktiven Gespräche im Vorfeld bedanken sowie für die Bereitschaft zu einem guten parlamentarischen Miteinander und auch zur Berücksichtigung elementarer Interessen der einzelnen Landtagsfraktionen im Hinblick auf die jeweilige Arbeitsfähigkeit. Das gilt insbesondere hinsichtlich der Ausschussgrößen. Insgesamt ist das Aufeinander-Zugehen eine gute Grundlage für die Zusammenarbeit in diesem Bayerischen Landtag. Wir werden deshalb trotz der anschließend geäußerten Kritikpunkte dem Vorschlag zustimmen. Das ist auch ein gewisser Vertrauensvorschuss und ein Beleg dafür, dass wir die Zusammenarbeit konstruktiv-kritisch sehen.

Lassen Sie mich auf einen Punkt eingehen, der vom Kollegen Zellmeier schon angesprochen wurde, den Zuschnitt der Ausschüsse. Insbesondere gehe ich auf unser Anliegen ein, das wir frühzeitig transportiert haben: Die SPD-Fraktion hat im interfraktionellen Gespräch darauf gedrängt, einen Landtagsausschuss zum Thema gleichwertige Lebensbedingungen und Infrastruktur zu bilden, weil für uns und für das ganze Parlament gleichwertige Lebensbedingungen und Infrastruktur die zentralen Herausforderungen des Bayerischen Landtags in der 17. Legislaturperiode sind.

(Beifall bei der SPD)

Wir wollen, dass die Menschen dort, wo sie zu Hause sind und ihre Heimat haben, ihre Heimat behalten können, weil dort die Lebens- und Arbeitsbedingungen stimmen. Das ist die zentrale Verknüpfung von Heimat, gleichwertigen Lebensbedingungen und gleichwertiger Infrastruktur. Das ist ein ganz zentraler Punkt, der unsere Arbeit die nächsten fünf Jahre prägen wird.

(Beifall bei der SPD)

Dazu gehören die Verbesserung der Internetversorgung auf dem Land genauso wie die Sanierung der Verkehrswege, etwa der Staatsstraßen, der Erhalt der wohnortnahen Schulen, die medizinische Versorgung ebenso wie die Begrenzung der Mietpreisexplosion in den Ballungszentren und die Stärkung der kulturellen

Landschaft auch in der Fläche. All diese Themen sind für die Menschen in Bayern eng damit verbunden, wie sie ihre Heimat erleben und ob sie in ihrer Heimat bleiben können, weil dort die Rahmenbedingungen stimmen. Deshalb geht es uns, der SPD-Fraktion, in diesem 17. Bayerischen Landtag darum, was die Staatsregierung tatsächlich für die Heimat, für die Lebensbedingungen in den Regionen unternimmt. Wie sieht es abseits von blumigen Versprechungen und Heimatpreisungen aus? Wie sieht es tatsächlich mit der Umsetzung von Verbesserungen aus? Darin besteht unsere zentrale Aufgabe im Bayerischen Landtag, und dafür wollen wir auch einen eigenen Ausschuss.

(Beifall bei der SPD)

Wir bedauern die ablehnende Haltung der CSU-Fraktion zur Einrichtung eines Ausschusses zum Thema gleichwertige Lebensverhältnisse und Infrastruktur. Aus unserer Sicht wurde damit schon die einmalige Chance vertan, die Änderung der Bayerischen Verfassung mit parlamentarischem Leben zu füllen und mit Glaubwürdigkeit zu versehen. Die Änderung liegt erst wenige Tage zurück, sie trat mit dem Wahltag ein. Wir hätten den Verfassungsauftrag, dieser Änderung Rechnung zu tragen.

Die ablehnende Haltung der CSU-Fraktion fügt den vielen Fragwürdigkeiten um das sogenannte Heimatministerium einen weiteren Widerspruch hinzu. Es kann sich der Eindruck aufdrängen, dass man ein Feigenblatt haben will, um die vielen Schwächen auch bei den gleichwertigen Lebensverhältnissen zu verdecken, dass man eher politisches Marketing als politisches Handeln im Blick hat, und zwar dort, wo es wirklich gelten würde, dem Thema gleichwertige Lebensverhältnisse in Bayern hier im Bayerischen Landtag, wo die politischen Entscheidungen fallen, den Stellenwert zu geben, den es braucht. Hier fehlt leider die Konsequenz zur Einrichtung eines eigenständigen Gremiums.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Herr Kollege Zellmeier, die parlamentarische Begleitung und die Kontrolle der Staatsregierung hängen auch damit zusammen, wie das Verhältnis von Ministerium und Ausschuss gestaltet ist. Wir stellen nur fest, dass gerade die soeben vom Wirtschaftsministerium zum Finanzministerium übergegangenen Zuständigkeiten parlamentarisch dazu führen, dass alles beim Alten bleibt. Auf der einen Seite will die CSU die Kompetenzen ändern, auf der anderen Seite ist die CSU die Kraft, die sagt, es bleibt alles beim Alten. Das passt für uns nicht zusammen. Wir respektieren

an dieser Stelle, dass die Mehrheitsfraktion die Geschäftsordnungshoheit hat, aber wir werden mit unseren Mitteln als SPD-Landtagsfraktion dafür sorgen, dass das Thema gleichwertige Lebensverhältnisse und Infrastruktur im Bayerischen Landtag den ihm angemessenen Stellenwert bekommt. Deshalb werden wir eine Enquete-Kommission zum Thema gleichwertige Lebensverhältnisse und Infrastruktur in diesem Landtag beantragen.

(Beifall bei der SPD)

Ich komme zum Thema Bildung. Wir hätten uns gut vorstellen können, die jetzt gebündelten Zuständigkeiten auch in einem Landtagsausschuss zusammenzuführen. Dafür hätte viel gesprochen. Wir bedauern etwas, dass die frühkindliche Bildung weiter von der schulischen Bildung getrennt bleibt. Hier hätten wir uns eine Zusammenführung gewünscht. Immerhin haben wir erreicht, dass der Bereich Jugend weiterhin im Ausschuss Berücksichtigung findet. Darin bestand auch ein Anliegen des Bayerischen Jugendringes.

Was den Antrag der FREIEN WÄHLER angeht, hätte ich den Wunsch – dieser Wunsch gilt für die ganze Legislaturperiode –, dass wir rechtzeitig Änderungsvorstellungen sehen wollen oder auch zu Änderungsvorstellungen anderer Fraktionen eine Stellungnahme haben wollen. Es ist wenig zielführend, wenn in den zentralen Beratungen der Fraktionen zu allem Ja und Amen gesagt wird, dann aber hier im Plenum Schaufensteranträge gestellt werden. Das ergibt wenig Sinn, insbesondere zu einem Zeitpunkt, zu dem die Fraktionen dieses Landtags die Ausschussbesetzungen schon gewählt und bestimmt haben. Bitte melden Sie solche Anliegen frühzeitig an bzw. unterstützen Sie unsere Vorstellungen!

Inhaltlich orientiert sich der Antrag der FREIEN WÄHLER an unseren Vorstellungen, allerdings mit einem zentralen Unterschied: Wenn für die Energiewende eine zentrale Zuständigkeit im Wirtschaftsministerium verortet wird, meinen wir schon, dass dem auch eine Verortung im Wirtschaftsausschuss entsprechen sollte. Deshalb werden wir uns bei der Abstimmung über diesen Antrag enthalten. Aus den grundsätzlichen Erwägungen, die ich am Anfang in den Mittelpunkt gestellt habe, werden wir dem Antrag der CSU zustimmen.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. Als Nächster hat Herr Kollege Hubert Aiwanger von den FREIEN WÄHLERN das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir diskutieren heute über den Ausschusszuschnitt. Wir wissen, dass die entscheidenden politischen Akteure in den Ministerien tätig sein werden und die Ausschüsse eine gewisse Zuarbeit und eine gewisse Weichenstellung im Vorfeld leisten können. Sie wissen auch, dass wir die Themen Landesentwicklung und Energie immer als die großen Zukunftsherausforderungen Bayerns gesehen und immer ein eigenes Energieministerium eingefordert haben, was sich leider nicht wiederfindet. Beim Ausschusszuschnitt waren wir etwas hin- und hergerissen und haben uns gesagt: Wenn es die Ministerien nicht gibt, sollen wir die Ausschüsse so bestehen lassen, wie sie bestehen. Es gibt diverse Möglichkeiten, Ausschüsse gut zuzuschneiden; dabei gibt es nicht nur eine richtige Möglichkeit.

In den letzten Wochen haben wir jedoch immer mehr gesehen, dass das Thema Energie und das Thema Landesentwicklung in Kombination politisch immer mehr von dem vorher groß angekündigten Heimatministerium, das wir ja nie wollten, abgehängt werden, aber auch politisch ist der Gedanke nicht mehr übrig geblieben, und jetzt sehen wir, dass sich eine Ausschussbesetzung andeutet, bei der eine Person aus dem Wirtschaftsministerium eingeschlossen ist, die noch vor drei Jahren die Laufzeitverlängerung für Atomenergie gefordert und vor fünf Jahren bekundet hat: Schnelles Internet brauchen wir nicht. Vor diesem Hintergrund sind wir nicht überzeugt, dass diese Zukunftsherausforderungen zumindest über die Ausschusszuarbeit abgedeckt sind.

Aufgrund dessen erneuern wir unsere Forderung, diese Priorität zumindest mit einem eigenen Ausschuss in den Mittelpunkt der Arbeit zu stellen. Wir fordern eine eigene Zuständigkeit für Energie, und zwar in Kombination mit der Landesentwicklung; denn aufgrund der Herausforderungen, die auf uns zukommen – ich nenne den Stromtrassenausbau, die Debatten um die Windenergiestandorte und über Abstandsregelungen, auch die vorher angesprochene Verkehrsentwicklung, wobei ich die Anbindung des Chemiedreiecks Burghausen als eine große Herausforderung betrachte, die längst hätte erledigt sein müssen und die weder im jetzigen Ausschusszuschnitt noch im bisherigen Ministeriumszuschnitt abgearbeitet worden ist –, sehen wir die dringende Notwendigkeit, die Ausschüsse, die dieses Thema bearbeiten, anders zuzuschneiden, als es jetzt zu erwarten ist. Landesentwicklung und Energie gehören ganz klar zusammen. Wir werden das flache Land nur dann entwickeln können, wenn wir die Wertschöpfungspotenziale der Energiewende ausschöpfen, wenn wir am Land hierfür die Handbremse lösen, die

immer noch angezogen ist, und wenn wir damit ermöglichen, dass die Gelder für die Landesentwicklung überhaupt erwirtschaftet werden. Wenn Energie unter zehn Zuständigkeiten im Wirtschaftsministerium und mit einem Sprecher, der sie gar nicht will, dort endgelagert wird, wird die Energiewende nicht gelingen, meine Damen und Herren. Deshalb fordern die FREIEN WÄHLER klar, sich hierfür einen eigenen Ausschusszuschnitt einfallen zu lassen und Bildung und Wissenschaft zusammenzulegen. Dann hätten wir den Freiraum, dieser Zukunftsaufgabe die Luft zu geben, die sie benötigt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich glaube eben nicht, dass wir mit der jetzigen Ausschussbesetzung und dem jetzigen Ministeriumsuzschnitt dieser Aufgabe gerecht werden. Ich sehe eine gewisse Zufriedenheit: Jawohl, wir haben wieder die absolute Mehrheit, der Rest wird sich irgendwie regeln.

Aber, meine Damen und Herren, wir haben große Aufgaben zu bewältigen, gerade auch auf den Gebieten der Digitalisierung und der Landesentwicklung. Wir hatten vor wenigen Tagen eine Stadtratssitzung. Dort, bei den Kommunen, ist jetzt das neue Breitbandförderprogramm in der Debatte. Ich sage Ihnen auch, wie dort diskutiert wird. In den Kommunen wird gesagt: Bis vor Kurzem lag das Ausbauziel bei einem Megabit, und jedem, der sagte, man brauche mehr Leistung, wurde erwidert, dies sei ein unnötiger Luxusausbau. Jetzt sind 50 Megabit das Ziel, die wir FREIE WÄHLER schon immer gefordert haben. Gleichzeitig werden Gebiete ausgeschlossen, in denen schon einige Megabit ausgebaut sind. Nur die bisher unversorgten Gebiete sollen berücksichtigt werden. Die nur marginal versorgten Gebiete bleiben wieder außen vor.

Deshalb sagen sich die Bürgermeister: Ich, der ich vor wenigen Monaten oder Jahren diese Angelegenheit selber in die Hand genommen habe, bin schon wieder der Blamierte, weil ich schon wieder außen vor bin, weil ich selber in Vorleistung gegangen bin. Die Bürgermeister haben Sorge, dass sie in einem halben Jahr erkennen, dass ihre 50 Megabit und ihre Situation dann wieder nicht mehr Stand der Dinge sind. Viele sagen: Jetzt tun wir mal überhaupt nichts und warten ab; vielleicht kommt übermorgen noch ein besseres Programm. Diese Probleme sind politisch nicht gelöst. Es besteht weiterhin eine Situation mit vielen Fragezeichen, und all das soll jetzt im Wirtschaftsausschuss neben allem anderen mit versteckt sein. Ich bin nicht davon überzeugt, dass dies eine Erfolgsschicht werden wird. Deshalb erneuere ich unsere

Forderung nach einem eigenen Ausschuss für Landesentwicklung, Verkehr, Infrastruktur und Energie.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. Als Nächster hat nun der Kollege Thomas Gehring vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Thomas Gehring (GRÜNE): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Gut sechs Wochen nach der Landtagswahl und zwei Wochen nach der Konstituierung ist der Landtag mit dem Beschluss zu den Ausschüssen wieder voll arbeitsfähig. Wir als GRÜNEN-Fraktion haben uns nach den Landtagswahlen schnell aufgestellt, sind schon länger arbeitsfähig und haben auch schon erste Anträge eingebracht.

Unser erster Antrag erfolgt zur Situation der Flüchtlinge: Wir glauben, dass man in dieser Situation nicht zuschauen und warten kann, sondern hier ist schnelles Handeln erforderlich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir setzen darauf, dass wir im Sozialausschuss mit einer neuen Sozialministerin endlich die Wende zu einer humanen Flüchtlingspolitik in Bayern schaffen. Das eilt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die GRÜNEN-Fraktion besteht zur Hälfte aus neuen Abgeordneten. Sie alle brennen darauf, ihre Anliegen in den Bayerischen Landtag einzubringen. Drei von ihnen werden heute ihre erste Rede halten. Ich hoffe, Sie behandeln sie anständig.

Ich finde es wichtig, dass wir in Geschäftsordnungsfragen fraktionsübergreifend zu einem gemeinsamen Weg gekommen sind, wobei sich natürlich auch die CSU als Mehrheitsfraktion daran messen lassen muss, wie ernst es ihr mit den Oppositionsrechten ist; denn nur wenn eine arbeitsfähige und selbstbewusste Opposition in einem Parlament vorhanden ist, ist ein Parlament arbeitsfähig. Nur wenn wir eine Kultur der gleichen Augenhöhe und der gegenseitigen Wertschätzung in unserer parlamentarischen Arbeit haben, können wir das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in eine funktionierende parlamentarische Demokratie gewinnen. Um dieses Vertrauen zu gewinnen, muss hart gearbeitet werden.

Deswegen war es für uns wichtig, dass wir als kleinste Fraktion jeweils zwei Ausschusssitze haben. So können wir die für uns wichtige Arbeit in den Sachausschüssen besser leisten. Ich begrüße es, dass die

Arbeitsfähigkeit des Parlaments in den meisten Fällen beim fachlichen Zuschnitt der Ausschüsse entscheidungsleitend war und eben nicht die parteitaktische Kreativität von Horst Seehofer, der lauter Superministerien geschnitzt hat, weil die Personalpolitik dies erforderlich machte.

Finanzminister Söder hat jetzt nicht nur eine Außenstelle in Nürnberg, sondern ist auch noch Minister für allerlei Heimat. Wenn wir aber als Parlament Themen wie Digitalisierung, Breitbandausbau und Landesentwicklung ernst nehmen wollen, dann ist klar, dass wir diese Themen eben nicht allein im Haushaltsausschuss behandeln können. Deswegen macht es Sinn, den Wirtschaftsausschuss zu einem Infrastrukturausschuss zu machen, auch wenn dies nicht der Zuständigkeit der Wirtschaftsministerin entspricht, die, rein fachlich betrachtet, eigentlich gar kein richtiges Superministerium hat.

(Barbara Stamm (CSU): Dafür ist sie selber super!)

Wir halten es angesichts der Aufgabenfülle für wichtig, zwei Bildungsausschüsse zu haben. Sie werden aber bei der Lehrerbildung eng zusammenarbeiten müssen. Auch die Förderung der Zusammenarbeit der Ausschüsse sollte in dieser Legislaturperiode ein Anliegen sein. Wir haben das Thema Inklusion etwa im Sozial- und Bildungsausschuss erlebt. Eine gemeinsame Diskussion der Ausschüsse führt oft eher zum Ziel als das Abarbeiten der Mitberatungen durch die Ausschüsse, das oft zeitaufwendig und sehr rituell ist.

Für eine Verbesserung der parlamentarischen Debatte setzen wir uns in einer Reihe von Geschäftsordnungsanträgen ein. Wir sind übereingekommen, diese zunächst zwischen den Fraktionen zu behandeln und sie dann vielleicht Anfang Dezember zum Teil gemeinsam hier einzubringen. Die Verbesserung der Diskussion und der parlamentarischen Arbeit in diesem Parlament wird für uns in dieser Legislaturperiode eine stetige Aufgabe sein.

Ein Letztes zum Antrag der FREIEN WÄHLER zur Geschäftsordnung. Dazu muss man sagen: Erstens kam er spät, gestern Abend. Zu diesem Zeitpunkt hatten alle anderen Fraktionen ihre Ausschusssitze schon besetzt und die Sprecher gewählt. Wir hatten uns vorher schon einmal zusammengesetzt. Auch inhaltlich halte ich den Antrag für problematisch. Das ist keine Verbesserung, allenfalls eine Verlagerung der parlamentarischen Arbeit. Deshalb können wir diesem Antrag nicht zustimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht mehr. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen jetzt zur Abstimmung.

Zunächst lasse ich über den Antrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER betreffend Änderung der Geschäftsordnung für den Bayerischen Landtag auf der Drucksache 17/23 abstimmen. Wer dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen? – Das ist die Fraktion der CSU. Stimmenthaltungen? – Das sind die Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Nun lasse ich über den Antrag der CSU-Fraktion betreffend Änderung der Geschäftsordnung für den Bayerischen Landtag auf der Drucksache 17/14 abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Das ist die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Stimmenthaltungen? – Keine. Der Antrag ist damit angenommen.

Wir kommen nunmehr zur Bestimmung der Stärke der Ausschüsse gemäß § 25 Absatz 1 der Geschäftsordnung. Herr Kollege Zellmeier hat während der Aussprache vorgeschlagen, die Ausschussgröße des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf 21 Mitglieder und die der weiteren Ausschüsse auf jeweils 18 Mitglieder festzulegen. Ich gehe davon aus, dass wir nicht über die Stärke jedes einzelnen Ausschusses, sondern über die vorgeschlagenen Ausschussgrößen gemeinsam abstimmen können. – Widerspruch erhebt sich nicht. Dann lasse ich so abstimmen. Wer mit den vorgeschlagenen Ausschussstärken einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Ich sehe keine. Stimmenthaltungen? – Auch nicht. Dann ist so beschlossen.

Die Geschäftsordnung sieht in § 15 Absatz 2 vor, dass die Verteilung der Zahl der Ausschusssitze sowie der Stellen der Ausschussvorsitzenden und ihrer Stellvertreter auf die Fraktionen vorbehaltlich der Genehmigung durch die Vollversammlung durch den Ältestenrat erfolgt. Nachdem vor der Plenarsitzung noch keine Ältestenratssitzung stattfinden konnte, gehe ich davon aus, dass die Vollversammlung auch ohne das Votum des Ältestenrats die Genehmigung erteilen kann. – Widerspruch erhebt sich dagegen nicht. Dann wird so verfahren.

Die Ausschusssitze verteilen sich nach dem Verfahren Sainte-Laguë/Schepers wie folgt:

Im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit 21 Mitgliedern entfallen 12 Sitze auf die CSU-Fraktion, 5 Sitze auf die SPD-Fraktion und jeweils 2 Sitze auf die Fraktionen der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN.

In den weiteren 12 Ausschüssen mit 18 Mitgliedern stehen der CSU-Fraktion 10 Sitze, der SPD-Fraktion 4 Sitze sowie den Fraktionen der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN jeweils 2 Sitze zu.

Hinsichtlich der Stellen der Ausschussvorsitzenden und ihrer Stellvertreterinnen bzw. Stellvertreter ergibt sich bei 13 Ausschüssen nach dem Verfahren Sainte-Laguë/Schepers folgende Verteilung:

Der CSU-Fraktion stehen 8 Ausschussvorsitzende zu, und zwar die Zugriffsnummern 1, 3, 4, 7, 9, 10, 12 und 13, der SPD-Fraktion 3 Ausschussvorsitzende mit den Zugriffsnummern 2, 8 und 11, der Fraktion der FREIEN WÄHLER 1 Ausschussvorsitzender mit der Zugriffsnummer 5 und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 1 Ausschussvorsitzender mit der Zugriffsnummer 6.

Bei stellvertretenden Ausschussvorsitzenden ergibt sich die gleiche Zugriffssituation wie bei den Vorsitzenden, allerdings mit der Besonderheit, dass nach § 27 Absatz 2 Satz 3 der Geschäftsordnung Vorsitzender und Stellvertreter nicht der gleichen Fraktion angehören dürfen. Damit hat die CSU-Fraktion noch das Zugriffsrecht auf 5 stellvertretende Ausschussvorsitzende mit den Zugriffsnummern 1, 3, 4, 7 und 9, die SPD-Fraktion auf 4 stellvertretende Ausschussvorsitzende mit den Zugriffsnummern 2, 8, 11 und 15 bzw. 16, die Fraktion der FREIEN WÄHLER auf 2 stellvertretende Ausschussvorsitzende mit den Zugriffsnummern 5 und 14 und die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ebenfalls auf 2 stellvertretende Ausschussvorsitzende mit den Zugriffsnummern 6 und 15 bzw. 16. Die Zugriffsnummern 15 und 16 sind gleichrangig. Falls keine interfraktionelle Vereinbarung möglich ist, muss beim Zugriffsverfahren insoweit das Los entscheiden.

Das Hohe Haus nimmt von der vorgenannten Verteilung der Stellen der Vorsitzenden und ihrer Stellvertreterinnen bzw. Stellvertreter zustimmend Kenntnis. Dann ist so entschieden.

(Siehe Anlage 1)

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 4** auf:

Gesetzentwurf der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) zur Änderung des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen - Wahlfreiheit G 9/G 8 (Drs. 17/13)
- Erste Lesung -

Der Gesetzentwurf wird vonseiten der Antragsteller begründet. Der erste Redner ist Herr Professor Dr. Michael Piazolo. Bitte schön, Herr Kollege.

Prof. Dr. Michael Piazolo (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es war einmal vor ziemlich genau zehn Jahren, im November 2003, als Herr Ministerpräsident Edmund Stoiber genau von dieser Stelle aus eine Regierungserklärung gehalten hat. In dieser Regierungserklärung hat er sein erstes Wahlversprechen gebrochen und die Einführung der achtjährigen Gymnasialzeit ex cathedra von diesem Pult aus dekretiert. Dazu muss man wissen: Im Juni des gleichen Jahres, mitten im Wahlkampf, hat er den Lehrern versprochen: Wir bleiben beim G 9. Read my lips: Wir bleiben beim G 9. Drei Monate später hat er von diesem Pult aus den Schwenk zum G 8 vollzogen. Er hat sich sogar an die Spitze der Länder gesetzt und das G 8 nicht nur für die 5., sondern gleich auch für die 6. Klasse eingeführt. Er hat das Ganze unvorbereitet, unüberlegt und überfallartig eingeführt. Meine sehr verehrten Damen und Herren, bis heute leiden wir in der Bildungspolitik unter dieser Stoiberschen Wende.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Das war ein Angriff auf bayerische Bildungsstandards. Heute verzeichnen wir im G 8 einen Anstieg bei den Krankheiten der Schüler. Wir sehen uns einem Abstieg Bayerns in den Ranglisten gegenüber. Das haben die letzten Tage bewiesen.

(Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Ein guter Witz! – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das ist traurige Realität!)

- Herr Abgeordneter, das ist kein guter Witz; das ist so. Inzwischen liegen alle ostdeutschen Länder vor Bayern. Sehen Sie sich das einmal an! Sie waren zwar eine Weile nicht da, - -

(Zuruf des Abgeordneten Prof. Dr. Georg Waschler (CSU))

- Ich war damals nicht da, aber ich habe mir die Zahlen angesehen. – Sprechen Sie einmal mit Schülern: Das große Problem ist die fehlende Nachhaltigkeit, Stichwort Bulimie-Lernen. Gott sei Dank gehört die Stoibersche Bildungspolitik der Vergangenheit an.

Was bringt die Gegenwart? – Die Gegenwart bringt unser Gesetz: Ja zur Wahlfreiheit G 9/G 8. Das Modell überzeugt, und es ist auch bewährt. Baden-Württemberg, Hessen und andere Länder interessieren sich ebenfalls dafür. Das Modell besteht aus drei Komponenten:

Erstens, die Wahlfreiheit zwischen einem G 8 ohne Flexijahr mit mehr individueller Förderung und einem G 9, und zwar einem neuen G 9. Wir wollen nicht zurück zum alten G 9, sondern wollen ein G 9 mit einem neuen pädagogischen Konzept. Das Flexijahr – das weiß der Minister – wird nicht angenommen. Im Grunde genommen ist es ein Globuli der Gymnasialpolitik. Der Einzige, der ein Flexijahr genommen hat, ist der Ministerpräsident selbst. Er ist flexibel bei den politischen Bestimmungen; die anderen sind es weniger.

Zweitens wollen wir zwei Varianten, entweder die beiden Zweige G 8 und G 9 an einer Schule oder eine Entscheidung der Schulen entweder für das G 9 oder das G 8.

Drittens. Diese Entscheidung soll das Schulforum treffen. Wir wollen hier die Schulen in die Verantwortung nehmen.

Die Vorteile liegen auf der Hand: mehr Zeit zum Lernen, entschleunigtes Lernen, nachhaltiges Lernen und schülergerechtes Lernen. Wir erhalten mehr Individualität. Jeder wählt die Form, die seinen Fähigkeiten entspricht. Wir erhalten mehr Autonomie. Die Entscheidung erfolgt für die und von den Gymnasien vor Ort statt mittels einer Fremdbestimmung durch die Ministerien. Und wir erhalten mehr Gerechtigkeit. Wir wollen das Stadt/Land-Gefälle abbauen. Die Übertrittsquoten liegen auf dem Land teilweise bei 25 % und in den Städten teilweise über 70 %. Ich sage Ihnen: Auf dem Land sind die Schüler nicht dümmer als in der Stadt. Auf dem Land sind nur die Verhältnisse schlechter. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das wollen wir abstellen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Sie haben nun die Chance, diesem Gesetz zuzustimmen. Im Übrigen – Sie wissen es – sind wir dabei, Unterschriften für ein Volksbegehren zu sammeln. Die Bevölkerung wird Ihnen dann die Entscheidung aus der Hand nehmen.

Vielleicht noch ein Hinweis, auch an die Kollegen der SPD: Wir fahren ganz bewusst zweigleisig. Wir wollen ein politisches Ziel verfolgen. Das werden wir mit allen Mitteln tun, sowohl mit dem Volksbegehren als auch mit parlamentarischen Mitteln. Das haben wir im Gegensatz zu anderen bei den Studiengebühren auch so gemacht, und wir haben das Ziel erreicht.

Wie könnte die Zukunft aussehen? - Das Gesetz ist ein erster Schritt hin zu einem modernen gymnasialen Lernen im 21. Jahrhundert. Weitere werden folgen. Wir wollen das Lernen mit Freude und Erfolg. Wenn Sie uns folgen – dazu fordere ich Sie auf –, stellen Sie das Kindeswohl, das Wohl der Schüler in den Mittelpunkt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. Als Nächste hat Frau Kollegin Kerstin Schreyer-Stäblein von der CSU das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Danke für den Geschichtsausflug. Herr Piazzolo, wir zwei waren zu dem Zeitpunkt nicht im Landtag. Insofern war das jetzt eine geschichtsträchtige Replik.

Wir diskutieren heute über den Gesetzentwurf, den die FREIEN WÄHLER eingebracht haben. Aus unserer Sicht hat sich das Gymnasium so, wie es jetzt läuft, bewährt. Sie wissen ja – die Mitglieder des Bildungsausschusses können Ihnen das berichten –, dass wir eine Anhörung hatten. Dabei wurde deutlich, dass keiner generell zum neunjährigen Gymnasium zurück will, sondern dass die Fragestellungen anders lauten.

Wir haben den doppelten Abiturjahrgang 2011 erfolgreich gemeistert. Das war ein großer Kraftakt. An dieser Stelle gilt auch ein Dankeschön an den Minister, Ludwig Spaenle, der immer schnell reagiert hat, wenn es irgendwelche Fragen gab. Wenn Umstellungen stattfinden, gibt es natürlich immer Fragen. Deswegen wurde die Umstellung auch von einem Monitoring-Prozess begleitet. Es ging nicht darum, unzählige Nachbesserungen vorzunehmen, wie es immer wieder so schön heißt, sondern es ging darum, dort nachzujustieren und feinzujustieren, wo Fragestellungen auftraten.

Wir wollen mit unserem Angebot von der Systemstruktur-Diskussion weg. Wir wollen hin zu individuellem Lernen. Deswegen brauchen wir ein Frühwarnsystem und ein erweitertes Förderangebot mit Intensivierungsstunden, Blockstunden usw. und natürlich auch das Flexibilisierungsjahr.

Wir wollen in der Mittelstufe erreichen, dass die Kinder wirklich bei Bedarf ein Jahr länger Lernzeit in Anspruch nehmen können. Das macht Sinn, wenn wir nicht die Systeme im Blick haben, sondern den einzelnen Schüler. Unsere Idee ist, den einzelnen Schüler in den Blick zu nehmen.

Die FREIEN WÄHLER schlagen in dem Gesetzentwurf vor, Parallelstrukturen anzubieten, das heißt parallel ein G 9 und ein G 8. Das würde natürlich bedeuten, dass wir damit massiv Ressourcen binden und an dieser Stelle die Wahlfreiheit entsprechend einschränken.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das Flexi-Jahr bindet keine Ressourcen? Hat jeder einen Privatlehrer?)

- Ich darf den Kollegen informieren – er sagt ja immer, dass er so für den ländlichen Raum eintritt –,

(Beifall bei der CSU)

dass die Befürchtung besteht, die Schulstruktur vor Ort würde dadurch gefährdet; denn wenn an einer Schule mehr angeboten wird, bedeutet dies im Umkehrschluss, dass dort mehr Schüler hingehen. Deshalb besteht die große Gefahr, dass wir den Schülern vielleicht längere Fahrtwege zumuten, weil wir Schulen gefährden. Es macht natürlich überhaupt keinen Sinn, ein G 9 neben einem G 8 anzubieten. Die Idee eines neuen G 9 ist überholt. Das ist keine Weiterentwicklung, sondern an dieser Stelle ein Rückschritt.

Sehen wir uns die Abiturprüfungen dieses Jahres an: Wir wissen, dass 97 % der Schüler bestanden haben, und wir wissen, dass ein hoher Anteil sehr gut bzw. gut abgeschnitten hat. Das bedeutet also: Offensichtlich funktioniert unser Gymnasium.

Spannend finde ich, dass die FREIEN WÄHLER seit Mai Unterschriften für das Volksbegehren sammeln. Wenn dies ein großes Thema für die Bürgerinnen und Bürger wäre, hätte man durchaus relativ schnell genügend Unterschriften bekommen können. Man merkt: Dieser Gesetzentwurf geht an den Eltern, den Schülern und den Lehrern vorbei. Deswegen werden wir ihn auch ablehnen.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin. Als Nächster hat Kollege Martin Güll von der SPD das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Martin Güll (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist wohl wahr, dass die Wählerinnen und Wähler entschieden haben und es zur absoluten Mehrheit gekommen ist. Es ist aber genauso wahr, dass die Kritik am G 8 nicht abebbt und dass vor allem die Eltern und die Lehrer, also die Akteure in den Schulen, bis zum heutigen Tag nicht mit dem zufrieden sind, was wir in Bayern mit dem Gymnasium machen. Deswegen ist es notwendig, an dem Thema dranzubleiben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von den FREIEN WÄHLERN, in Artikel 9 Absatz 4 Ihres Gesetzentwurfes ist ein wenig problematisch, dass Sie die Ausgestaltung des Gymnasiums ausgerechnet wieder dem Ministerium übertragen, von dem wir in den letzten zehn Jahren schon nichts hinsichtlich einer vernünftigen Umsetzung erwarten konnten.

(Beifall bei der SPD)

Wir müssen also noch einmal darüber nachdenken, wie man dies ausgestaltet.

Insgesamt stelle ich fest: Man darf nicht wieder den Bock zum Gärtner machen. Wir müssen uns in den Parlamentsfraktionen und im Bildungsausschuss ausgiebig mit dem Gesetzentwurf und mit diesem Thema befassen und dann eine Entscheidung treffen, die den Schülerinnen und Schülern auch wirklich weiterhilft; denn für uns in der SPD-Fraktion stehen die Schülerinnen und Schüler im Mittelpunkt. Wir wollen für diese ein pädagogisch modernes und gut aufgestelltes Gymnasium in Bayern entwickeln, und dazu stehen wir auch. Dies ist bisher mitnichten geschehen. Deshalb müssen wir ganz gezielt und ausführlich in diese Debatte einsteigen.

Ja, wir wollen auch eine individuelle Förderung, liebe Frau Kollegin Schreyer-Stäblein; ich habe gehört, dass Sie nicht mehr im Bildungsausschuss sind. Wir werden auf Ihre Ratschläge verzichten müssen.

(Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Ich begleite Sie weiter; keine Sorge!)

Bestimmt kommt aber etwas nach, was uns in dieser Richtung weiterbringen wird. Wir wollen ein Lernen ohne Druck. Wir wollen ein Gymnasium, das Nachhaltigkeit und eine Vertiefungsmöglichkeit bietet. Wir nehmen nämlich sehr wohl zur Kenntnis, dass uns gerade die Oberstufenlehrkräfte sagen: Das, was im Moment im bayerischen Gymnasium Richtung Abitur abgeht, hat nichts mehr mit dem früheren nachhaltigen, vertieften Arbeiten und der Studierfähigkeit zu tun. Gleiche Botschaften bekommen wir aus den Universitäten. Wir müssen uns also vor allem mit diesen inhaltlichen Fragen auseinandersetzen.

Die Laufzeit einer Schulform ist nicht das Entscheidende. Man kann in Bayern ein Gymnasium in acht Jahren durchlaufen; man kann es in neun Jahren durchlaufen. Wir sind diesbezüglich relativ leidenschaftslos, wenn die Inhalte stimmen. Aber auch Bayern ist keine Insel der Seligen. Wir haben Vorgaben der Kultusministerkonferenz. Diese KMK-Vorgaben weisen uns darauf hin, dass wir die Verdichtung der Unterrichtsstunden in der G-8-Version offensichtlich nicht vernünftig zustande bringen. Deshalb ist die

Fraktion der SPD auf den Begriff der Wahlfreiheit des Gymnasiums der zwei Geschwindigkeiten gekommen,

(Beifall bei der SPD)

in dem wir das G 8, die verkürzte Form, als gebundene Ganztagschule anbieten wollen. So halten wir das tatsächlich für realisierbar. Ansonsten sind wir für die Entschleunigung in der neunjährigen Variante mit den notwendigen Veränderungen in der Pädagogik.

Für uns ist und bleibt entscheidend, wie das Gymnasium inhaltlich aufgestellt ist. Hier geht es nicht darum, die Lehrpläne weiter zu entrümpeln, sondern es geht darum, die Lehrpläne genau daraufhin zu überprüfen, ob sie auch der jetzigen Lebenswirklichkeit entsprechen und die Schülerinnen und Schüler weiterbringen. Es geht darum – Stichwort Gymnasium Oettingen –, die Methoden zu überprüfen, die es in einer zeitgemäßen Schule wie dem Gymnasium auch geben muss. Es geht darum, auch eine inhaltlich und organisatorisch vernünftige Umsetzung zu gewährleisten. Wir haben Vorschläge dazu gemacht, die wir im Bildungsausschuss auch wieder thematisieren werden.

Es ist möglich, in jedem bayerischen Gymnasium beide Formen anzubieten, wenn man eine organisatorische Neuaufstellung macht. Darüber müssen wir reden; darüber werden wir noch einmal verhandeln. Ich hoffe, dass die Bayerische Staatsregierung und unsere Kolleginnen und Kollegen der CSU-Fraktion im Bildungsausschuss bereit sind, im Interesse der Schülerinnen und Schüler, aber auch im Interesse der Lehrkräfte und im Interesse der Sache mit uns noch einmal genau hinzusehen und dieses Gymnasium Zug um Zug einer grundlegenden Überprüfung zu unterziehen und die notwendigen Schritte einzuleiten. Ich bitte Sie – dann macht der Gesetzentwurf auch Sinn –, dies im Bildungsausschuss in Ruhe zu besprechen und in Bayern die bayerischen Schülerinnen und Schüler voranzubringen.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. Als Nächster hat Kollege Thomas Gehring vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort. Bitte schön.

Thomas Gehring (GRÜNE): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Als die FREIEN WÄHLER ihr Volksbegehren im Sommer starteten, haben wir gesagt: Wir beteiligen uns nicht daran, weil dieses Thema im Landtag zu bearbeiten ist und wir mit diesem Thema in den Wahlkampf gehen und andere Mehrheitsverhältnisse herbeiführen wollen, um nach der Wahl eine andere, bessere Bildungspolitik in Bayern zu machen. Das ist

uns nicht gelungen, aber liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU: Missverstehen Sie dieses Wahlergebnis nicht als Zustimmung zum G 8. Das wäre ein fataler Fehler.

(Beifall bei den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Da gibt es Umfragen dazu!)

Man kann auch Erfolge missdeuten.

Die Belastung in der Unterstufe ist groß. Gerade die zweite Fremdsprache in der 6. Klasse wird von vielen Lehrkräften und Eltern als großes Problem empfunden. Die Belastungen in Mathematik sind hoch. Die Verdichtung des Stoffes vor allem in der Mittelstufe ist zu stark. Die Fächervielfalt ist für die Schülerinnen und Schüler letztendlich nicht zu handhaben. Die Lehrerinnen und Lehrer klagen, dass sie die Schüler oft gar nicht mehr ansprechen können und dass das Lernen eben nicht nachhaltig ist. Es wird zwar viel gebüffelt, aber im Vergleich dazu zu wenig gekonnt, vor allem in der Oberstufe. Die nach wie vor doppelt so hohen Durchfallerquoten beim Abitur gegenüber früher zeigen, dass da etwas nicht stimmt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das G 8 hat nach wie vor Akzeptanzprobleme, bei jeder neuen Elterngeneration, die ihre Kinder aufs Gymnasium schickt, von Neuem. Die Eltern stöhnen sehr bald über die Situation dort und können das nicht verstehen. Sie können vor allem nicht verstehen, dass auf der einen Seite verdichteter Unterricht stattfindet, viel in die Stunden hineingepresst wird und dann am gleichen Tag in der nächsten Woche die Unterrichtsstunden ausfallen und es keinen juckt, was da passiert. Also Verdichtung einerseits und Unterrichtsausfall andererseits, das ist die Realität des G 8 vor Ort.

Man muss sich als Urheber des G 8 – und das ist die CSU – schon einmal überlegen, was eigentlich los ist, wenn man ein Modell auf den Weg gebracht hat, das jetzt eine ganze Schüलगeneration durchlaufen hat und das nach acht Jahren immer noch nicht rundläuft, obwohl es viele Änderungen gab. Das ist ähnlich wie bei einem Autohersteller, der ein Modell hat, das nach zehn Jahren immer noch nicht von den Kunden akzeptiert wird. Der kann dann auch nicht sagen, ihr irrt euch, das fährt gut. Der muss irgendwann überlegen, ob er das Modell zurückzieht und ein neues auflegt. Ich denke, vor dieser Situation stehen wir alle miteinander.

Die Verbesserungen des Kultusministeriums in den letzten Jahren haben nicht gegriffen. Wenn man sich bei Lehrkräften umhört, stellt man fest, das sogenannte Flexijahr ist eine Lachnummer in den Lehrerzimmern.

mern und wird nicht funktionieren. Es wird nicht dazu führen, dass es eine individuelle Lernzeitverlängerung für einzelne Schüler gibt. Es ist für wenige Einzelne ein freiwilliges Wiederholen. Die Schulen werden jetzt diese Stunden irgendwie einsetzen, aber das wird nicht die Probleme des G 8 lösen; das wissen wir alle.

Wir diskutieren heute über den Gesetzentwurf der FREIEN WÄHLER, und dazu habe ich schon ein paar Fragen. Eine ist: Sie reden von G 8, G 9 und von Wahlmöglichkeit. Wir alle wissen, dass das Gymnasium mit den zwei Zügen G 8 und G 9 Probleme mit sich bringt, zum Beispiel für die Eltern, die jetzt in der 4. Klasse noch einen größeren Entscheidungsdruck haben.

(Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

- Herr Aiwanger, okay, gleich. Die Eltern müssen sich überlegen: Schicke ich mein Kind auf die Mittelschule, auf die Realschule, auf das G 8 oder das G 9? Der Entscheidungsdruck in der 4. Klasse wird größer, und wir wissen, dass das in der 4. Klasse ein Problem ist.

Wir können diese zwei Züge vor allem an kleineren Standorten an Gymnasien nicht nebeneinander anbieten; das ist organisatorisch nicht machbar. Gleichzeitig reden Sie davon, dass es dann die Entwicklung zum G 9 gibt. Da brauchen wir eine klare Sprache: Entweder wir reden von Wahlfreiheit, wie auch immer das gestaltet wird, oder wir reden von der Rückkehr zum G 9. Wir sollten aber die Wahlfreiheit nicht als Hebel benützen, um doch zum G 9 zurückzukehren. Da müssen wir klar sagen, wollen wir das G 9 einführen, wollen wir es reformieren, oder wollen wir die Wahlfreiheit. Eine Mogelpackung geht hier nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir wollen den Gesetzentwurf zum Anlass nehmen, um hier im Landtag – Kollege Güll hat es schon angedeutet – das Thema G 8 noch einmal richtig zu diskutieren. Im Vordergrund steht für uns die Situation der Schülerinnen und Schüler. Wir wollen den Druck herausnehmen. Es geht darum, das Ganze richtig zu organisieren. Wir müssen diskutieren, ob individuelle Lernzeiten möglich sind, ob dieses Modell der zwei Geschwindigkeiten ab der Oberstufe, das wir früher schon präferiert haben, eine Möglichkeit ist oder wie wir generell mit dem G 8/G 9 weitermachen.

Wir sehen in allen Bundesländern Veränderungsprozesse, quer durch alle Parteien herrscht ein sehr uneinheitliches Bild. Vielleicht müssen wir einmal über Bayern hinausdenken und –diskutieren. Ich freue mich auf jeden Fall auf eine spannende Diskussion.

Ruhe beim G 8 wird es nicht geben, sondern wir stehen vor einer großen Reformdebatte.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. Als nächster Redner hat Herr Kollege Günther Felbinger von den FREIEN WÄHLERN das Wort.

Günther Felbinger (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich stimme dem Kollegen Gehring zu, Ruhe wird es in der Debatte um das G 8 auf keinen Fall geben. Das haben auch die verschiedenen Wortmeldungen und Beiträge gerade gezeigt. Ich will auf eine Aussage des früheren Ministerpräsidenten Stoiber zurückkommen, der damals als Begründung für die Einführung des G 8 sagte – ich zitiere: "Das deutsche Bildungssystem raubt den Jugendlichen im europäischen Vergleich wertvolle Zeit, die sie für Familiengründung, Beruf und den Aufbau ihrer Altersversorgung nutzen können."

Sehen wir doch einmal, was unsere G-8-Abiturienten nach ihrem Abschluss machen: Sie nehmen ein Jahr Auszeit, sie machen ein soziales Jahr, sie beginnen ein Studium und brechen es wieder ab, weil ihnen die Orientierung noch fehlt, weil ihnen die Reife noch fehlt. Da frage ich mich: Ist dieses G 8 wirklich so sinnvoll, wie Sie von der CSU es immer darstellen?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Sinnvoll, meine Damen und Herren, wäre es, mehr Qualität in das bayerische Gymnasium zu bringen. Dass die Qualität im G 8 gelitten hat, ist unbestritten. Da müssen Sie nur die Hochschullehrer an den Universitäten fragen, die den G-8-Absolventen die Studierfähigkeit absprechen, ebenso die Unternehmer, die Azubis ausbilden und sagen, ihnen fehlt noch die Orientierung im eigentlichen Sinne.

Also: Wir brauchen mehr Zeit zum Lernen – das ist das eine -, und wir brauchen auch mehr Zeit zur Persönlichkeitsentwicklung und zur Erlangung der geistigen Reife. Deswegen brauchen wir Veränderungen, die nicht weitere Reparaturen beinhalten – das will ich deutlich sagen -, sondern nur mit einer geregelten Lernzeitverlängerung zu erreichen sind. Ich sage bewusst: eine gesteuerte Lernzeitverlängerung und keine Wischiwaschi-Verlängerung, wie Sie das mit dem Flexijahr derzeit anstreben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Herr Staatsminister, es ist schlimm genug, dass Sie auf eine Anfrage des Kollegen Güll, wie viele Schüler-

innen und Schüler denn tatsächlich das Flexijahr in Anspruch nehmen, wieder einmal behaupten, sie können keine Angaben über die freiwilligen Wiederholer machen,

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Weil es Promille sind!)

weil sich die Zahl als so peinlich herausstellen würde, dass ich sie an Ihrer Stelle ehrlich gesagt auch nicht veröffentlichen würde.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wenn Sie, Frau Schreyer-Stäblein, von zusätzlichen Ressourcen reden, dann muss ich Ihnen sagen: Da würde ich an Ihrer Stelle kleinlaut bleiben. Sie versuchen krampfhaft, mit dem Flexijahr jedem Schüler seinen eigenen Nachhilfelehrer zu geben, aber es gelingt nicht. Das ist eine Verschleuderung von Ressourcen. Deshalb brauchen wir eine systematische Neuordnung hin zur Wahlfreiheit und zu einem G 9, das auch wirklich allen Schülerinnen und Schülern dient.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Auch in einem weiteren Punkt, Frau Kollegin Schreyer-Stäblein, muss ich Ihnen deutlich widersprechen. Sie haben von einer Zerschlagung von Schulstrukturen im ländlichen Raum gesprochen und der Unmöglichkeit, Parallelstrukturen an kleineren Gymnasien zu halten. Da will ich gern auf eine Aussage des Kollegen Freller – er ist da – vom 27. Februar 2003 in einer Pressemitteilung hinweise. Da sagten Sie: Am Gymnasium könnten Eltern und Kinder neben Ausbildungsrichtungen, Fremdsprachen oder Prüfungsfächern jetzt auch vermehrt zwischen verschiedenen Nachmittagsangeboten sowie der acht- oder neunjährigen Ausbildungsdauer wählen. Jetzt frage ich Sie hier, Herr Kollege Freller: Warum soll heute nicht mehr möglich sein, wofür das Kultusministerium sich vor zehn Jahren noch so gelobt hat?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Auch bei einem weiteren Punkt, Frau Kollegin Schreyer-Stäblein, brauchen Sie sich keine Sorgen zu machen. Ich glaube, es ging darum, dass wir mit der Unterschriftenaktion begonnen haben. Die Unterschriften haben wir momentan gut in den Schubladen gelagert und bringen sie zeitig zum Vorschein. Immer einen Schritt nach dem anderen! Heute haben wir diesen Gesetzentwurf vorgelegt, und wir sind sicher, dass dieser Gesetzentwurf der Weg in die richtige Richtung ist, nämlich zu mehr Zeit zum Lernen für unsere Schülerinnen und Schüler und insgesamt zu einer Rückkehr zum G 9.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön. Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr. Die Aussprache ist damit geschlossen. Ich schlage vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Bildung und Kultus als federführendem Ausschuss zu überweisen. Besteht damit Einverständnis? – Widerspruch erhebt sich nicht. Dann ist es so beschlossen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 5** auf:

Beratung der zum Plenum eingereichten Dringlichkeitsanträge

Zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Volkmar Halbleib, Inge Aures u. a. und Fraktion (SPD)

GBW-Mieter schützen - Ausverkauf und Mieterhöhungen verhindern! (Drs. 17/15)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Josef Zellmeier, Gudrun Brendel-Fischer u.a. und Fraktion (CSU)

Sozialcharta bei der GBW AG (Drs. 17/26)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Erster Redner ist Herr Kollege Harald Güller von der SPD. Bitte schön, Herr Kollege.

Harald Güller (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Wir beschäftigen uns heute erneut mit einer Facette des Landesbankdesasters, nämlich mit dem notwendig gewordenen Verkauf der GBW AG und der Zukunft der 85.000 Mieterinnen und Mieter. Zur Erinnerung: Am Ende der letzten Legislaturperiode gab es Diskussionen darüber, unter welchen Konditionen die GBW zu verkaufen ist. Die CSU, unterstützt von der FDP, und die Staatsregierung waren der Auffassung, den Mietern keine individualrechtlichen Vereinbarungen zu geben, sondern die Wohnungen allgemein an den Höchstbietenden zu verkaufen und auch das kommunale Bieterkonsortium nicht intensiv zu unterstützen. Jetzt läuft offensichtlich genau das, wovon wir, die SPD, immer wieder gewarnt haben: der Ausverkauf und die Filetierung der Wohnungen der GBW kurz nach der Landtagswahl und der Bundestagswahl.

(Beifall bei der SPD)

Ein Schelm, der hier Böses vermutet! Kurz nach den Wahlen rollt offensichtlich eine Welle von Mieterhöhungen und ersten Verkäufen – die Rede ist von 200 Wohnungen, die bereits verkauft sind – durch das

Land. Gleichzeitig bestätigen sich die Befürchtungen, dass es eine sehr undurchsichtige Gesellschaftsstruktur gibt. Wer sich anschaut, wie sich das Käuferkonsortium Patrizia GmbH strukturiert, findet so wohlklingende Namen wie Pearl AcquiCo Eins GmbH & Co. KG. Wenn man etwas näher hinschaut, findet man Luxemburger Gesellschaften wie die OSCAR Diversify Umbrella Gesellschaft, deren Bestehen interessanterweise zeitlich bis zum Jahr 2023 terminiert ist, was einen Hinweis darauf gibt, wann die Patrizia AG und ihre Investoren glauben, die GBW AG gänzlich zerschlagen zu müssen. Wer dann noch näher hinschaut, findet am Ende der Reihe als haftenden Gesellschafter nur noch eine kleine Gesellschaft, eine Blitz-13-308 GmbH mit Sitz in München, die kurzfristig als Hülle von einer "Blitzstart"-Gesellschaft gekauft wurde. Wer sich dieses Konstrukt anschaut, muss hoch alarmiert sein. Wer sich dieses Konstrukt anschaut, muss jetzt handeln und den Finanzminister auffordern, dem Landtag unverzüglich Bericht zu erstatten, wie es mit den GBW-Mieterinnen und –Mieter weitergeht. Wer dieses Konstrukt anschaut, muss einen Bericht darüber einfordern, wie es mit der vollmundigen Versprechung aussieht, dass es einen Mieterbeirat bei der Bayerischen Landesbank geben wird. So haben es der Herr Ministerpräsident und der Herr Finanzminister Söder angekündigt. Bisher sieht man von diesem Mieterbeirat überhaupt nichts.

Wir brauchen einen konkreten Ansprechpartner beim Käuferkonsortium der Patrizia AG. Wer ist denn zuständig für den Verkauf? Wer ist denn zuständig für die anrollenden Mieterhöhungen? Wir brauchen auch eine Auskunft darüber, wer überhaupt für die so vollmundig angekündigten Vertragsstrafen haftet. Das sind offene Fragen. Da können wir nicht auf den Bericht eines Wirtschaftsprüfers warten, den die Patrizia AG in einem Jahr einsetzen wird, um dann einmal der Landesbank einen Bericht zu erstatten. Hier ist heute Handlungsbedarf gegeben. Deswegen müssen wir auch einen entsprechenden Antrag beschließen.

(Beifall bei der SPD)

Kolleginnen und Kollegen, versprochen wurden vom Finanzminister Transparenz und Kontrolle. Im heutigen Dringlichkeitsantrag der CSU wird am Ende nur verlangt festzustellen, dass der Verkauf gelaufen ist. Kontrolle ist das nicht. Der CSU-Antrag ist nur ein Bekenntnis dazu, in den nächsten Monaten nichts zu tun. Deshalb kann man den Antrag zwar nicht ablehnen; denn bei einer Feststellung kann man nichts falsch machen. Wir können den Antrag aber auch nicht als einzige Maßnahme beschließen. Es muss ein Antrag auf echte Transparenz und echte Kontrolle beschlossen werden. Das ist der Dringlichkeitsantrag,

den die SPD vorgelegt hat. Deshalb bitte ich um Zustimmung zu diesem Antrag.

(Beifall bei der SPD)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Nächste Wortmeldung: Kollege Peter Winter.

Peter Winter (CSU): Verehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der heutige Dringlichkeitsantrag der SPD, lieber Herr Güller, weist darauf hin, dass die SPD immer noch im Wahlkampf ist, obwohl sie vor zwei Wochen angekündigt hat, dass der Wahlkampf beendet wäre. Aus der Ankündigung wird nichts. Wir sehen es. Sie spielen wieder einmal und erneut mit den Ängsten der Mieter von Wohnungen der GBW AG.

(Beifall bei der CSU)

Zur Erinnerung: Die Anteile der BayernLB an der GBW AG wurden dieses Jahr im Frühjahr an ein von der Patrizia geführtes Konsortium veräußert. So ist zum Beispiel auch von Grün-Rot in unserem Nachbarland Baden-Württemberg verfahren worden.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Ein schönes Vorbild!)

Das geschah aufgrund der Vorgaben der EU-Kommission im Beihilfebescheid für die BayernLB. Baden-Württemberg war für uns kein Vorbild, sondern wir haben es anders und besser gemacht.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das werden wir in den nächsten Monaten noch sehen!)

Im Rahmen der Vertragsverhandlung hat sich die Bayerische Staatsregierung für einen größtmöglichen Mieterschutz eingesetzt. Dabei war sie aber auch an die Vorgaben der EU-Kommission im Beihilfebescheid gebunden. Ich möchte sagen, die Bank hat den beihilferechtlich zulässigen Rahmen beim Mieterschutz in Form einer umfangreichen Sozialcharta ausgeschöpft. Die EU-rechtlichen Vorgaben grenzen den Spielraum der BayernLB bei dieser Transaktion ein. Es durften nur marktübliche Schutzklauseln verwendet werden. Das müsste der SPD-Fraktion aufgrund zahlreicher im Landtag gegebener Berichte eigentlich hinlänglich bekannt sein. Den Zuschlag hat ein von der Patrizia geführtes Bieter-Konsortium aus einer Gruppe von renommierten deutschsprachigen berufsständischen Versorgungswerken, Versicherungen, Sparkassen sowie Pensionskassen mit langfristigen Investitionsstrategien bekommen. Nach meinem Empfinden sind das alles andere als Miethaie, wie es die SPD mit ihrem Dringlichkeitsantrag erneut glauben machen will.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Warum werden sie dann an so dubiose Unternehmen verkauft?)

Die Patrizia hat sich vertraglich dazu verpflichtet, die vorgegebene Sozialcharta anzuerkennen und deren Regelungen im Interesse der Mieter einzuhalten. Dazu gehört die Verpflichtung, den einzelnen Mietern so schnell schützende Regelungen wie möglich zu gewährleisten. Spätestens 15 Monate nach Übernahme der Aktienanteile sind diese Regelungen in die einzelnen Mietverträge der heutigen GBW-Mieter zu übernehmen. So haben die heutigen Mieter künftig einen zehnjährigen umfangreichen Kündigungsschutz. Während dieser Zeit dürfen beispielsweise keine Kündigungen wegen Eigenbedarfs ausgesprochen werden. Personen, die älter als sechzig Jahre oder behindert sind, wird dieser Kündigungsschutz dauerhaft eingeräumt. Beides gilt auch im Falle des Weiterverkaufs von Wohnungen. Mieterhöhungen werden für die heutige Mieterschaft über den Bestand für die Dauer von fünf Jahren nur sehr eingeschränkt und bezogen auf das Mietportfolio zugelassen. Für die heutigen Mieter sind ferner Luxusmodernisierungen für den Zeitraum von fünf Jahren ohne deren Zustimmung ausgeschlossen.

(Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

- Hören Sie halt zu, Herr Aiwanger. – Außerdem hat sich der Erwerber verpflichtet, über den gesamten Bestand in den nächsten fünf Jahren mindestens 15 Euro pro Quadratmeter zu investieren.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Ich höre zu, sonst könnte ich nicht antworten!)

Im Falle der Weiterveräußerung von Wohnungen, welche innerhalb eines gewissen Umfangs möglich ist, besteht innerhalb der ersten drei Jahre ein Vorkaufsrecht für die jeweilige Kommune hinsichtlich des in ihrem Gebiet befindlichen Wohnungsbestandes. Das gesetzliche Vorkaufsrecht für den Mieter bleibt hiervon natürlich unberührt.

Um die Einhaltung dieser Vorgaben überprüfen zu können, hat sich der Erwerber bis 2022 verpflichtet, jährlich einen von unabhängigen Wirtschaftsprüfern erstellten Bericht vorzulegen. Bei Nichtbeachtung der Verpflichtung werden empfindliche Konventionalstrafen fällig.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich kann nicht erkennen, wo sich die Staatsregierung mieterunfreundlich verhalten haben soll, wie es uns die SPD mit diesem Dringlichkeitsantrag erneut vorgaukeln will. Uns liegen auch keine Beschwerden vor, dass sich die Patrizia

oder das von ihr geführte Konsortium nicht an die vertraglichen Vereinbarungen hält. Vielmehr glaube ich, dass die vertraglichen Regelungen vertragskonform umgesetzt werden. Das ist auch die Pflicht des Konsortiums.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herr Kollege, lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

Peter Winter (CSU): - Nein. – Wir im Landtag müssen daher überwachen, ob die den einzelnen Mieter schützenden Teile der Sozialcharta in den Mietverträgen umgesetzt wurden und ob die Sozialcharta insgesamt eingehalten wurde. Der Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion stellt dies sicher.

Meine Damen und Herren, ich halte den Dringlichkeitsantrag der SPD nicht für zielführend und bitte daher, ihn abzulehnen. Dem Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion bitte ich zuzustimmen, da mit diesem Berichte zu der vertraglichen Situation mit der Patrizia und deren Umsetzung in sinnvoller Weise und ohne Wahlkampfgetöse gefordert werden.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herr Kollege, bitte verbleiben Sie noch am Rednerpult. Herr Kollege Güller von der SPD hat sich zu einer Zwischenfrage gemeldet.

Harald Güller (SPD): Herr Winter, Sie sind in Ihrem Redebeitrag leider nicht auf das Thema Gesellschaftsstruktur eingegangen. Könnten Sie Ihre Meinung dazu äußern? Die Gesellschaftsstruktur habe ich in meiner Rede aufgezeigt. Alle, mit denen ich gesprochen habe, sind der Auffassung, dass diese Gesellschaftsstruktur eher für Immobilienhaie gedacht ist. Einer der Gesprächspartner hat es etwas feiner ausgedrückt: Das ist ein sogenannter Shareholder Optimizer. Auf Deutsch heißt das: Es geht um das Filietieren der einzelnen Wohnungsbestände.

Was halten Sie von dieser Gesellschaftsstruktur? Finden Sie, dass sie für eine bestandsorientierte Bewirtschaftung der Mieterwohnungen spricht? Man muss jetzt handeln. Der Landtag muss jetzt einen Bericht des Finanzministeriums bekommen. Das Finanzministerium muss sich jetzt bei der Bayerischen Landesbank schon um den ersten Bericht kümmern. Warum lehnen Sie die Berichtspflicht und die Initiative des Finanzministeriums ab?

(Beifall bei der SPD)

Peter Winter (CSU): Herr Güller, wenn Sie unseren Antrag aufmerksam gelesen hätten, könnten Sie diesem entnehmen, dass wir einen Bericht wollen. Nicht

nur das Ministerium, sondern auch die CSU-Landtagsfraktion kümmert sich um dieses Thema.

(Christine Kamm (GRÜNE): Seit wann?)

Wenn Sie mir weiter zugehört hätten, wüssten Sie, dass in diesem Konsortium zum größten Teil berufsständische Versorgungswerke, Versicherungen, Sparkassen und viele andere Organisationen aus dem deutschsprachigen Raum vertreten sind. Das zeigt mir, dass ordentlich mit der Sachlage umgegangen wird. Ich verstehe Ihre Sorgen, die haben wir auch. Wir kümmern uns darum. Das haben wir mit unserem Dringlichkeitsantrag deutlich gemacht.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Kollegen Aiwanger.

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es war zu erwarten, dass uns das Thema GBW-Wohnungen wieder einholen wird und es auf die Tagesordnung kommt. Die Menschen sind verunsichert. Die Mieterinnen und Mieter wenden sich an die Öffentlichkeit und die Politik. Sie erhalten Briefe, in denen ihnen mitgeteilt wird, dass ihre Wohnungen zum Verkauf stehen. Sie bekommen Mietpreiserhöhungen teilweise nur für die Garagen. Ich habe Meldungen erhalten, nach denen Mieten für Garagenstellplätze von 20 auf 50 Euro im Monat erhöht werden sollen, und dergleichen Späße mehr. Die aktuelle Vertragsgestaltung wird umgangen, ausgenutzt und bis ins letzte Detail ausgereizt. Damit wird der Gedanke des Sozialen unterlaufen, selbst wenn Sie in Ihrer Sozialcharta etwas zu Papier gebracht haben mögen.

Wir haben als FREIE WÄHLER schon zu Beginn des Verkaufs der GBW-Wohnungen vor dieser eklatant falschen politischen Weichenstellung gewarnt. Meine Damen und Herren, als Kollateralschaden des Landesbankdesasters musste die Landesbank 33.000 Wohnungen mit Sozialcharakter abstoßen. In einer Zeit der Unsicherheit an den Geldmärkten, in der jeder, der ein paar Euro auf der hohen Kante hat, in die Immobilien geht, verkauft der Freistaat Bayern seinen Immobilienbesitz, gibt das Zeug frei und bemüht sich nicht im Mindesten darum, die Wertschöpfung in eigener Hand zu behalten. Stattdessen akzeptiert er, dass Wohnungen weiterverkauft werden. Am Ende landen sie irgendwo bei Dritten oder Vierten, ohne dass der Staat versucht, den Kommunen zumindest eine Hilfestellung zu geben. Wenn die Kommunen schon nicht in der ersten Runde in den Besitz der Wohnungen kommen, dann sollte dies zumindest in der zweiten Runde gelingen. Man hat extra 5 % Kaufpreiserhöhung draufgelegt, um die Kommunen vom

Kauf abzuschrecken. Spätestens jetzt sollte man sich mit den Kommunen an einen Tisch setzen und sagen: Das Kind ist in den Brunnen gefallen, jetzt passen wir wenigstens gemeinsam auf, dass es nicht ertrinkt; wir holen es wieder heraus und schauen, dass die Kommunen, wo es nur geht, in den Besitz von Immobilienblöcken kommen können, bevor die Miethaie die Wohnungen an die Mietpiranhas weiterverkaufen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Deshalb ist Gefahr in Verzug. Deshalb muss die Politik jetzt Antworten liefern. Sie muss sagen, wo sie hin will und ob sie überhaupt willens ist, die Sozialcharta zu überwachen. In unseren Augen macht sie das zu wenig. Das ist aus Ihrem Antrag ebenfalls herauszulesen. Alles ist schwammig, man setzt auf Zeit: Das wird schon nicht so schlimm werden. Der Antrag enthält jedoch keine konkrete Aussage, dass man sich auf Punkt und Komma daran halten wird. Die Fristen sind schnell herum. Dann kommt die bittere Wahrheit.

Es wird höchste Zeit, dass die CSU-geführte Staatsregierung die Karten auf den Tisch legt. Was enthalten die Vertragsstrafen überhaupt? Als Parlament wissen wir gar nicht, welche bösen Sanktionen Sie denen angedroht haben, wenn sie sich an dieses und jenes nicht halten. Möglicherweise sind die Vertragsstrafen im Kaufpreis schon enthalten, und es wird gesagt: Wir zahlen die Strafe, das ist uns doch egal, Hauptsache ist, wir verkaufen die Wohnungen mit entsprechendem Gewinn weiter. Ist die angekündigte Sanktion bis hin zur Rückabwicklung überhaupt noch zu leisten, wenn die Wohnungen dann an Dritte weiterverkauft worden sind, die am Ende irgendeine Briefkastenfirma auf den Bahamas darstellen? So wird es ausgehen. Dann wollen Sie politisch zugreifen, können es aber nicht mehr. Man braucht nur eins und eins zusammenzuzählen.

Machen Sie an dieser Stelle die Augen auf und erkennen Sie, dass sich 33.000 Wohnungen auf wackligem Boden, auf hoher See befinden. Wir müssen die Wohnungen retten, bevor sie absaufen. Politisch ist schon ein sehr großer Schaden entstanden, der für die Mieterinnen und Mieter und für den Freistaat Bayern nicht noch größer werden darf. Wenn all diese Wohnungen weg sind und in ein paar Jahren die Mietpreiserhöhungen kommen, werden wir als Steuerzahler und Geldverwalter sozial bedürftigen Menschen Wohnungen zur Verfügung stellen müssen. Wohnungen, die uns früher selber gehört haben, werden wir von einer Briefkastenfirma X zum doppelten Mietpreis teuer anmieten müssen. So wird es ausgehen. Deshalb stimmen wir dem Antrag der SPD zu und lehnen Ihren ab.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herzlichen Dank. Dann bitte ich den Kollegen Jürgen Mistol ans Rednerpult.

Jürgen Mistol (GRÜNE): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Es wird immer offensichtlicher: Viele Tausende Mieterinnen und Mieter in Bayern müssen eine Suppe auslöffeln, die ihnen durch das Missmanagement in der BayernLB und von den dort Verantwortlichen eingebracht worden ist. Es tritt das ein, wovon wir GRÜNE immer gewarnt haben. Diese sogenannte Sozialcharta hat ihren Namen nicht verdient. Der Druck auf den Wohnungsmarkt, gerade in großen und wachsenden Städten wie München oder Regensburg, erhöht sich noch mehr.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Verkauf der GBW-Wohnungen steht für mich sinnbildlich für die Wohnungspolitik von CSU und Staatsregierung. Ihre wohnungspolitischen Aktivitäten sind bestenfalls als ein Placebo zu beschreiben, als ein Muster ohne Wert. Sie haben sich in den letzten fünf Jahren oft genug hinter der FDP versteckt. Das wird Ihnen zukünftig nicht mehr gelingen. Dass Ihre Politik in dem Bereich ein Placebo ohne Wirkung ist, entnehme ich auch Ihrem Antrag, in dem Sie schreiben: Besonderer Kündigungsschutz für Bestandsmieter über 60 Jahre. Das wird doch durch Mieterhöhungen und Sanierungen schon wieder ausgehebelt. Die Sozialcharta ermöglicht in den ersten drei Jahren eine Erhöhung der Mieten um 15 %. Das liegt deutlich über der Inflation und über der üblichen Preissteigerungsrate. Viele Mieterinnen und Mieter werden sich das nicht mehr leisten können; denn hier wohnen ja vor allem die weniger zahlungskräftigen Bevölkerungsschichten. Auch wenn die Sozialbindung der Wohnungen ausgelaufen ist, wohnen dort größtenteils immer noch dieselben Menschen. Das sollten wir nicht vergessen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir GRÜNE haben wenig Illusionen, dass die Wohnungen nach dem Verkauf noch einigermaßen sozialverträglich bewirtschaftet werden. Aber die CSU wollte es so. Sie wollten im Vorfeld nicht einmal die Wirksamkeit der Sozialcharta evaluieren lassen, wie von uns beantragt.

Es geht in der Tat nur noch um Schadensbegrenzung. Auch das wird nur teilweise möglich sein, aber man muss es natürlich auch machen. Insofern stimmen wir dem SPD-Antrag zu. Die Mieterinnen und Mieter müssen sich darauf verlassen können, dass das Wenige, das zu ihrem Schutz festgelegt worden ist, auch beachtet und umgesetzt wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Vielen Dank. Ich darf Herrn Staatssekretär Hintersberger ans Rednerpult bitten.

Staatssekretär Johannes Hintersberger (Finanzministerium): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Es ist unstrittig, dass die Bayerische Staatsregierung ein besonderes Augenmerk auf den Mieterschutz legt. Dieser ist der Bayerischen Staatsregierung ein besonderes Anliegen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das glaube ich nicht!)

Das möchte ich klipp und klar sagen und sehr deutlich unterstreichen.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Als Ausfluss hiervon konnte für die Mieterinnen und Mieter der GBW AG mit der bekannten Sozialcharta – Kollege Peter Winter hat das betont – ein besonderer Schutz erreicht werden in einem zugegebenermaßen schwierigen Gesamtpaket, in einer schwierigen Gemengelage, was den Bereich Wohnungen und Vermietung anbelangt. Die Mieterinnen und Mieter der GBW AG sind im Ergebnis – auch dies bitte ich deutlich festzuhalten – besser geschützt als viele andere Mieter auf dem freien Wohnungsmarkt.

(Zuruf von der SPD: Das stimmt doch überhaupt nicht!)

Da ist es, gelinde gesagt, umso bedenklicher, wenn heute in der Diskussion, angeregt durch den Dringlichkeitsantrag der SPD, versucht wird, von Ausverkauf, von Filetierung, von irgendwelchen Konjunktiven zu sprechen. Aus politischem Kalkül ist hierbei wieder einmal eine Dramatisierung und Verunsicherung dieser über 30.000 Mieter das Ziel.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das kommt doch! Das läuft doch schon! Ich habe Briefe!)

Das kann es nicht sein. Das hat mit verantwortlicher Politik nichts zu tun.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Ich sage Ihnen, warum. Meine Damen und Herren – ob Sie das wollen oder nicht, lassen Sie mich jetzt ein paar Fakten nennen -, wir haben mit einer Sozialcharta einen besonderen Mieterschutz für die GBW AG festgezurrert, und dies nicht nur im Konjunktiv oder wie auch immer. Herr Aiwanger, Sie wissen – und Sie

sagen es bewusst falsch -, dass das notariell, rechtsverbindlich im Kaufvertrag festgezurret ist.

Wie schaut diese GBW AG aus? - Auf Geheiß der EU-Kommission ist im Rahmen eines diskriminierungsfreien Bieterverfahrens ein Wohnungspaket verkauft worden. In Brüssel konnte aufgrund des besonderen Einsatzes der Staatsregierung – auch dies möchte ich deutlich betonen – erreicht werden, dass die Sozialcharta dem Verkauf eben nicht nur in Papierform, sondern notariell festgezurret zugrunde gelegt werden konnte. Diese Sozialcharta geht an die Grenzen des aufgrund und im Rahmen der EU-Vorgaben festgestellten Möglichen. Sie wurde vom EU-Treuhänder streng auf ihre Machbarkeit und Marktüblichkeit geprüft. Das heißt, sie hat Bestand. Die bayerische Sozialcharta geht sogar über die dem Verkauf zugrunde gelegte Sozialcharta der Landesbank-Wohnungen des grün-rot regierten Landes Baden-Württemberg deutlich hinaus. Das wissen Sie.

Auf diese – noch einmal – notariell beurkundete Sozialcharta wurde die Patrizia im Rahmen des Kaufvertrags mit der BayernLB verpflichtet, liebe Kolleginnen und Kollegen. Bei der Patrizia handelt es sich, lassen Sie mich auch dies noch einmal sagen, um ein seriöses bayerisches Immobilienunternehmen mit Sitz in Augsburg und mit dem Fokus auf Wohnimmobilien in Süddeutschland. Wenn Sie mir das nicht glauben, weise ich darauf hin: Dies haben der Münchner Oberbürgermeister und auch der Nürnberger Oberbürgermeister anlässlich des Verkaufs mehrmals bestätigt. Die Patrizia hat die Anteile an der GBW AG federführend für ein Konsortium, Herr Kollege Güller, aus zahlreichen langfristig orientierten, deutschen institutionellen Investoren erworben. Wenn man immer wieder nachbohrt, dann sage ich deutlich – Herr Güller, auch dies wissen Sie als Jurist -, dass im Kaufvertrag Vertraulichkeit vereinbart ist, die dementsprechend einzuhalten ist. Das kann man diskutieren und hin und her wenden, aber das ist Fakt. Es ist so in der kaufvertraglichen Vereinbarung festgelegt.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch ganz kurz die sechs entscheidenden Punkte nennen, die diese Sozialcharta enthält.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herr Staatssekretär, eine kurze Unterbrechung: Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Staatssekretär Johannes Hintersberger (Finanzministerium): Nein. - Die wichtigsten Bestimmungen, die insbesondere für den Schutz unserer Mieterinnen und Mieter entscheidend sind: Erstens. Ein besonderer Kündigungsschutz für die Bestandsmieter über 60 Jahre und für Schwerbehinderte. Zweitens. Ver-

zichtet auf Luxusmodernisierungen für die Dauer von fünf Jahren. Drittens. Beschränkung der durchschnittlichen Mieterhöhung auf nicht mehr als 15 % - auch immer wieder ein oft diskutiertes Thema - für die ersten drei Jahre. Viertens. Bestandserhalt durch Beschränkung von Veräußerungen. Fünftens. Das Vorkaufsrecht für Kommunen im Falle des Weiterverkaufs. Sechstens. Eine Mindestinvestitionsquote für Instandhaltung und Modernisierung.

Meine Damen und Herren, die Verpflichtung der Patrizia geht sogar so weit, dass explizite, die einzelnen Mieter schützende Regelungen einzelvertraglich verankert werden. Die Mieterinnen und Mieter erhalten dadurch eine feste, individuelle Rechtsposition. Das war ein der Staatsregierung besonders wichtiger Punkt. Auch der Ministerpräsident hat auf diesen Punkt immer wieder hingewiesen, der in den Vertrag auch Eingang gefunden hat. Außerdem muss die Patrizia bei dem zulässigen Verkauf von Bestandswohnungen dafür sorgen, dass der Erwerber die Regelungen zum Mieterschutz, die ich gerade genannt habe, auch einhält.

Lassen Sie mich noch kurz auf die Frage antworten, ob es derzeit Anzeichen für einen Verstoß gegen die Sozialcharta gibt. Meine Damen und Herren, nach Kenntnis der BayernLB, die das Kontrollorgan ist, hat die Patrizia umgehend Schritte zur Umsetzung dieser Sozialcharta in die einzelnen Mietverträge in die Wege geleitet. Das ist ein Prozess, der nach meinem Informationsstand derzeit läuft. Die gesellschaftsrechtlichen Voraussetzungen dafür werden derzeit geschaffen. Der BayernLB liegen heute keine Verstöße gegen die Sozialcharta vor. Sollte es zu derzeit nicht absehbaren Verstößen gegen die Sozialcharta kommen, dann drohen der Patrizia empfindliche Vertragsstrafen. Ich denke, in diesem Punkt sind wir beieinander. Das gilt auch für alle, die künftig in dieses Konsortium eingebunden werden sollen. Ich halte es deshalb nicht für verantwortlich, Meldungen über Mieterhöhungen, den Verkauf von Wohnungen oder die Erhöhung von Garagenmieten zum Anlass zu nehmen, in dieser allgemeinen Form bei den Mieterinnen und Mietern Ängste zu schüren.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Die kommen doch auf uns zu!)

- Herr Kollege Aiwanger, die GBW AG hat schon in der Vergangenheit regelmäßig Wohnungen verkauft und im Rahmen ihrer Geschäftstätigkeit Mieten erhöht. Auch die städtischen Wohnungsbaugesellschaften, ob in München, Nürnberg oder wo auch immer, nehmen solche Spielräume wahr. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das gehört zum operativen Geschäft. In diesem Fall werden die Mieterinnen und Mieter deut-

lich besser geschützt, als das vor dem Verkauf der Fall war.

Ein letzter Punkt: die Überwachung dieser Sozialcharta. Auch dieser Aspekt wurde in den verschiedenen Redebeiträgen thematisiert. Die BayernLB hat, um dies noch einmal zu betonen, den Auftrag, die Einhaltung der Sozialcharta zu überwachen. Insbesondere muss das Erwerbskonsortium der BayernLB zu diesem Zweck einen von unabhängigen Wirtschaftsprüfern erstellten Bericht vorlegen. Das ist notariell festgelegt. Die Staatsregierung ist im Übrigen gerne bereit, nach Umsetzung der Sozialcharta in den Mietverträgen dem Bayerischen Landtag darüber zu berichten. Zum jetzigen Zeitpunkt erscheint das aber wenig sinnvoll, weil die Patrizia, wie ich bereits sagte, gerade im Begriff ist, diese Sozialcharta in die einzelnen Bereiche einzubauen und umzusetzen. Meine Damen und Herren, die Staatsregierung wird selbstverständlich einen Bericht hierzu abgeben, aber zu einem Zeitpunkt, zu dem wir Ihnen diese Aspekte klar und transparent erläutern können.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Bitte bleiben Sie am Redepult, Herr Staatssekretär. Zunächst kommt Herr Kollege Aiwanger, dann Herr Kollege Güller und schließlich Frau Kamm.

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Herr Kollege, Sie haben vorhin gesagt, wir würden hier nur politische Panik verbreiten, wenn wir behaupten, hier werde filetiert oder verkauft. Als Staatssekretär sind Sie nun auch Teil der politischen Aufsicht. Die Landesbank beaufsichtigt die Käufer, damit diese sich an die Sozialcharta halten. Hier nun meine konkrete Frage: Haben uns die Mieter angelogen, die behauptet haben, sie hätten in den letzten Tagen Schreiben erhalten, wonach der Verkauf ihrer Wohnungen im Raum steht? Ich frage Sie: Wie vielen Leuten ist ein Verkaufsbrief ins Haus geflattert, oder haben die alle nur schlecht geträumt? Steht hier ein Verkauf im Raum? Bei wie vielen Personen ist ein Brief eingegangen? – Das müssen Sie wissen, wenn Sie die Aufsicht haben.

Staatssekretär Johannes Hintersberger (Finanzministerium): Herr Kollege Aiwanger, ich habe deutlich gemacht, dass es auch im Rahmen der festgelegten Eckpunkte der Sozialcharta, nämlich im Rahmen des operativen Geschäfts, durchaus zu Verkäufen kommen kann.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Wie viele haben einen Brief bekommen?)

In den festgelegten Eckpunkten - -

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das wissen wir nicht! Wie viele haben einen Brief bekommen?)

- Herr Kollege Aiwanger, ich habe deutlich gesagt, dass im Rahmen des normalen operativen Geschäftsgangs Verkäufe weiter laufen. Tun Sie doch nicht so! Das ist eine ganz normale Sache im Rahmen des operativen Geschäfts. Allerdings gelten hierfür die Grenzen, die die Sozialcharta festgelegt hat. Diese Leitplanken sind heute von mir mehrmals dargestellt worden. Das sind die Eckpunkte, im deren Rahmen sich die Geschäfte bewegen müssen.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herr Kollege Güller hat das Wort für eine Zwischenbemerkung.

Harald Güller (SPD): Herr Staatssekretär Hintersberger, noch einmal zum Thema Ängste schüren: Ängste werden in diesem Parlament doch nicht durch Anträge geschürt, sondern die Ängste werden durch die gerade angesprochenen Schreiben der GBW AG bzw. der neuen Eigentümer geschürt.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Zu der pausenlos und immer wieder genannten Sozialcharta möchte ich das Protokoll des Haushaltsausschusses vom 9. April dieses Jahres zitieren. Danach habe ich gefragt:

Welche einzelvertraglich festgelegten Individualrechte habe ein Mieter, wenn seine Wohnung zu den 1.500 abzuschmelzenden Wohnungen oder zu den 950 in Eigentumswohnungen umzuwandelnden Wohnungen gehöre?

In der Sozialcharta sei weiter von einer Begrenzung der Mieterhöhung im Durchschnitt des Wohnungsbestandes der GBW die Rede. Welche Individualrechte habe ein Mieter bei einer Mieterhöhung?

Die Antwort, die ich damals vom Vorstandsvorsitzenden der BayernLB, Herrn Gerd Häusler, bekommen habe, ist ebenfalls nachzulesen. Dort heißt es schlicht und einfach:

Abg. Güller habe sich die Fälle herausgepickt, die sich nicht für die einzelvertragliche Umsetzung eignen. Dinge, die im Durchschnitt berechnet würden - die Zahlen 1.500 und 950 seien korrekt -, könnten nur begrenzt einzelvertraglich festgelegt werden.

Das ist der Hintergrund, vor dem wir sagen, die Umsetzung der Sozialcharta gegenüber den Mietern ist nicht ausreichend. Die Bayerische Landesbank, und

damit das Finanzministerium, also Finanzminister Söder und auch Sie, Herr Staatssekretär Hintersberger, müssen sich jetzt darum kümmern. Warum tun Sie das nicht? Warum verweisen Sie uns auf einen Bericht, der frühestens in 15 Monaten kommen kann?

(Beifall bei der SPD)

Staatssekretär Johannes Hintersberger (Finanzministerium): Herr Kollege Güller, die Bayerische Staatsregierung kümmert sich sehr wohl, in diesem Fall über die Bayerische Landesbank, um die in diesem Kaufvertrag notariell beurkundeten und somit festgezurrten Eckpunkte der Sozialcharta. Es wird darauf geachtet, dass sie ordentlich durchgeführt und umgesetzt werden. Das sind die Spielregeln, so sind sie festgelegt. Diese Festlegung wird kontrolliert, und seitens der Landesbank ist auch vorgesehen, dass die Patrizia sie einhält.

(Volkmar Halbleib (SPD): Was heißt hier vorgesehen? Ist nur vorgesehen, dass das eingehalten wird, oder wird das garantiert?)

Ich kann nur wiederholen: Andernfalls drohen ausgesprochen empfindliche Vertragsstrafen. Das ist die Grundlage des Verkaufs. Meine Damen und Herren, das wurde Ihnen mehrmals deutlich gesagt.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Dann kommt Frau Kollegin Kamm.

Christine Kamm (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Staatssekretär, stimmen Sie mir zu, dass es für einen Menschen über 60 Jahren durchaus ein Problem ist, wenn Passagen der Sozialcharta ausgenutzt werden, wenn beispielsweise die Miete um 15 % erhöht wird, obwohl die Rente in drei Jahren niemals um 15 % erhöht wird?

Meine zweite Frage: Die Mieterhöhungen sind bei den Mieterinnen und Mietern teilweise schon in den Briefkästen. Die ergänzenden Mietverträge, auf die Sie verweisen, sind das aber noch nicht. Das ist ein Problem. Es ist doch eigentlich unmöglich, dass die ergänzenden Mietverträge noch nicht da sind, die Mieterhöhungen den Mietern aber bereits in die Briefkästen flattern.

Das dritte Thema ist der Bestand an Sozialwohnungen in Bayern. Sie wissen, dass dieser dramatisch schmilzt. Die GBW hat in der Vergangenheit jedes Jahr 250 Sozialwohnungen neu geschaffen. Wie ist es damit jetzt bestellt? Werden noch Sozialwohnungen gebaut oder nicht?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Staatssekretär Johannes Hintersberger (Finanzministerium): Frau Kollegin Kamm, der besondere Kündigungsschutz ist für Mieter über 60 Jahre festgelegt. Das ist eine Frage des Kündigungsschutzes.

Der zweite Punkt betrifft die Beschränkung der durchschnittlichen Mieterhöhung auf nicht mehr als 15 % in den nächsten drei Jahren. Diese Regelungen sind festgelegt – tun Sie doch nicht so, liebe Kollegin -, und wir haben hier mehrfach und unabhängig von der GBW diskutiert, was die 15 % angeht. Dies ist so festgelegt, und dies gilt selbstverständlich auch für die Mieter der GBW.

Die Sozialwohnungen und der Bau der Sozialwohnungen bilden, liebe Kolleginnen und Kollegen, ein Thema, das weit über diese konkrete Angelegenheit der GBW hinausgeht. Eine Aufgabe insbesondere auch der Kommunen, natürlich auch mit Unterstützung des Freistaats und des Bundes, besteht darin, vor dem Hintergrund der schwierigen Situation zusätzliche Anstrengungen zu unternehmen. Dies hat aber mit der GBW in diesem Fall, was die Sozialcharta angeht, wohl nichts zu tun.

(Zuruf von den GRÜNEN: Leider!)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herzlichen Dank. Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen.

Wir kommen nun zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt. Wer dem Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 17/15 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – FREIE WÄHLER, SPD, GRÜNE, offene Liste. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das ist die Fraktion der CSU. Gibt es Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltungen. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion auf Drucksache 17/26 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion der CSU. Ich darf bitten, Gegenstimmen anzuzeigen. – FREIE WÄHLER, SPD, GRÜNE, offene Liste.

(Zurufe von allen Fraktionen: Es gibt keine offene Liste!)

- Ja, das stimmt. Dann darf ich noch die Stimmenthaltungen abfragen. – Keine Stimmenthaltungen. Damit ist der Dringlichkeitsantrag der CSU angenommen.

Ich rufe auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Eva Gottstein u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Gleiche Mütterrente für alle (Drs. 17/16)

Ich eröffne die Aussprache. Die erste Rednerin ist Frau Kollegin Gottstein.

Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich hätte eigentlich gern den Herrn Ministerpräsidenten persönlich angesprochen, weil es um ein Thema geht, von dem er immer sehr gerne spricht.

(Thomas Kreuzer (CSU): Ministerpräsidentenkonferenz!)

- Ich weiß, dass er entschuldigt ist, das ist klar. Trotzdem darf ich erwähnen, dass es sein Thema ist.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Die Stellvertreterin ist ja da!)

- Ja, aber die äußert sich zu diesem Thema nicht so oft. – Zu den Aufgaben der Opposition gehört neben der Kontrolle der Regierung, dass sie Ideenlieferant für Plagiate ist, und auch die Erinnerung an und Kontrolle von Versprechen. In diesem Zusammenhang geht es um den Tatbestand, dass nach wie vor ein Rentenpunkt für Kinder, die vor 1992 geboren worden sind, gewährt wird und drei Rentenpunkte für Kinder, die nach 1992 geboren worden sind, gewährt werden. Im Wahlprogramm der CSU stand ganz klar: soziale Sicherheit, Mütterrente, wir kümmern uns darum, dass das Rentensystem in diesem Zusammenhang Schritt für Schritt verbessert wird. Das ist uns zu wenig. In sehr vielen Wahlveranstaltungen haben es die Kolleginnen und Kollegen dieser Seite auch anders gesehen und sehr vollmundig versprochen: Das ändern wir im Hinblick auf eine volle Gleichbehandlung. Letzte Woche ist bei der Frauen-Union Regensburg wieder ganz klar versprochen worden: Wir sorgen für die Gleichstellung und die Gleichbehandlung aller Mütter.

Deswegen verlangt der erste Dringlichkeitsantrag der FREIEN WÄHLER in dieser Legislaturperiode, das endlich umzusetzen bzw. sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass dies umgesetzt wird.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Warum ist das unser erster Dringlichkeitsantrag? - Erstens haben wir es satt, dass wir dauernd nur Versprechungen hören. Zweitens ist dieser Sachverhalt sehr wichtig, um der steigenden Altersarmut bei Frauen wenigstens etwas entgegenzuwirken. Drittens verstößt die jetzige Situation gegen jedes Gerechtigkeits-

empfinden. Vor dem Gesetz sind alle gleich, auch die Kinder, die vor oder nach 1992 geboren sind; die aktuelle Regelung ist überhaupt nicht nachzuvollziehen. Letztendlich ist es unser erster Dringlichkeitsantrag, weil die jetzige Regelung unsozial und unchristlich ist.

Es ist mit keiner Logik zu erklären, warum ein Kind, das vor 1992 geboren ist, einen Rentenpunkt wert ist und ein Kind, das nach 1992 geboren ist, drei Rentenpunkte wert ist. Die nach 1992 geborenen Kinder sind weder schöner noch schwerer noch intelligenter noch sonst irgendetwas. Das sind alles Kinder, die von Müttern geboren worden sind. Wenn ich die Erziehungsleistungen dieser Mütter würdigen will, darf ich hier keinen Unterschied machen. Mit Finanzargumenten zu kommen, ist hier völlig fehl am Platz. Wir reden von Steuergeldern, die wir für eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe brauchen. Für ein Betreuungsgeld sind Mittel da; das muss man immer wieder betonen. Wir reden hier von einem halben Betreuungsgeld. Wir erheben unsere Forderung heute nicht zum ersten Mal. Ich bitte, zuerst in diesem Punkt die Hausaufgaben zu machen. Dann können wir über eine andere Wertschätzung von Müttern weiterreden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir wollen mit unserem Antrag erreichen, dass Sie sich noch einmal Gedanken machen, und wir bitten Sie zuzustimmen, weil Sie es eigentlich müssten, wenn Sie sich selber ernst nehmen. Bestrafen Sie nicht all die Mütter, die sich für Kinder entschieden haben, als die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wesentlich schwieriger und kaum möglich war! Das tun Sie nämlich mit der jetzigen Regelung. Bestrafen Sie nicht die Mütter, die sich für eine Mehrkindfamilie entschieden haben, wie es vor 1992 wesentlich öfter der Fall war, und wirklich keine Alternative hatten, als die Kinder selbst zu Hause zu erziehen!

Wir reden hier durchaus auch von Geld. Wir reden bei drei Rentenpunkten bei einer Mutter, die drei Kinder geboren hat, von einer Rente, die fast 300 Euro beträgt. Bei einer Mutter, die später in Teilzeit gearbeitet hat, bedeutet das sehr wohl eine deutliche Aufbesserung ihres Renteneinkommens. Zeigen Sie durch Zustimmung zu unserem Antrag Ihre Wertschätzung der Familie! Denken Sie in diesem Fall nicht an die 6,5 Milliarden Euro, weil Sie das beim Betreuungsgeld auch nicht tun. Im Vergleich mit dem Betreuungsgeld stimmt die Größenordnung. Stellen Sie sich bitte dieser gesamtgesellschaftlichen Aufgabe. Nehmen Sie uns Frauen, nehmen Sie uns Mütter ernst, egal, wann wir Kinder geboren haben!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herzlichen Dank. Nächster Redner ist Herr Kollege Unterländer.

Joachim Unterländer (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Dieser Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN ist so überflüssig wie ein Kropf.

(Beifall bei der CSU – Widerspruch bei den GRÜNEN – Margarete Bause (GRÜNE): Falsche Rede!)

- Ich nehme die "GRÜNEN" zurück und spreche von den "FREIEN WÄHLERN". Wir müssen das Folgende feststellen: Erstens. Bereits seit längerer Zeit, mindestens seit der letzten Legislaturperiode, gibt es eine Beschlusslage,

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Beschlüsse gibt es viele! Umsetzen!)

die auf eine Initiative der CSU-Fraktion zurückzuführen ist, dass für die Erziehungszeiten für Kinder, die vor dem 1. Januar 1992 geboren worden sind, schrittweise die gleichen Bedingungen gelten wie für Kinder, die danach geboren worden sind.

Zweitens ist es so, dass wir in diesen Tagen Koalitionsverhandlungen in Berlin mit dem Ziel führen, dass unter anderem das Ziel der schrittweisen Gleichstellung der Kindererziehungszeiten für Geburten vor dem 01.01.1992 realisiert wird. Dies ist erklärter Wille der CSU und ist ausdrücklich festgestellt über den Bayernplan, der unsere Inhalte auf diesem Gebiet deutlich macht, und über ein Papier, das der Ministerpräsident auf der Parteivorstandssitzung in dieser Woche dargestellt hat. Wir treten dafür ein, dass ab dem 01.01. des kommenden Jahres Kindererziehungszeiten für vor dem 01.01.1992 geborene Kinder mit einem zusätzlichen Beitragspunkt als einem ersten Schritt mit monatlichen Verbesserungen von 28 Euro für alle betroffenen Frauen berücksichtigt werden.

(Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): Das hilft aber nichts! – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Da brauchen wir mehr!)

Es wird dann selbstverständlich zu weiteren Überlegungen kommen, aber wir müssen schnell handeln, und wir müssen im Übrigen gemeinsam in den Koalitionsverhandlungen,

(Zurufe der Abgeordneten Eva Gottstein (FREIE WÄHLER) und des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

meine sehr geehrten Damen und Herren, zu Ergebnissen kommen, die das Thema Altersarmut konsequent angehen,

(Lachen des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

und da gehört die bisherige Benachteiligung, was Kindererziehungszeiten vor dem 01.01.1992 anbelangt, eindeutig dazu.

Es ist der CSU besonders wichtig, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass diese Mütterrente kommt und dass sie in Schritten kommt.

Wir wollen kein Wolkenkuckucksheim, sondern wir wollen eine realistische Lösung, und diese realistische Lösung heißt, die vorhandenen Überschüsse,

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Wie groß sind die ungefähr?)

die sich durch die Beitragszuführungen aus Steuermitteln für Kindererziehungszeiten in einer Größenordnung von über sechs Milliarden Euro ergeben haben, in den kommenden Jahren zu verwenden. Damit ist eine wasserdichte Lösung in einer ersten Stufe realisierbar.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das muss eine langfristige Lösung sein!)

In einer zweiten Stufe werden alle weiteren Maßnahmen zur Altersarmut miteinander zu beraten sein. Ich hoffe, dass wir auch da zu guten Lösungen kommen. Wir sind der Meinung, Steuerfinanzierungen sind hier nicht der richtige Ansatz, weil die Belastungen für diejenigen, die die Leistungen in Anspruch nehmen können, in der Rentenversicherung nach dem Motto "Auf der einen Seite gebe ich, auf der anderen Seite ziehe ich wieder aus der Tasche raus" zu völlig verkehrten und kontraproduktiven Lösungen führen. Wir lehnen deshalb diesen Antrag ab.

Wir sind zuversichtlich, dass die Beschlusslage der CSU, die Beschlusslage der Bayerischen Staatsregierung und letztlich auch die Beschlusslage des Bayerischen Landtags zur Entlastung der Mütter und zur Einführung einer Mütterrente für diejenigen, die Kinder vor dem 01.01.1992 geboren haben, mit einer schrittweisen Gleichstellung mit Geburten nach diesem Zeitpunkt schnellstmöglich realisiert wird. Dafür stehen wir.

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Vielen Dank. Dann folgt die Kollegin Angelika Weikert.

Angelika Weikert (SPD): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Ich will gleich vorwegschicken: Aus Gerechtigkeitsgründen ist die SPD für eine Gleichstellung von Müttern, egal wann deren Kind auf die Welt gekommen ist. Die Erziehung von Kindern ist eine wichtige gesellschaftliche Aufgabe, und diese Aufgabe muss von dieser Gesellschaft angemessen honoriert werden.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Deshalb muss es darum gehen, Herr Unterländer, diese Ungerechtigkeit abzubauen. Ihr Vorschlag in den momentanen Koalitionsgesprächen ist nur eine schrittweise Anhebung. Sie haben es ja gesagt: Sie wollen aus einem Punkt zwei machen. Es bleibt aber immer noch der Unterschied zwischen zwei und drei Punkten. Aber das ist Ihnen bewusst. Deshalb sollte man sich etwas zurückhalten mit Äußerungen in der Öffentlichkeit, wie gerecht doch letztlich die Union ist. Es bleibt eine Gerechtigkeitslücke.

(Beifall bei der SPD)

Die SPD, ich habe es gesagt, ist dafür, diese zu beiseitigen, aber gleichzeitig sagen wir, wir brauchen ein klares Finanzierungskonzept. Da gibt es jetzt den Vorschlag der Union, der momentan auf dem Tisch liegt: Wir finanzieren die Rente aus Beitragsmitteln. Sie betonen, dass die Rentenversicherung eine hohe Rücklage hat, und malen dies in tollsten Bildern aus.

Nur möchte ich Sie schon darauf aufmerksam machen und daran erinnern, dass ein zukunftssicheres Rentenkonzept nicht nur zwei, drei, vier oder fünf Jahre halten muss, sondern wirklich auf die nächsten Generationen ausgerichtet sein muss. Dazu gehören mehrere Bausteine. Dazu gehört die Vorsorge gegen Altersarmut, wofür die SPD das Konzept der Solidarrente hat. Dazu gehört ganz eindeutig – das ist längst überfällig – die Erhöhung der Erwerbsminderungsrente. Es ist ein Skandal, wie wenig Erwerbsminderungsrente Menschen, die nicht mehr arbeiten können, inzwischen bekommen.

(Beifall bei der SPD)

Dazu gehört, dass wir die Rehabilitation ausbauen. Auch das ist eine Schande, wie viele Anträge abgelehnt werden, wenn Menschen ihre Gesundheit wieder aufbauen müssen, um ihrem Erwerbsleben nachgehen zu können.

Ein zukunftssicheres Rentenkonzept hat mehrere Bausteine. Die Mütterrente kann nur ein Teil eines Maßnahmenbündels in diesem Konzept sein. Deswegen wird die SPD auch darauf drängen, dass die Mütterrente, wenn sie kommt, aus Steuermitteln finanziert wird und im Gegenzug von der CSU, von der Union, ein klares Finanzierungskonzept kommt.

(Beifall bei der SPD)

Ein Weiteres noch, auch das gehört zu dem Thema Altersarmut und Gleichstellung von Männern und Frauen: Wir müssen uns die Erwerbsbiografien von Frauen anschauen. Und da gilt für die SPD das Bündel von "Gute Arbeit", das heißt: Mindestlohn, Abbau von Leih- und Zeitarbeit, Entgeltgleichstellungsgesetz, endlich gleiche Bezahlung, gleicher Lohn für Frauen und Männer. Das sind Konzepte, die Altersarmut abgebaut werden.

(Beifall bei der SPD)

In diesem Sinne freuen wir uns auf spannende Koalitionsverhandlungen. Der Teil auf dieser Seite ist ein Stück weit beteiligt. Wir natürlich auch. Wir werden auch von unseren Parteikollegen entsprechend informiert. Bei der SPD wird auch die Basis durch einen Mitgliederentscheid mitentschieden. Wir hoffen hier auf gute Ergebnisse. Die Zukunft muss eben durch richtige Konzepte ausreichend gesichert sein.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Vielen Dank. Dann darf ich die Kollegin Kerstin Celina ans Rednerpult bitten.

Kerstin Celina (GRÜNE): Sehr geehrte Damen und Herren! Ich glaube, jeder von uns hier im Plenum, aus jeder Region Bayerns und aus jeder Partei, wurde im Rahmen des Landtagswahlkampfes mindestens einmal zu seiner Position zum Thema "Gleiche Mütterrente für alle" gefragt: von allen älteren Mitbürgerinnen, die uns an Infoständen und auf Veranstaltungen zu Recht darauf hingewiesen haben, dass dieses Thema eine Lösung braucht; von den Rentnerinnen, die sich viele Jahre intensiv um ihren Nachwuchs gekümmert haben und die gar keine Möglichkeit hatten, Beruf und Familie zu vereinbaren, weil damals alles, was dazu notwendig ist, fehlte: Kinderbetreuungsmöglichkeiten ebenso wie Infrastruktur, um zur Arbeit zu kommen, und technische Hilfsmittel im Haushalt. Zumindest die sind heute gang und gäbe.

Wir alle, die intensiv Wahlkampf betrieben haben, wurden von Rentnerinnen angesprochen, die viel geleistet haben und die jetzt arm sind. Sie fragen sich, warum ihre Kinder, die vor 1992 geboren wurden, im wahrsten Sinne des Wortes weniger wert sind als Kinder, die nach 1992 geboren wurden. Ich bin sicher,

Sie alle haben diesen Frauen geantwortet: Ja, das ist ungerecht, ja, das muss geändert werden. Jetzt liegt der Dringlichkeitsantrag der FREIEN WÄHLER vor. Wir haben nun die Chance, dies zu ändern und Wahlversprechen einzulösen.

(Beifall bei den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN)

Schon im Jahr 2010 hat die hier eingesetzte Kommission namens "Anforderungen aus dem zweiten Bayerischen Sozialbericht" konkrete Handlungsempfehlungen entwickelt und die Erhöhung der Anrechnungszeiten für die Erziehung der vor 1992 geborenen Kinder gefordert, übrigens gemeinsam mit der Erhöhung der Anrechnungszeiten für familiäre Pflege. Diese Forderungen gehören nach wie vor zusammen. Es ist schade, dass die FREIEN WÄHLER diese ebenso wichtige Forderung, nämlich die Anrechnung familiärer Pflegezeiten, nicht in ihrem Antrag genannt haben. Auch bei der Erarbeitung eines Dringlichkeitsantrags hätte man sich die Zeit nehmen können, dies hineinzuschreiben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es ist egal, ob man sich um jungen Nachwuchs oder um ältere Familienmitglieder kümmert. Beides ist gleich wichtig. Beides darf nicht zu Altersarmut führen. Genau das ist aber der Fall. Genau hier entsteht Altersarmut. Das ist, bei allen politischen Unterschieden in diesem Plenum, unstrittig.

Was ist nun zu tun? - Ganz klar: Wir müssen für mehr Gerechtigkeit sorgen und Altersarmut vermeiden, indem wir heute in diesem Plenum feststellen, dass wir für die Gleichbehandlung aller Mütter sind, zum Beispiel durch die Anrechnung von Kindererziehungszeiten in der gesetzlichen Rentenversicherung. Was ist noch zu tun? - Wir müssen auf Bundesebene auf die Vermeidung von Altersarmut bei Pflegeleistungen dringen. Das muss jeder in seiner Fraktion und entsprechend seiner Position tun. Wir müssen außerdem überlegen, wie wir dies finanzieren. Die FREIEN WÄHLER beantragen eine Finanzierung über Steuermittel. Das ist logisch und konsequent; denn die enormen Mehrkosten, die uns bevorstehen, wenn wir die Gleichbehandlung der Mütter umsetzen wollen, können bei der erwarteten demografischen Entwicklung nicht von den Beitragszahlern finanziert werden.

Da einige Parteien den Zuzug junger Menschen aus anderen Ländern, die als Arbeitskräfte in die Rentenversicherung einzahlen könnten, verhindern, können wir auch nicht davon ausgehen, dass wir in Zukunft mehr Beitragszahler für die Rentenkassen haben werden. Insofern haben die FREIEN WÄHLER recht. Die Rentenversicherung taugt zumindest langfristig nicht

als Basis für die Finanzierung der beantragten Maßnahmen; denn ein Renten-Plus für acht Millionen Mütter ist zumindest auf Dauer nicht aus der Rentenportokasse zu finanzieren, auch wenn die Kasse zum jetzigen Zeitpunkt prall gefüllt ist. Jetzt bleibt nur noch die Frage, welche Steuern wir nehmen. Hierzu findet sich in dem vorliegenden Dringlichkeitsantrag leider kein Vorschlag. Hier hätte ich gerne etwas mehr gewusst.

Wir GRÜNE haben in den letzten Monaten viel über Steuern geredet. Deswegen verzichte ich heute darauf darzustellen, aus welchen Steuern wir dies finanzieren würden. Wer dazu noch Fragen hat, kann aber nach dem Plenum gerne auf mich zukommen. Dann werde ich ihm oder ihr gerne unser Steuerkonzept erklären und es richtig kommunizieren. Dabei kann ich dann gleich noch unser Konzept der steuerfinanzierten Grundrente in Höhe von 850 Euro im Monat erläutern, das eine geeignete Alternative wäre, um zu mehr Gerechtigkeit für Mütter und Pflegende zu kommen.

In der letzten Legislaturperiode wurde übrigens das Thema des heute vorliegenden Dringlichkeitsantrags schon einmal behandelt. Bei dem damals diskutierten Antrag zur Anrechnung von Kindererziehungs- und Pflegezeiten in der Rentenversicherung hätte ich auch schon gerne mitgeredet, war aber leider noch nicht dabei. Ich kenne aber das Ergebnis: Herr Seehofer wollte schon damals eine, ich zitiere, neue Epoche in der Renten- und Familienpolitik einleiten, mit einer besseren Anrechnung von Kindererziehungs- und Pflegezeiten. Der Antrag der FREIEN WÄHLER bietet jetzt die Möglichkeit, einen ersten Schritt zu tun, um mit einer Anrechnung von Pflegezeiten nachzuziehen.

Ich bin nach wie vor der Meinung, dass es auch andere gute Konzepte zur Vermeidung von Altersarmut gibt, zum Beispiel eine Garantierente. Ich bin auch der Meinung, dass der Antrag der FREIEN WÄHLER noch nicht perfekt formuliert ist. Er hat aber das richtige Ziel, nämlich Altersarmut zu vermeiden, und er fordert eine Finanzierung der Mütterrente durch Steuern. Wer kann dazu schon Nein sagen? Wir GRÜNE sehen dies in der aktuellen Lage als einen wichtigen Schritt an, um endlich zu Pote zu kommen. Über die notwendigen Steuererhöhungen können und werden wir uns später sicher noch einmal unterhalten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Frau Kollegin Celina. Jetzt hat Frau Staatsministerin Huml das Wort.

Staatsministerin Melanie Huml (Gesundheitsministerium): Werter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Dieser Dringlichkeitsantrag setzt sich für hö-

here Renten für Mütter ein. Wer könnte da dagegen sein? Gerade die Staatsregierung hat diesen Vorschlag eingebracht. Es ist schön, dass viele Fraktionen bei diesem Vorschlag mitgehen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir alle wissen, dass Frauen, die ihre Kinder nach 1991 geboren haben, drei Kindererziehungsjahre angerechnet bekommen, während Müttern, die ihre Kinder vor 1992 bekommen haben, nur ein Jahr gutgeschrieben wird. Dieser Unterschied hat nur einen Grund, nämlich zwischenzeitliche Leistungsverbesserungen, die mit einer Stichtagsregelung verbunden waren, wie das häufiger der Fall ist.

Ältere Mütter haben aber keineswegs weniger für unsere Gesellschaft geleistet. Sie verdienen unsere Anerkennung genauso. Gerade die Renten von Müttern sind besonders niedrig, und zwar umso niedriger, je mehr Kinder erzogen wurden. Wir alle, auch die Bayerische Staatsregierung, wollen die Altersarmut gerade von Müttern bekämpfen. Deshalb macht sich die Staatsregierung, allen voran Ministerpräsident Horst Seehofer, für zusätzliche Kindererziehungszeiten auch für die heutigen Rentnerinnen mit Geburten vor 1992 stark.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, bekanntlich ist dies auch mit Kosten verbunden. Über sechs Milliarden Euro jährlich fallen allein für ein zusätzliches Kindererziehungsjahr an. Wir wollen dies solide finanzieren, Schritt für Schritt. Durch die hohen Rücklagen in der Rentenversicherung und vorhandene Steuermittel für Kindererziehungszeiten ist das auch möglich. Wir wollen dafür keine Steuererhöhungen einführen. Wir wollen sie nicht, und wir brauchen sie nicht.

Gestern haben im Bund die Koalitionsverhandlungen begonnen. Für den Freistaat Bayern wird dies dabei ein ganz wichtiges Thema sein. Meine Kollegin, die Familienministerin Emilia Müller, wird sich dafür einsetzen, eine gute Lösung für die Mütter in unserer Gesellschaft zu finden, damit ihre Leistungen finanziell anerkannt werden.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Frau Staatsministerin. Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Dringlichkeitsantrag auf der Drucksache 17/16 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Das ist die CSU-Fraktion. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Windenergie in Bayern voranbringen - Planungssicherheit für Kommunen, Bürgerinnen und Bürger herstellen (Drs. 17/17)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Akzeptanz der Windenergie sichern - Einflussbereich der Kommunen bei Planung von Windkraftanlagen stärken (Drs. 17/27)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Der erste Redner ist Herr Kollege Stümpfig.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! In der heißen Wahlkampfphase ist auf einmal die Forderung aufgetaucht: Windkraftanlagen brauchen einen Abstand in zehnfacher Höhe zur nächsten Wohnbebauung. Der Ministerpräsident war gerade bei einer Bürgerinitiative zu Besuch, die wenig von Windrädern hält. Aus diesem Besuch ist eine Bundesratsinitiative entstanden: Das Baugesetzbuch sollte geändert werden; denn Bayern will den Abstand in zehnfacher Höhe festschreiben. Doch im Bundesrat hatte diese Initiative keine Chance. Deshalb hat die Staatsregierung eine Vertagung bis auf Widerruf beantragt. In Fachkreisen des Bundesrats bezeichnet man so etwas auch als Beerdigung zweiter Klasse.

Wir GRÜNE wollen dieser Hängepartie ein Ende machen; deshalb unser Antrag. Wir brauchen in diesem Bereich Planungssicherheit – das ist ganz wichtig – und sagen deshalb zu Herrn Seehofer, der heute leider in Berlin weilt: Ziehen Sie Ihren Antrag zurück oder haben Sie wenigstens den Mumm, ihn bei der nächsten Sitzung des Bundesrates zur Abstimmung zu stellen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der derzeitige Antrag der Staatsregierung im Bundesrat hätte fundamentale Auswirkungen. Ein Abstand in zehnfacher Höhe – moderne Windkraftanlagen haben, wie Sie wissen, 200 Meter Flügelspitzenhöhe – würde einen Radius von 2.000 Metern bedeuten. Das populistische Vorpreschen würde die Windkraft bei uns in Bayern komplett zum Erliegen bringen. Nur noch 0,05 % unserer Landesfläche – Bayern ist nicht gerade klein – würden dann zur Verfügung stehen. Ein Windrad bräuchte eine Fläche von 12,5 Quadrat-

kilometern. Ich komme aus Franken. Bei uns gibt es den Altmühlsee, der 4 Quadratkilometer groß ist. Die dreifache Fläche des Altmühlsees würde benötigt, um den Abstand zur nächsten Wohnbebauung einzuhalten. Kurz gesagt: Die Windkraft als billigste und effizienteste Energieform, die wir derzeit haben, wäre tot. Die von der Staatsregierung 2011 selbst beschlossene Energie-Initiative wäre nur noch Makulatur.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bis vor zwei Wochen habe ich noch bei der Stadt Ansbach als Umweltingenieur gearbeitet. Dort war ich elf Jahre tätig. Nach drei Jahren Planung haben wir es diesen Sommer endlich geschafft, so weit zu sein. Ein BImSchG-Antrag für zwei, drei Windkraftanlagen lag auf meinem Schreibtisch. Ich habe dort den Immissionsschutz beurteilt, also hauptsächlich Lärm und Schatten. Dann kam die Initiative der Staatsregierung. Mit Schreiben vom 7. August und mit Schreiben vom 30. August wurden die Kreisverwaltungsbehörden zu vorauseilendem Gehorsam aufgefordert. Die geplanten Projekte sollten auf Eis gelegt werden; denn die Staatsregierung hatte ja ein neues Gesetz in petto. Meine Kollegen in der Verwaltung, die zum Teil 30 Jahre dabei sind, haben gesagt: So etwas haben wir noch nicht erlebt. Ich sollte also einen Antrag, der vor mir auf dem Schreibtisch liegt, nicht nach der derzeit gültigen Gesetzeslage bearbeiten, sondern einfach ruhen lassen. Nach meiner Auffassung ist dies rechtlich äußerst fragwürdig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Kommunen würden Gefahr laufen, Schadenersatzpflichtig zu werden. Unserem Herrn Ministerpräsidenten sind diese juristischen Spitzfindigkeiten aber anscheinend nicht besonders wichtig.

(Zuruf von den GRÜNEN: Weil er es nicht versteht!)

Als Umweltingenieur kann ich Ihnen versichern: 800 Meter Abstand zur nächsten Wohnbebauung sind aus Sicht des Lärm- und Schattenschutzes ausreichend. Wichtig ist der richtige Standort der Windkraftanlagen. Den können die Bürger, können die Gemeinden, die Planungsverbände vor Ort am besten beurteilen; denn sie sind die Experten vor Ort.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie als CSU wollen jetzt von München aus entscheiden, wo in Bayern die Windkraftanlagen noch hinpassen; denn bei einer übrigen Fläche von 0,05 % ist es definitiv eine Entscheidung aus München. Was hat das noch mit Bürgernähe zu tun? Herr Seehofer mimt den Kümmerer,

(Beifall bei den GRÜNEN)

aber seit Einreichung der Initiative ist nichts mehr passiert. Herr Seehofer wirkt wie ein Schockfroster auf alle laufenden Windkraftprojekte.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das Ziel von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist ganz klar: Wir wollen Energie in Bürgerhand. Wir wollen lokale Bürgergenossenschaften, die vor Ort investieren. Das Geld bleibt in unserer Region. Der Strom wird dort erzeugt, wo wir ihn brauchen. Wir haben somit eine hohe Akzeptanz von Windkraftprojekten.

Nach Fukushima ist das Windkraftpendel der CSU – so möchte ich es einmal bezeichnen – von Ablehnung auf Zustimmung geschwenkt. Zum Zeitpunkt des Höhepunktes des Ausschlages hat unser damaliger Umweltminister Herr Söder veranlasst, dass Windkraftanlagen, die einen Abstand von 800 Metern zu nächsten Wohnbebauung haben, keine neutralen Lärmschutzgutachten mehr benötigen. Ich als Fachmann sage Ihnen heute: Diese neutralen Lärmschutzgutachten waren in der Praxis Gold wert. Man hat dadurch wirklich Akzeptanz geschaffen. Ich konnte nämlich sagen: Schauen Sie her, die Grenzwerte, die Lärmschutzrichtwerte werden sicher eingehalten. Das war also kontraproduktiv.

Jetzt schlägt das Pendel der CSU wieder gewaltig zurück. Den laufenden Projekten wird der Boden komplett entzogen. Ich weiß aus eigener Erfahrung: Windkraftanlagen brauchen mindestens zwei bis drei Jahre Planungszeit. Wir brauchen ganz dringend Planungssicherheit:

(Beifall bei den GRÜNEN)

Planungssicherheit für die Kommunen, Planungssicherheit für die Bürger, die etwas investieren wollen, Planungssicherheit für die Investoren und schließlich auch Planungssicherheit für das Konsortium aus Genehmigungsbehörden und Planungsverbänden. Auf keinen Fall brauchen wir ein Pendel, das einmal so und ein anderes Mal anders ausschlägt. Machen Sie dem Pendeln ein Ende; machen Sie diesem Spuk ein Ende!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Stimmen Sie heute für mehr Planungssicherheit. Stimmen Sie für eine konsequente Energiewende. Stimmen Sie unserem Antrag zu, und ziehen Sie Ihren eigenen Antrag im Bundesrat zurück.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Noch ein kurzes abschließendes Wort zum nachgeschobenen Antrag der FREIEN WÄHLER zum Thema Windkraft: Wir sehen, dass die Kommunen durchaus Planungsmöglichkeiten haben. Die Kommunen müssten aber noch weiter unterstützt werden. Den Antrag in seiner relativ unkonkreten Form möchten wir deshalb nicht direkt unterstützen – wir sehen keinen Mehrwert – und haben uns deshalb für eine Enthaltung entschieden. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herzlichen Dank, Kollege Stümpfig. Nächste Wortmeldung: Kollege Glauber. Bitte schön.

Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): Verehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich werde dem Kollegen Stümpfig erklären, warum wir diesen Antrag gestellt haben und wie wir mit dem Antrag der GRÜNEN umgehen werden.

Frau Aigner, Herr Pschierer, Sie haben mit Ihrer neuen Aufgabe eine Mammut-Baustelle vor sich. Sie haben einen Ministerpräsidenten, der in Berlin schnell vor der Wahl, wie vorhin verkündet, eine Zehn-H-Regelung ausruft, um bei den Bürgern noch Fishing for Compliments zu betreiben und der im Prinzip Städte, vor allem Landkreise und Landratsämter, mehr oder weniger zum Rechtsbruch auffordert. Dieser Rechtsbruch wurde gerade angeführt. Was soll bitte schön ein Bayerischer Landtag dazu sagen, wenn wir als Parlament mit einem Ministerpräsidenten an der Spitze zum Rechtsbruch aufrufen?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wenn, dann sollten wir gefälligst hier – es ist doch ganz klar, dass wir dafür zuständig sind – ordentliche gesetzliche Regelungen schaffen. Momentan ist es so – das habe ich Ihnen in der letzten Legislaturperiode zu erklären versucht –, dass Sie mit dem Windkraft-Erlass etwas ins Leben gerufen haben, was wir so nicht wollten. Sie haben sich nach Fukushima für die Energiewende ausgesprochen. In Ihrer Regierungserklärung, in Ihrem Energiekonzept haben Sie dann, damals noch unter Umweltminister Söder, von 1.500 Windrädern gesprochen. Wie viele dieser 1.500 Windräder haben Sie denn realisieren können? Was ist denn passiert? – Als Sie gemerkt haben, dass Sie auf Widerstände stoßen, ist plötzlich die 10-H-Regelung ins Spiel gekommen. Sie haben Folgendes gemacht: Sie haben einen Windkraft-Erlass in die Fläche gebracht, der ermöglicht, dass heute Windkraftträder bis zu 300 Meter an Einzelwohnbauungen heranrücken können. Es ist doch klar, dass die Bürger damit nicht einverstanden sind.

Wir haben für die allgemeine Wohnbebauung die 800-Meter-Regel. Natürlich führt es nicht zu Akzeptanz. Wenn wir heute Windräder mit 230 Metern Höhe in 800 Metern Abstand haben, wird es natürlich schwierig. Die einzige Rechtsgrundlage, die momentan mit Blick auf eine Regelung auf dem Tisch liegt, ist die Baunutzungsverordnung, da Windkraftträder privilegiert sind – sprich: Ein Windkraftträd darf nachts in einem Gebiet mit allgemeiner Wohnbebauung nicht mehr als 35 dB(A) Lärm erzeugen. Das ist die einzige Rechtsgrundlage. Sprich, wie weit weg das Windrad wirklich steht, wird von einem BImSchG-Gutachten bestimmt. Wir als FREIE WÄHLER wollten immer eine größere Rechtssicherheit für die Kommunen; denn die Kommunen würden bei der Energiewende gern mitgehen, sie haben aber keine Rechtssicherheit.

Wenn wir nach dem Windkrafte rlass und den Regionalplänen heute als Kommune eine Vorrangfläche ausweisen und der Abstand zur Wohnbebauung bei 800 Metern liegt, dann ist es nach wie vor so, dass das BImSchG-Verfahren im Raum steht. Dieser Graubereich ist nie geregelt worden. Wenn die Vorrangfläche bebaut ist, trifft die Privilegierung nicht zu, und eine Vorschädigung einer Fläche würde zur Nachverdichtung führen. Das ist oft praktiziert worden.

Wir wollen, dass die Kommunen in Zukunft Rechtssicherheit haben. Frau Aigner, Herr Pschierer, ich wünsche Ihnen viel Spaß dabei, diese Rechtssicherheit herzustellen. Ich sage Ihnen noch, dass Sie – der FDP-Wirtschaftsminister hat es nie verstanden – als Erstes einen Masterplan, was Sie mit der Energiewende wollen, schreiben sollten. Nehmen wir zum Beispiel den Riedlspeicher, den der Ministerpräsident gestern schon in die Tonne kloppen wollte.

(Zurufe von der CSU)

- Jochberg. Wenn Sie den Jochbergspeicher in die Tonne kloppen wollen, dann sagen Sie den Bürgern, wie Sie Energie speichern wollen. Jedenfalls, machen Sie als Erstes einmal einen Masterplan! Überlegen Sie sich, wie Sie die Energiewende überhaupt gestalten wollen.

Zweitens. Wenn Sie schon Ihren Windkrafte rlass machen, dann sollten Sie dort die Erreichbarkeit einer Fläche berücksichtigen. Sie lassen heute die Regierungen im Windkrafte rlass in den Regionalplänen Flächen erarbeiten, bei denen nicht einmal sichergestellt ist, weil es kein Kriterium ist, dass die Flächen überhaupt straßentechnisch zu erreichen sind. Sie wissen in der Beratung nicht, wo letztlich die nächsten Netzanschlusspunkte sind.

Sie haben nichts geregelt, Sie arbeiten mit einem alten Windatlas. Wir fordern seit Jahren, dass Sie endlich einen Windatlas auf den Tisch legen, damit wir keine Streitigkeiten darüber haben müssen, dass Windräder in der Fläche stehen, die völlig unrentabel sind. Volkswirtschaftlich ist es das Allerwichtigste, dass wir von vornherein feststellen: Welches Windrad ist das wirtschaftlichste? Wir müssen doch volkswirtschaftlich mit den wirtschaftlichsten Windrädern beginnen und sie dann der Reihe nach abarbeiten. Habe ich aber keine Aussage zur Windhöflichkeit, kann ich nicht das wirtschaftlichste Windrad bestimmen. Auch da verweigern Sie sich.

Es gibt viele Hausaufgaben. Wir wollen, dass Sie endlich Rechtssicherheit für die Kommunen schaffen. Dem Antrag der GRÜNEN werden wir selbstverständlich zustimmen; denn momentan kommen wir beim Ausbau der erneuerbaren Energien und der Windkraft nicht voran.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke sehr, Herr Kollege Glauber. Nächster Redner ist Herr Kollege Huber. Bitte sehr.

Erwin Huber (CSU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die GRÜNEN machen mit diesem Antrag wieder viel Wind, ohne Energie zu erzeugen.

(Beifall bei der CSU – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Oh mei!)

Der Teil Windkraft ist im Bayerischen Energiekonzept enthalten, das steht völlig außer Frage. Aber die Erfahrungen gerade der letzten Jahre, Herr Kollege Glauber, im Wirtschaftsausschuss sind doch die, dass ein Konsens bei den gegenwärtigen Regelungen oft nicht erreichbar ist. Die meisten Eingaben, die wir im Wirtschaftsausschuss zur Windkraft hatten, stammten von entschiedenen Gegnern. Das muss man zur Kenntnis nehmen. Es hat doch keinen Sinn, einfach zu sagen, das wollen wir ohne Rücksicht auf die Bedingungen vor Ort. Der Vorstoß der Staatsregierung hat das Ziel, mehr Konsens, mehr Bürgerbeteiligung, mehr Miteinander herbeizuführen. Ich meine, eigentlich sollte das den GRÜNEN entgegenkommen, und deshalb ist Ihr Vorstoß völlig irrelevant und auch falsch, meine Damen und Herren.

Eigentlich müssten alle in diesem Hohen Hause der Meinung sein, ein Vorstoß, der die Landeskompentenz stärkt, sei sinnvoll; denn Sachsen und Bayern wollen zunächst einmal, dass in das Bundesbaugesetz eingefügt wird, dass die Länder selber Zuständigkeiten bekommen, um im Bereich der Außenbereichsprivile-

gierung von Windkraft eigene Regelungen zu treffen. Die Bedingungen für Windkraft sind in den 16 Ländern in Deutschland durchaus unterschiedlich. Auch die Besiedelung ist unterschiedlich, auch die Topographie ist unterschiedlich. Warum soll man da bundesweit alles über einen Kamm scheren? – Lasst uns doch die Möglichkeit wahrnehmen, dass in den einzelnen Ländern maßgeschneiderte Regelungen getroffen werden, die für das jeweilige Land passen. Wir sind Föderalisten und nicht Zentralisten, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CSU – Zurufe von den GRÜNEN)

Natürlich spielt die Energiewende jetzt bei den Koalitionsverhandlungen zwischen Union und SPD eine entscheidende Rolle. Die Wirtschaftsministerin wird an den Verhandlungen maßgeblich beteiligt sein. Da werden alle Bedingungen auf den Tisch kommen, selbstverständlich auch die Frage, wie die EEG-Vergütung ausgestaltet wird. Da wird es zu Änderungen kommen, weil die jetzigen Strompreise in ihrer Dynamik nicht beibehalten werden können und wir wollen, dass es eine wirksame Bremse für Strompreise gibt. Wir wollen, dass die regenerativen Energien Zukunft haben. Aber eine Überförderung mit Fehlanreizen zu Lasten der Bürger in ganz Deutschland kann auf diese Art und Weise nicht mehr hingenommen werden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Das heißt, die Anreize, aber auch die Investitionsbedingungen werden bei dem großen Rad, das gedreht wird, nämlich der Energiewende für die Zukunft, natürlich eine Rolle spielen. Dabei wird von Bayern – von der Wirtschaftsministerin und von uns, der CSU – auch diese Regelung zu den Abständen in der Windkraft eingebracht werden. Es gibt sowieso eine Initiative im Bundesrat. Entscheidend ist aber – anders geht es gar nicht -, dass der Bundestag einer solchen Regelung zustimmt.

(Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER) meldet sich zu einer Zwischenfrage)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Kollege Huber, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Erwin Huber (CSU): Nein, er kann nachher eine Intervention machen. - Das heißt, wir bringen jetzt in die Koalitionsverhandlungen eine Gesamtregelung ein, einen sogenannten Masterplan und damit natürlich die Frage, ob es notwendig ist, das Baugesetzbuch in diesem Punkt zu ändern oder nicht. Wenn wir da zu einer Regelung mit der SPD kommen, wird es im Bundestag eine entsprechende Initiative geben. Wenn nicht, dann wird darüber jedenfalls verhandelt. Aber

zum jetzigen Zeitpunkt das Signal zu geben, wir nehmen diesen Antrag zurück, wäre vor Beginn der eigentlichen Verhandlungen völlig falsch.

(Beifall bei der CSU)

Im Übrigen möchte ich den GRÜNEN und auch den FREIEN WÄHLERN sagen: Verehrte Kollegen, rüsten Sie doch in der Sache ein bisschen ab. Es macht sich einfach immer gut, etwas persönliche Polemik hinein-zumischen oder von Rechtsbruch zu reden. Diese Sache ist sowieso so komplex, dass man sich lieber um Sachlichkeit bemühen sollte, anstatt das Ganze emotional aufzupumpen.

(Beifall bei der CSU)

Ich sage dazu noch zwei Dinge. Wir hätten möglicherweise diese gewaltige Erhöhung der Strompreise zum 1. Januar 2014 nicht – denn allein die Belastung durch die EEG-Umlage steigt um 20 % von fünf auf sechs Cent -, wenn man im Frühjahr bereits die Initiative der Bundesregierung, von Altmaier und Rösler, aufgenommen hätte. Dann wäre es gelungen, im Sommer noch eine Strompreisbremse einzuziehen. Das ist am Widerstand der rot-grün regierten Länder in Deutschland gescheitert. Auch ein Gipfel bei der Bundeskanzlerin hat leider nicht weitergeführt. Auch weitere Verhandlungen haben zu keinem Ergebnis geführt. Damit ist im Grunde eine Fehlentwicklung, was Anreize angeht, das ganze Jahr 2013 weitergelaufen. Natürlich ist es jetzt zu spät, zum 01.01.2014 schon eine Bremse einzufügen. Das heißt, die Bürger zahlen die Zeche für die Blockadehaltung von SPD und GRÜNEN in diesem Jahr, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der SPD)

- Gut, das war vor der Wahl. Sie sind, meine sehr verehrten Damen und Herren von der SPD, durch die Wahl vielleicht etwas klüger geworden. Wir wollen jedenfalls in dieser Sache verhandeln. Meine große Hoffnung ist, dass es in den nächsten vier bis sechs Wochen in der Tat gelingt, die Energiewende in Deutschland so zu gestalten, dass wir Versorgungssicherheit haben und erträgliche, bezahlbare und vernünftige Strompreise sowohl für die Verbraucher als auch für die Wirtschaft haben. Durch Strompreise dürfen in Deutschland keine Arbeitsplätze und keine Branchen gefährdet werden.

Wir wollen natürlich auch eine klimafreundliche, regional ausgewogene Energiepolitik. Das wird nicht einfach sein. In dieses Aufgabengebiet soll alles mit hineinkommen. Deshalb wünsche ich der Wirtschaftsministerin für diese nicht leichten Verhand-

lungen viel Erfolg, und ich sage ihr meine volle Unterstützung zu.

(Beifall bei der CSU)

Ich möchte noch ein Wort an die Adresse der FREIEN WÄHLER richten. Sie haben den ganz allgemein gehaltenen Antrag gestellt, man sollte die Zuständigkeit der Kommunen verbessern. Wer ist schon dagegen? Sie müssen schon sagen, wie das zu geschehen hat. Sie bleiben sowohl im Antrag als auch in der Begründung jeden Hinweis auf ein dafür geeignetes Instrument schuldig.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Indem man sie von der 10-H-Regelung befreit!)

Es ist absolut billig, wenn Sie sagen: Wir wollen etwas, weil wir die Aiwangers sind. Sie müssten schon sagen, was Sie wollen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Wir haben heute schon viele Möglichkeiten. In Bayern ist die Regionalplanung kommunalisiert. Die Vorrangflächen und die Vorbehaltsflächen werden im Regionalen Planungsverband von den Kommunalpolitikern festgelegt. Die Flächennutzungsplanung und die Beteiligung am Baugenehmigungsverfahren sind kommunalisiert. Ich sehe heute keine weiteren Möglichkeiten. Wir sind kommunalfreundlich. Ich glaube aber, dass sich die Kommunalpolitiker durch kein Phantom beeindrucken lassen. Sie brauchen etwas ganz Konkretes, und das fehlt bei den FREIEN WÄHLERN, wie so oft.

(Beifall bei der CSU)

Die Energiewende wird uns vor große Herausforderungen stellen. Wir sind bereit, auch schwierige Entscheidungen zu treffen. Der Beitrag der GRÜNEN und der FREIEN WÄHLER von heute ist nicht sinnvoll. Deswegen empfehle ich dem Hohen Hause, diese Anträge abzulehnen.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Kollege Huber, wir haben eine Zwischenbemerkung des Herrn Kollegen Glauber.

Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER): Herr Huber, Sie haben uns vorgeworfen, dass wir Polemik betreiben. Ich glaube nicht, dass ich in meiner Rede Polemik betrieben habe. Ich habe versucht, Ihnen aufzuzeigen, wie Rechtssicherheit hergestellt wird. Momentan haben wir keine Rechtssicherheit. Das

konnten Sie in Ihrer Rede auch nicht entkräften. Wir sind im Landtag dafür da, dass wir Rechtssicherheit herstellen. Reden Sie deshalb nicht von Polemik, sondern stellen Sie Rechtssicherheit her!

Sie haben weiterhin ein Zerrbild vom Wirtschaftsausschuss gezeichnet, weil beim Wirtschaftsausschuss nur die Widersprüche auflaufen. Alle befürworteten und genehmigten Windkraftanlagen werden von der Bevölkerung still und leise akzeptiert. Eigentlich müssten wir auch alle diejenigen sprechen lassen, die ein Windkrafttrad haben und damit sehr zufrieden sind. Sie zeichnen damit ein Zerrbild, weil Sie nur die aufzeigen, die kein Windkrafttrad wollen.

Als Letztes möchte ich Ihnen Folgendes sagen: Fragen Sie einmal den Kollegen Heinrich Rudrof. Bei ihm werden im Regionalen Planungsverband von den Kommunen 13 weitere Vorrangflächen eingebracht, die mit Ihrer 10-H-Regelung hinfällig sind. Die Kommunen dort wissen nicht, was sie machen sollen. Im Regionalen Planungsverband im Landkreis Bamberg werden Flächen eingebracht, die die Gemeinden als Vorrangflächen ausgewiesen haben wollen. Aufgrund Ihrer 10-H-Regelung liegen sie aber auf Eis. Ich glaube, der Verdacht besteht nicht, dass in Bamberg nur FREIE WÄHLER in den Kommunalparlamenten sitzen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Bitte sehr, Herr Huber.

Erwin Huber (CSU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist schon richtig, dass die Eingaben - - Herr Kollege Glauber, es wäre vielleicht schon angebracht, dass Sie mir zuhören, wenn ich mich für Sie bemühe, was ich auch gerne mache.

(Beifall bei der CSU – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Ausgerechnet Sie müssen sagen, dass er Ihnen zuhören soll!)

- Er hat mich gefragt. Ich habe ihn nicht dazu aufgefordert. Wer mich fragt, verdient auch eine entsprechende Antwort.

Herr Kollege Glauber, es trifft zu, dass die Eingaben kein repräsentatives Bild ergeben. Gemeinsam stellen wir aber fest, dass wir kaum Eingaben für Windkraftanlagen haben, dass wir aber unglaublich viele Eingaben gegen Windkraftanlagen haben. Diese Eingaben geben ein Stimmungsbild der Bevölkerung wieder. Ich sage nicht, dass die Eingaben der alleinige Maßstab sind. Ich habe es im Zusammenhang gesagt: Wenn es uns gelingt, einen höheren Konsens, eine bessere Zufriedenheit und mehr Miteinander vor Ort herbeizu-

führen, dann ist auch der Gesetzentwurf der Staatsregierung ein Beitrag dazu, und darüber muss jetzt verhandelt werden.

Zur Frage nach Rechtssicherheit oder Rechtsunsicherheit: Ich glaube in der Tat, dass im Moment bei der Förderung regenerativer Energien eine gewisse Rechtsunsicherheit besteht. Das ist unvermeidbar, weil sich alle maßgeblichen politischen Kräfte in Deutschland – die GRÜNEN ausgenommen, die zählen nicht zu den maßgeblichen Kräften – darin einig sind, dass die jetzige Förderung über das EEG nicht beibehalten werden kann. Deshalb stellt sich für die Investoren die Frage: Investiere ich jetzt Millionen oder nicht? Diese Entscheidung wird in der Tat bis Dezember hinausgeschoben, bis klar ist, in welcher Form das EEG geändert wird. Vielleicht tragen der Windkraftenergieerlass und der Gesetzentwurf der Staatsregierung zu einem kleinen Teil dazu bei. Bei Planungszeiträumen von zwei bis drei Jahren können wir es den Leuten durchaus zumuten abzuwarten, bis im Dezember Klarheit besteht. Deshalb brauchen wir jetzt im Oktober keine Alibiaktionen, und deshalb bleibt es dabei: Wir lehnen beide Anträge ab.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Herr Huber. Jetzt hat sich Frau Kollegin Kohnen für die SPD gemeldet.

Natascha Kohnen (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Huber, Sie sind durch den Wahlkampf definitiv nicht klüger, sondern höchstens arroganter geworden.

(Beifall bei der SPD)

Ich sage Ihnen eines: Sie sitzen immer noch dem Irrtum auf, dass der Strom an der bayerischen Landesgrenze stoppt. Die Energiewende bedarf definitiv der Zusammenarbeit der Länder und keiner Irrläufer wie momentan Ihrer bayerisch-sächsischen Initiative. Sie plätten doch im Moment die Energiewende im Freistaat. Sie plätten vor allem diejenigen, die die Energiewende verwirklichen wollen. Das sind die Kommunen; die plätten Sie mit Ihrer Initiative.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es gibt einen Satz von Bundespräsident Theodor Heuss, der lautet: Ohne Städte ist kein Staat zu machen. Heuss kam 1953 zu dem Schluss, dass Gemeinden wichtiger als der Staat sind. In den Gemeinden begegnen die Bürger ihrem Staat zuallererst. Dort erleben sie Demokratie, und dort können sie mitgestalten. Genau diese Schlussfolgerung erleben wir bei der Energiewende

seit Jahren. Die Kommunen versuchen vehement, die Energiewende voranzutreiben. Die Städte, Gemeinden und Planungsverbände versuchen, vor Ort eine Ausgewogenheit der Lasten der Energiewende zu erreichen. Sie versuchen, vor Ort das Vertrauen aller Beteiligten zu gewinnen. Einige Kommunen und Planungsverbände haben bereits gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern, gemeinsam mit den Befürwortern und Gegnern der Windkraft Energiekonzepte erarbeitet. Die Kommunen versuchen alles, um die Menschen abzuholen. Das geht aber nicht von heute auf morgen, sondern dafür brauchen wir monatelange, jahrelange Arbeit. Durch Ihre Politik der letzten Jahre haben wir bei der Energiewende schon viel zu viel Zeit verloren.

(Beifall bei der SPD)

Interessant dabei ist – das lassen Sie, Herr Huber und die CSU, völlig aus -, dass die Kommunen versuchen, den Anteil der Windenergie an der Stromerzeugung mittelfristig auf 6 bis 10 % und langfristig sogar auf 20 % zu erhöhen, wie es die Bayerische Staatsregierung nach der Katastrophe von Fukushima als Ziel verkündet hat. Das steht in Ihrem eigenen Energiekonzept, das Sie nach Fukushima erarbeitet haben. Das versuchen die Kommunen zu schaffen. Der Windatlas und der Winderlass sind in den letzten Jahren genau zur Erreichung dieses Zieles in Zusammenarbeit von Politik, den Experten und den Menschen vor Ort erstellt worden.

Dann kam das Fallbeil. Im Sommer 2013 kam Ihre bayerisch-sächsische Initiative, welche in meinen Augen die Ernsthaftigkeit der Energiewende ganz klar infrage stellt.

(Beifall bei der SPD)

Diese Initiative zieht den Kommunen beim Thema Windkraft den Boden unter den Füßen weg. Wenn Sie schon nicht der SPD, den GRÜNEN oder den anderen Oppositionskräften zuhören wollen, frage ich Sie, ob Sie dem Städtetag zugehört haben. Der Städtetag kritisiert das Vorgehen der Staatsregierung als rechtlich sehr fragwürdig. Die bayerischen Städte und Gemeinden können nicht abseits der Rechtslage mit Blick auf eine in der Zukunft liegende Gesetzesänderung planen und entscheiden. Es ist der Städtetag, der die Planungssicherheit vermisst. Der Bund Naturschutz formuliert es so – ich zitiere: "Es ist skandalös, wie die Staatsregierung versucht, geltendes Genehmigungsrecht und jegliche Planungssicherheit gerade auch für Bürgerenergiegenossenschaften per Rundschreiben außer Kraft zu setzen."

Liebe Kolleginnen und Kollegen der CSU, Sie nehmen mit Ihrer Gesetzesinitiative ganz klar der Wind-

kraft jeglichen Wind aus den Segeln. Mit der 10-H-Regelung bleiben schlichtweg 0,05 % Flächenanteil für Windkraft in Bayern übrig. Damit ist die Windkraft in Bayern tot. Sie versetzen der Industrie mit dieser Gesetzesinitiative ganz klar einen Nackenschlag. Frau Aigner, ich hoffe nicht, dass das in Zukunft Ihre Wirtschaftspolitik sein wird. Arbeitsplätze abzubauen und Investitionen zurückzufahren, kann nicht die Absicht einer 10-H-Regelung sein. Das passiert jedoch im Moment.

Mit Ihrer Gesetzesinitiative berauben Sie die Kommunen ihrer Planungssicherheit. Was Sie mit dieser Gesetzesinitiative schaffen, ist eine ganz klare Verhinderungspolitik und nichts anderes.

(Beifall bei der SPD)

Mit Ihrer Gesetzesinitiative widersprechen Sie ganz klar Ihrem eigenen Energiekonzept zur Energiewende. Das ist für mich definitiv nicht logisch. Lieber Herr Huber, Sie behaupten – das ist das Schärfste –, mit Ihrer Gesetzesinitiative würden Sie die Ängste der Menschen wahrnehmen und aufnehmen. Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Mir erscheint es ausgesprochen fragwürdig, dass Sie zur gleichen Zeit einer Leistungserhöhung im Atomkraftwerk Gundremmingen nicht widersprechen.

(Beifall bei der SPD)

Da scheint es Ihnen völlig wurscht zu sein, was die Menschen vor Ort empfinden. Liebe Kolleginnen und Kollegen der CSU, es gehört schon sehr viel Verlogenheit dazu, 29 Jahre alte Siedewasserreaktoren hochzufahren und sich gleichzeitig als Kümmerer bei der Windkraft zu zeigen.

(Beifall bei der SPD)

Im Jahre 2011 – Frau Aigner, Sie saßen noch nicht hier – hat Ihr Ministerpräsident gesagt oder – besser gesagt – mit breiter Brust getönt, als Bayer werde er dem Rest der Bundesrepublik zeigen, wie die Energiewende funktioniere. Ich behaupte, mit dem Ende des bayerischen Windkraftausbaus und dem Hochfahren der Atomkraft funktioniert das, liebe Leute, garantiert nicht.

(Thomas Kreuzer (CSU): Wir haben auch noch Kohlekraftwerke! Ist das gut? Was macht Nordrhein-Westfalen? Die brauchen Kohlekraftwerke!)

- Lieber Freund, reden wir über Kohlekraft oder über Windkraft? Gehen Sie doch nach Nordrhein-Westfalen! Ich denke, Sie machen bayerische Politik. Das wundert mich aber.

(Beifall bei der SPD)

Ich sage Ihnen eines: Nachdem Sie, Herr Huber, schon selber Wünsche geäußert haben, wünsche ich Ihnen, Frau Aigner, da Sie für Energie zuständig sind, ein bisschen mehr Logik in Ihrer Arbeit. Gerne gebe ich Ihnen die altgriechische Definition des Begriffs Logik mit. Darunter versteht man die Lehre des vernünftigen Schlussfolgerns. Das kann Ihr Kollege Huber definitiv nicht.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Frau Kollegin Kohnen. Jetzt hat Frau Staatsministerin Aigner das Wort. Bitte schön.

Staatsministerin Ilse Aigner (Wirtschaftsministerium): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal herzlichen Dank für die freundlichen Wünsche von allen Seiten. Die nehme ich auch gerne an. Sicher wird uns das Thema Energie in der nächsten Zeit gemeinsam beschäftigen. Meines Erachtens sind wir uns einig, dass wir die erneuerbaren Energien im jetzigen Zeitalter gemeinsam voranbringen wollen. Da stehen große Aufgaben bevor. Ich kann nur sagen: Bayern braucht sich nicht zu verstecken. Bayern ist in diesem Bereich Vorbildland. Ich habe mir die Zahlen noch einmal herauszusuchen lassen.

(Dr. Christian Magerl (GRÜNE): Bei der Windkraft!)

- Das sage ich auch gleich für die Windkraft. – Bei der Stromverbrauchsdeckung haben wir uns im Zeitraum von 2008 bis 2012 von 22 auf 32 % gesteigert. Hinsichtlich der Windenergie muss man auch in die Nachbarländer schauen. In Bayern haben wir 580 Anlagen mit 940 Megawattstunden. In Baden-Württemberg sind es ganze 380 Anlagen. Meine Damen und Herren, deshalb muss man schauen, wer was wann und wo verwirklicht. Wir sind gut beraten – das sollte uns einen –, wenn wir die Energiewende mit und nicht gegen die Bevölkerung umsetzen. Allerdings verwundert es mich, dass die GRÜNEN das in diesem Bereich nicht so sehen. Das ist für mich eine neue Erfahrung. Das kenne ich normalerweise etwas anders. Wir sind die Partner der Menschen, und wir sind die Partner der Kommunen. Deshalb werden wir das gemeinsam mit den Kommunen entwickeln.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, ich bin noch nicht lange in Bayern im Amt. Morgen werde ich mich jedoch sofort mit allen Beteiligten zusammensetzen, sozusagen mit

den wichtigsten Playern. Dazu gehören auch die kommunalen Spitzenverbände.

(Volkmar Halbleib (SPD): Die haben sich doch schon geäußert!)

Liebe Frau Kohnen, ich glaube, dass der Städtetag nicht der Hauptbetroffene ist, das betrifft mehr den Gemeinde- und Landkreistag.

(Natascha Kohnen (SPD): Die haben alle dasselbe gesagt!)

- Ja, das ist in Ordnung. – Ich wollte nur sagen: Die anderen sind härter betroffen. Wir werden das gemeinsam machen. In der nächsten Zeit werden wir einen neuen Windenergieatlas auflegen. Das ist eine wichtige Grundlage. Darin sind wir uns einig.

Meine Damen und Herren, das ist auch klar: Wir haben in dem Dreieck "bezahlbare Preise, Versorgungssicherheit und Klimaneutralität" noch einiges zu tun. Die Grundlagen werden mit Sicherheit in den nächsten Wochen verhandelt. Die Kolleginnen und Kollegen der SPD können sich über ihre Kollegen im Bund auch gerne einbringen. Das Design des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes wird nicht nur für die Investitionssicherheit, sondern auch für die Stabilität der Preise ausschlaggebend sein.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Frau Staatsministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Frau Kollegin Kohnen?

Staatsministerin Ilse Aigner (Wirtschaftsministerium): Ja, natürlich.

Natascha Kohnen (SPD): Frau Aigner, weil Sie selber mit Zahlen aufwarten, hätte ich vier Zahlen. Wie gehen wir damit um, wenn es zum Stellenabbau in Bayern kommt? Das sind 1.700 Arbeitsplätze unter anderem bei Siemens. Sie machen einen Globalumschlag. Das hat doch etwas mit Wirtschaftskompetenz zu tun, wenn Arbeitsplätze abgebaut werden, oder?

Zweite Frage: Sie machen das mit den Menschen. Sie kennen einen großen Verband, den Bund Naturschutz, der selber sagt, in Bayern seien durchaus 1.500 Windkraftanlagen möglich. Die waren auch an Ihrem Energiekonzept beteiligt. Was halten Sie von dieser ursprünglichen Aussage? Wie stehen Sie zu Ihrem eigenen Energiekonzept, das in Bayern nach Fukushima formuliert wurde?

Ich hätte noch eine dritte Frage: Wie gehen Sie mit den 6.700 Menschen um – es sind sogar etwas mehr –, die eine Petition gegen die Leistungserhöhung in Gundremmingen formuliert haben? Die Bayerische

Staatsregierung sagt, sie widerspreche nicht. Das AKW sei sicher, also könne man es ruhig hochfahren.

Jetzt habe ich noch eine abschließende Frage - -

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Frau Kollegin Kohnen, eine Zwischenfrage ist etwas anderes.

Natascha Kohnen (SPD): Dann machen Sie einfach 1 a) bis 1 d) daraus.

(Unruhe bei der CSU)

Die letzte Frage: 15 Standorte für die Windkraft in Bayern können im Moment nicht umgesetzt werden. Alles steht still. Wie gehen Sie denn damit um?

(Beifall bei der SPD)

Staatsministerin Ilse Aigner (Wirtschaftsministerium): Sehr geehrte Frau Kohnen, Ihre Zwischenfrage ist schon sehr weit interpretiert. Das muss ich ausdrücklich sagen. Ich habe auch schon ein bisschen Parlamentserfahrung. Frage ist Frage und kein Koreferat. Das sage ich nur nebenbei.

(Beifall bei der CSU)

Das muss schon sein, meine Damen und Herren.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Schauen Sie in die Geschäftsordnung!)

Selbstverständlich haben wir auch Arbeitsplätze im Blick. Für die Arbeitsplätze ist es jedoch ebenfalls wichtig, dass die Energie bezahlbar, sicher und verlässlich ist. Deshalb müssen wir alle drei Komponenten in diesem Bereich beachten.

Meine Damen und Herren, die Windkraftanlagen sind auch höher geworden. Sie sind mittlerweile nicht mehr 80 Meter, sondern 200 Meter hoch. Die Anpassung der Standorte muss man unter diesem Gesichtspunkt betrachten. Das wird eine wichtige Aufgabe sein. Sie können sich sicher sein: Ich werde das gemeinsam mit den Bürgern machen.

Meine Damen und Herren, noch einmal: Sehr geehrter Herr Glauber, wir bilden derzeit eine neue Regierung in der Bundesrepublik. Die Grundlagen im EEG müssen überarbeitet werden. Darin sind sich übrigens alle einig. Alle Parteien, mit denen wir gesprochen haben – ich war dabei –, sind sich einig, dass wir ein neues Design brauchen. Momentan besteht die größere Unsicherheit in der Frage, wie es in der Förderung der erneuerbaren Energien weitergeht. Deshalb ist es sinnvoll, um auf den Antrag zurückzukommen, dass man erst einmal die Koalitionsverhandlungen abwartet. Das hängt alles miteinander zusammen.

Natürlich sollte auch unser Bundesratsantrag aufrechterhalten werden. Danach, wenn das abgeschlossen ist, werden wir gemeinsam mit den Menschen, mit den Bürgerinnen und Bürgern eine vernünftige Lösung gefunden haben. Das ist ein Projekt, das über mehrere Generationen geht. Da können wir uns sicher sein. Wir brauchen alle an Bord, um eine Energiewende gemeinsam gelingen zu lassen.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Frau Staatsministerin. - Meine Damen und Herren, anlassbezogen darf ich auf § 111 Absatz 2 der Geschäftsordnung hinweisen: " Auf Befragen durch die Präsidentin oder den Präsidenten kann die Rednerin oder der Redner eine kurze Zwischenfrage zulassen." Also Frau Kohnen, das war ein bisschen weit, würde ich meinen.

(Zurufe von der SPD)

Frau Staatsministerin sieht uns allen das heute noch nach. Meine Damen und Herren, es geht ja auch darum: Gemäß den Regeln bei Zwischenfragen läuft die Redezeit weiter. Das ist der Punkt.

(Volkmar Halbleib (SPD): Die Staatsregierung hat damit kein Problem!)

Deshalb, liebe Frau Kohnen, war es jetzt auch nicht gar so schlimm.

Meine Damen und Herren, wenn wir schon bei praktischen Dingen sind, darf ich einen Hinweis der Verwaltung und der Offizianten geben. Das gilt insbesondere für die neu hinzugekommenen Kollegen: Wenn Sitzung ist, dann ist die Post in den Postfächern draußen im Lesesaal abzuholen. Die Offizianten weisen darauf hin, dass die Postfächer offensichtlich noch nicht wesentlich geleert worden sind. Also holen Sie sich Ihre Post während der Sitzungen im Lesesaal ab. - Vielen Dank.

Wir haben keine weiteren Wortmeldungen. Damit kommen wir zur Abstimmung. Die Aussprache ist geschlossen. Zur Abstimmung werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/17, das ist der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und FREIE WÄHLER. Gegenstimmen? – Das ist die Fraktion der CSU. Enthaltungen? – Keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/27, das ist der Antrag der FREIEN WÄHLER, seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen? – Das ist die Fraktion der CSU. Enthaltungen? – Das sind die Fraktionen der SPD und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Ich rufe zur gemeinsamen Beratung auf:

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten
Thomas Kreuzer, Josef Zellmeier, Gudrun
Brendel-Fischer u. a. und Fraktion (CSU)
Markus Rinderspacher, Volkmar Halbleib, Inge
Aures u. a. und Fraktion (SPD)
Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ.
Lima) Dr. Peter Bauer u. a. und Fraktion (FREIE
WÄHLER)
Unterstützung einer möglichen Bewerbung der
Landeshauptstadt München mit dem Markt
Garmisch-Partenkirchen und den Landkreisen
Berchtesgadener Land und Traunstein um die
Austragung der XXIV. Olympischen und XIII.
Paralympischen Winterspiele 2022 (Drs. 17/18)**

und

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete
Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u. a.
und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Ja zur Heimat, Nein zur Olympiabewerbung 2022
(Drs. 17/28)**

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Erster Redner ist Herr Kollege Rüth.

Berthold Rüth (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Olympischen Spiele 1972 haben das Gesicht der Stadt München nachhaltig geprägt und verändert. Der Bau des Olympiastadions, des Olympiaparks mit vielen Sportanlagen, der Bau der U-Bahn haben einen enormen Push für München, für Oberbayern und für Gesamtbayern gebracht. Das Gesicht Münchens wurde nachhaltig geprägt und verändert.

Die Konzeptstudie für Olympia 2022 sieht hingegen vor, das Gesicht der Stadt München nicht zu verändern. Auch das Gesicht von Garmisch-Partenkirchen, der Landkreise Berchtesgadener Land und Traunstein soll nicht verändert werden; denn es sollen größtenteils bestehende Sportanlagen genutzt werden. Die Skipisten von Garmisch-Partenkirchen werden jetzt schon im Winter von Tausenden von Skifahrern genutzt. Insgesamt stehen schon 80 % der für Olympia benötigten Sportstätten zur Verfügung. Es handelt sich um intensiv genutzte Pisten, Schanzenanlagen,

Hallen und Bahnen. Da sind keine baulichen Anpassungen notwendig.

Hinzu kommt, dass in Garmisch-Partenkirchen vor zwei Jahren die Ski-WM stattgefunden hat. Auf denselben Skipisten können 2022 die Skiwettkämpfe ohne Eingriffe in Natur und Umwelt stattfinden. Für 2022 wurden alle Olympiastandorte einer naturschutzfachlichen Überprüfung unterzogen. Insgesamt wird rund 1 % der neuen Flächen dauerhaft baulich genutzt, also eine sehr geringe Fläche. Alle anderen Flächen können wieder regeneriert werden.

Meine Damen und Herren, angesichts dieses wirklich vorbildlichen Umwelt- und Nachhaltigkeitskonzeptes, das es in dieser Form noch bei keiner Olympiade gegeben hat, ist es nicht verwunderlich, dass die "Süddeutsche Zeitung" am 22.10.2013 schreibt: Den Sprechern der Olympiagegner sei klar, dass Fragen des Naturschutzes beim Votum der Münchner wohl keine entscheidende Rolle spielen werden.

Fragen des Naturschutzes werden beim Votum der Münchner wohl keine entscheidende Rolle spielen, meine Damen und Herren, schreibt die "Süddeutsche Zeitung". Mit diesem Argument sind die Gegner 2018 gegen das Konzept ins Feld gezogen. Ich möchte bitten, dass Sie anerkennen, dass das überarbeitete Konzept für 2022 genau diese Aspekte besonders berücksichtigt.

Es wird teilweise mit hanebüchenden Argumenten Stimmung gegen Olympia gemacht. Man sagt, durch Olympia würden die Mietpreise in München steigen. Meine Damen und Herren, 14 Tage Olympia soll zu einer Steigerung der Mietpreise führen? - Die Gründe für die Mietpreise in München sind hinlänglich bekannt. Darüber müssen wir heute an diesem Ort nicht debattieren. Sicher ist, dass Maßnahmen im Wohnungsbau notwendig sind, aber Olympia würde diese Baumaßnahmen fördern und unterstützen. Ich möchte deshalb die Olympiagegner bitten, nicht länger mit falschen Behauptungen die Menschen zu verunsichern, und appelliere an alle Gegner, Fairplay zu betreiben und wirklich mit nachprüfbaren Argumenten zu arbeiten.

Meine Damen und Herren, München wäre die ökologischste und nachhaltigste Olympiade der vergangenen Jahrzehnte. Schauen Sie mal, im russischen Sotchi herrscht Mittelmeerklima. Dort finden Olympische Winterspiele statt. Oder schauen Sie nach Pyeongchang in Südkorea. Dort haben wir 2018 die Olympiade. Dort werden massive Betonbauwerke in die Natur hineingesetzt. All das hätten wir in München nicht.

Eine Olympiade in München würde große Impulse für den Breitensport und auch für den Behindertensport

in Bayern bringen. Sie wäre eine hohe Motivation für unsere Nachwuchsleistungssportler und auch für die Schülerinnen und Schüler unseres Skigymnasiums. München 2022 würde auf der ganzen Welt zum Aushängeschild für Bayern. Es wäre auch ein weiterer Schub für den Wirtschaftsstandort Bayern und vor allem auch für den Qualitätstourismus.

Darüber hinaus, meine Damen und Herren – das ist für mich das wichtigste Argument -, wäre es auch ein starkes Signal für ein inklusives Bayern; denn zum ersten Mal würden dann Olympische und Paralympische Spiele auf deutschem Boden gemeinsam ausgetragen. Ich glaube, jeder, der sich mit den Argumenten auseinandersetzt, wird feststellen, dass ein Ja für München 2022 für uns alle viele Vorteile bringen würde.

Wichtig ist, meine Damen und Herren, dass die Bürgerinnen und Bürger in den Standorten frühzeitig eingebunden werden, dass das Thema transparent debattiert wird, dass alle partizipieren können. Ich bin davon überzeugt und hoffe, dass die Menschen am 10. November mit einem Ja für diese Olympiade stimmen. Ich freue mich schon darauf, dass wir alle zusammen in neun Jahren ein schönes, sportliches, gesellschaftliches Ereignis feiern können und Bayern in der ganzen Welt als weltoffen, freudig, lustig und engagiert darstellen können. Es muss ein Highlight geben wie bei der Olympiade 1972, wie bei der Fußball-WM 2006. Ich danke, dass wir einen gemeinsamen Antrag stellen konnten. Wir bitten um Ihre Unterstützung.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Kollege Rüth. - Ich darf bekannt geben, dass für beide Dringlichkeitsanträge mittlerweile Antrag auf namentliche Abstimmung gestellt wurde.

Wir fahren in der Rednerliste fort: Frau Kollegin Stachowitz, bitte.

Diana Stachowitz (SPD): Danke schön, Herr Präsident. - Zuerst einmal ganz deutlich: Wir von der SPD-Fraktion sind für Olympia. Wir sind für den Skisport, wir sind für den Wintersport, und wir befürworten auch Großsportveranstaltungen, weil der Sport Vorbilder braucht. Gerade Großveranstaltungen motivieren junge Menschen zum Sport. Sie motivieren aber auch Senioren. Wenn wir eine gesunde Gesellschaft wollen, dann brauchen wir die sportliche Betätigung.

(Beifall bei der SPD)

Wer Skisport, wer Wintersport aus umweltbedingten Gründen grundsätzlich ablehnt, der kann natürlich auch nicht für Olympia sein. Wir lassen uns von daher aber nicht ins Bockshorn jagen und sagen deshalb deutlich zur Bevölkerung: Wer gegen Wintersport und gegen Skisport ist, der muss auch Olympia ablehnen.

Aber die Umweltorganisationen erklären immer wieder, sie sind für nachhaltige Planung, und zwar weltweit. Ich kann nur sagen: Mit dieser Bewerbung werden wir weltweit einen Standard für die umweltverträgliche und nachhaltige Ausrichtung von Großsportveranstaltungen setzen. Sie wird ein Beispiel sein. Damit werden wir einen enormen Anstoß geben, von energetischen Bauformen bis hin zur Nutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln. Das gilt weltweit. Wir brauchen uns deshalb nicht zu verstecken, wir sind für die Olympischen Spiele.

(Beifall bei der SPD)

Wenn wir in die Welt schauen, beispielsweise nach Sotschi oder zu den anderen Ausrichtungsstätten, dann können wir sehen, was geschieht, wenn wir die Olympischen Spiele anderen Ländern überlassen. Was dort mit der Umwelt passiert, das können wir hier keinesfalls zulassen, wenn wir die Olympischen Spiele umweltverträglich gestalten wollen. Wir sind deshalb auch für Olympische Spiele hier in den Alpen. Wenn ich lese, dass der Deutsche Alpenverein nun auch die Besteigung des Mount Everest anbietet - und das ist wirklich eine Umweltkatastrophe -, dann kann man nicht einerseits Ja zu einem Tourismus in der Bergwelt sagen und andererseits Nein, wenn es um den Sport geht. Deshalb sind wir für Olympia.

Die Welt trifft sich. Dies ist ein Aspekt der Rahmenbedingungen, der wirklich schön ist. Wir alle wollen, dass die Welt friedlich zusammenwächst, dass wir ein Miteinander haben. Neben allen negativen Auswirkungen ist das doch das Herzstück der Olympischen Spiele. Auch deswegen sind wir für die Olympischen Spiele.

Wir sind immer für Inklusion. Hier haben wir nun die Möglichkeit, Inklusion ganz weit nach vorne zu bringen, und zwar mit den Paralympischen Spielen. Hier müssen wir zum ersten Mal unter Beweis stellen, dass wir Inklusion wollen, und damit bekommt Inklusion einen Push nach vorne. Die Paralympics sind deshalb ein Herzstück der Olympischen Spiele. Die behinderten Sportler haben sonst nicht diese Möglichkeiten, die ihnen hier geboten werden. Auch deshalb sind wir für Olympia.

(Beifall bei der SPD)

Ich sage aber deutlich: Wir werden genau hinschauen. Die Transparenz im Landtag ist für uns sehr wichtig. Es ist richtig, die Kosten dürfen nicht aus dem Ruder laufen. Wir haben deshalb viel Wert darauf gelegt, dass der Landtag hinsichtlich der Ausgaben und auch im Hinblick auf die fortlaufende Entwicklung der Konzepte transparent unterrichtet wird. Wir wollen auch, dass der Bund mit in die Verantwortung genommen wird. Nicht nur Bayern trägt diese Olympischen Spiele, sondern auch der Bund, und der hat seinen Verpflichtungen nachzukommen. Darauf haben wir sehr viel Wert gelegt.

Die Olympischen Spiele müssen in einer Art Sonderhaushalt finanziert werden. Auch die anderen Infrastrukturmaßnahmen, die wir in Bayern brauchen und die dringend notwendig sind, müssen geschaffen werden. Wir werden deshalb darauf schauen, dass es auch hier vorangeht.

Als stellvertretende Landessportbeirätin ist mir auch ein anderer Aspekt sehr wichtig: Ich erwarte, dass Bayern ein sportpolitisches Signal setzt und das Leistungssportkonzept des Landessportbeirats sukzessive umsetzt. Dafür wären nur zwei Millionen Euro notwendig. Das wäre ein Anschub, der hier gegeben werden könnte.

(Beifall bei der SPD)

Ich war bei den Paralympischen Spielen im vergangenen Jahr in London. Die Welle der Begeisterung der Londoner und der Menschen in Großbritannien war großartig. Wir haben dort gesehen, wie eine Bevölkerung motiviert werden kann, insbesondere für die Paralympischen Spiele. Das war sehr beeindruckend. Dabei standen die Londoner sehr lange, nämlich bis zur Eröffnung der Olympischen Spiele, den Spielen sehr skeptisch gegenüber. Hinterher will aber kein Londoner diese Spiele missen. Ich glaube deshalb, es ist richtig und innovativ, die Olympischen Spiele zu unterstützen. Wir können den Bürgern nur sagen: Geht zum Bürgerentscheid und stimmt für Olympia.

(Beifall bei der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Frau Kollegin Stachowitz. Der nächste Redner ist Herr Kollege Streibl. Bitte schön.

Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! "Olympi-Ja!" - Wir sind für Olympia. Das ist nämlich eines der großen Ereignisse, die unserer Gesellschaft und unserem Bayern wieder einen innovativen Schub geben können, der in die Zukunft weist. Stellen Sie sich vor, eigentlich kann es doch nichts Schöneres geben, als wenn fünfzig Jahre nach den Spielen von 1972 im

Jahr 2022 Winterspiele in München, Berchtesgaden, Traunstein und Garmisch-Partenkirchen stattfinden. Wenn wir hier mitmachen, können wir zeigen, was wir können. Wir können zeigen, dass München nicht nur Sommer-, sondern auch Winterolympiade kann. Das wäre etwas Einzigartiges, wenn wir das auf den Weg brächten. Wir unterstützen Olympia deshalb gerne und mit ganzem Herzen.

Wir sind allerdings auch dafür - und wir sind sehr froh, dass wir aus den Fehlern der letzten Bewerbungen gelernt haben -, dass die Menschen vor Ort mitgenommen werden. Man kann nicht über die Köpfe hinweg regieren, und man kann die Olympischen Spiele nicht über die Köpfe hinweg machen. Es ist deswegen gut, wenn jetzt am Anfang Bürgerentscheide stehen, wenn die Bürger vor Ort entscheiden können, ob sie die Olympischen Spiele wollen oder nicht. Ich bin aber der festen Überzeugung, die Bürger wollen diese Spiele; denn diese Spiele sind ein Signal für unser Land in die ganze Welt. Wenn diese Spiele kommen, dann sind wir gefordert, ein Olympia-Gesetz zu machen und die Garantien zu erneuern, die wir beispielsweise den Landwirten in Garmisch-Partenkirchen gegeben haben. Diese Garantien sind auch ein integraler Bestandteil dieser Spiele.

Meine Damen und Herren, gerade in einem Zeitalter der zunehmenden Bewegungslosigkeit und des Erstarrens vor dem Laptop ist es wichtig, dass das Signal des Sports, das Signal der Bewegung, das Signal "Raus aus den Zimmern" gegeben wird. Es ist ganz richtig, dass ein Großereignis die Menschen aufrütteln kann und ihnen sagt: Geht raus, geht raus und macht Sport! Von diesem Geist der Olympiade kann man sich auch anstecken lassen. Ich selbst habe als Kind 1972 die Olympiade in München erlebt. Ich bin immer noch begeistert davon. Ich möchte, dass die Olympiade wieder zu uns kommt. Ich habe erlebt, wie viel sich damals in der Stadt getan hat. Ich habe erlebt, wie Bayern, wie München aufgeblüht ist, wie Bayern aus einem Agrarstaat zu einem Weltstaat gewachsen ist. Das ist auch dank dieser Olympischen Spiele geschehen. Wenn wir in die Zukunft schauen, innovativ sein und uns weiterentwickeln wollen, dann brauchen wir diese Olympischen Spiele in Bayern. Davon bin ich fest überzeugt, meine Damen und Herren.

Wir unterstützen dieses Konzept, auch deswegen, weil es für die Bewerbung für 2018 wesentlich verbessert wurde. Die Kritikpunkte sind aufgenommen worden. Der Raum Garmisch-Partenkirchen ist entlastet worden, weil Teile der Nordischen Disziplinen nach Ruhpolding gekommen sind. In Garmisch-Partenkirchen wird ein geringerer Eingriff in die Natur die Folge sein. Von 16 Sportstätten sind bereits 11 vorhanden; sie können genutzt werden. Nur 1 % dieser 11 muss

erneuert werden, nur 3 temporäre Sportstätten werden errichtet. Das ist etwas Nachhaltiges, denn man kann auf das Bestehende zurückgreifen, und das ist etwas Neues. Man kann auf bestehende Olympia-Sportstätten zurückgreifen und auf dieser Basis weitermachen. Des Weiteren geht es darum, dass wir diese Olympischen Spiele brauchen und die notwendigen Infrastrukturmaßnahmen schneller vorangetrieben werden. Hier sind wir im Raum Garmisch-Partenkirchen, im Werdenfels, allerdings gebrannte Kinder. Für die Bewerbung 2018 hat auch die Regierungsseite immer wieder verlauten lassen, dass die Verkehrsprojekte und die Infrastruktur, die wir dringend benötigen, mit oder ohne Olympia kommen. Leider mussten wir feststellen, dass an dem Tag, an dem feststand, dass die Spiele nicht nach Deutschland und nicht nach Bayern kommen würden, die Bagger zu graben aufgehört haben und die Schaufeln fallen gelassen wurden. Wir haben gesehen, dass diese Verkehrsinfrastrukturprojekte nicht so zeitnah kommen, wie wir sie brauchen. Es ist wichtig, dass diese Olympiabewerbung durchgeht, weil wir sehen, dass die Staatsregierung hier anscheinend nicht Wort halten kann. Es ist schade genug, dass ein 14-tägiges Großereignis den Ausschlag für Infrastrukturmaßnahmen gibt, die wir im alpenländischen Raum ganz dringend benötigen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Hierbei muss ich auch auf den Antrag der GRÜNEN eingehen. Sie sind anscheinend hauptsächlich dagegen, weil Sie einen kostspieligen Ausbau von Straßeninfrastruktur nicht wollen. Ich lese es so: Sie wollen dies nicht mit Olympia und auch nicht ohne Olympia. Sie wollen nicht, dass im Raum Garmisch-Partenkirchen investiert wird, dass hier die Tunnel, die wir dringend brauchen, gebaut werden. Dazu kommt, dass Sie Heimat und Olympia einander entgegenstellen und dazwischen einen Widerspruch aufbauen. Das empfinde ich als unappetitlich und unanständig; denn da besteht kein Gegensatz, sondern das kann zusammen gehen und muss zusammen funktionieren. Wenn wir unsere Heimat bewahren wollen, müssen wir sie auch weiterentwickeln können. Da, wo wir die Eiszeit ausrufen, herrscht der Tod; und da, wo wir weitermachen, geht es vorwärts.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Da wird das erhalten, was wir wollen und was wir brauchen, und da können wir Heimat für die Zukunft schaffen, Heimat auch für unsere Jugend schaffen. Das große Problem, das wir auch im Raum Garmisch-Partenkirchen haben, besteht darin, dass immer mehr Jugendliche in die Städte abwandern, weil sie sonst keine Zukunftschance haben. Deshalb brauchen wir

Großereignisse, die auch die notwendigen Infrastrukturmaßnahmen mit sich bringen, damit die Jugendlichen auch hier wieder eine Zukunft haben.

Darüber hinaus hatte ich in der letzten Legislaturperiode in einer Anfrage um Auskunft gebeten, mit welcher Wertschöpfung man im Landkreis Garmisch-Partenkirchen denn rechnet, wenn die Olympiade kommt. Hierbei rechnet man mit einer Wertschöpfung von einer halben Milliarde Euro für die Bevölkerung dort, die Infrastrukturmaßnahmen nicht eingerechnet. Wenn das keinen Investitionsschub für einen zukunftschwachen Raum bedeutet, weiß ich nicht, was das sonst sein soll. Deswegen gehe ich davon aus, dass es ein ganz großes Ja der Menschen in Garmisch-Partenkirchen für diese Bewerbung geben wird.

Des Weiteren müssen wir diesen Raum auch entwickeln. Der bayerische Alpenraum ist eine der strukturschwächsten Regionen in ganz Europa. Wenn ich den Antrag der GRÜNEN lese, gewinne ich den Eindruck, dass Sie uns dazu verdammen wollen, am Rande der Republik ein Dasein zu führen in einem Reservat, das nur noch für naturbeflissene Einzelgänger interessant ist, aber nicht mehr über den Anschluss an Bayern und an Deutschland verfügen soll.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Warum seid ihr dort so schwach?)

- Weil in der letzten Zeit hier nie Geld investiert worden ist. Aber diese Investitionen brauchen wir. Wenn Sie dann schreien, dass Sie keine Straßen bei uns bauen wollen, gehören Sie auch zu den Verhinderern in dieser Region.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Das sind auch die Argumente, die wir für Olympia haben. Darüber hinaus ist es eben ein großes Sportereignis, das wir auch schultern können.

Meine lieben Damen und Herren von den GRÜNEN, die Winterolympiade 2022 wird kommen. Sie wird kommen, aber es stellt sich nur die Frage, wo. Wir sind der Meinung, dass das Konzept, das vorgelegt wurde, eines der besten Konzepte ist, die in den letzten Jahrzehnten für Olympia erstellt worden sind. Es ist das nachhaltigste und ökologischste Konzept, das ich kenne. Wenn wir der Meinung sind, dass wir am besten, am ökologischsten und am nachhaltigsten vorgehen können, sollten wir auch handeln und neue Maßstäbe in der olympischen Bewegung setzen, hinter die die anderen nicht mehr zurückgehen können. Das sollten unser Auftrag und unser Anspruch sein.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Hierbei sollten wir uns auch nicht von Verträgen des IOC knebeln lassen, hier sollten wir selbstbewusst auftreten können, und ich denke, dass wir das in Bayern tun können. Wir haben in München wie in Garmisch-Partenkirchen wie in Ruhpolding gezeigt, dass wir internationale Großereignisse sportlicher oder auch anderer Art leicht stemmen und wir das im Kreuz haben. Deswegen sollten wir diese Chance ergreifen; denn wenn wir sie jetzt nicht ergreifen, wird sie so schnell nicht mehr wiederkommen. Dann wird die ganze Sache in Vergessenheit geraten, man wird sich auf andere Dinge konzentrieren, und eine Winterolympiade in Deutschland wird es dann auf lange Zeit nicht geben. Deswegen lautet mein Appell an alle: Gehen Sie zur Abstimmung! Stimmen Sie für Olympia! Dann können wir hier uns ins Zeug legen und die Rahmenbedingungen schaffen, dass es schöne, gute Olympische Spiele werden, Spiele für alle, die alle mitnehmen, einen neuen Schub in unserer Gesellschaft bringen und uns aus der Lethargie und der Bewegungslosigkeit herausreißen, uns wieder den Sport und die Bewegung nahebringen, uns in die Natur hinausführen und damit zu ihrer Wertschätzung beitragen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Herr Kollege Streibl. Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Kollegen Hartmann.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrte Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wenn man den Worten des Vorredners Glauben schenken möchte

(Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Ja, bitte!)

und auch der weniger emotionalen Rede des CSU-Kollegen oder all den bunten Werbeflyern pro Olympia, frage ich mich ganz offen: Warum bewirbt sich denn kaum ein anderer für diese Spiele? Wenn es wirklich so eine goldene Seite der Medaille, wenn es wirklich diese goldene Seite der Bewerbung gibt, warum will dann keiner die Spiele haben?

(Lachen bei der CSU)

Warum hat Chicago die Bewerbung zurückgezogen? Warum hat die Schweiz die Spiele abgelehnt, warum hat Wien für Österreich Nein zu Olympia im Winter und im Sommer gesagt? Wenn die Olympischen Spiele wirklich ein reiner Gewinnbringer wären, müssten sich doch die Städte und die Länder darum reißen. Sie brauchen das gar nicht so witzig zu finden. Blicken Sie einmal geschichtlich etwas zurück. Man kann sich mit dem Thema auch intensiv befassen und nicht nur dann, wenn es in den Medien vorkommt. Bli-

cken Sie einmal zurück! Vor 20 Jahren gab es ein gutes Dutzend Bewerber. Später gab es fünf Bewerber. Letztes Mal hatten wir nur noch drei Bewerber. Jetzt haben wir zwei ernstzunehmende Bewerber. Keiner kann mir erzählen, dass es nur eine positive Seite dieser Bewerbung gibt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die SPD hat vorhin angesprochen, dass die Jugend Vorbilder braucht, der Sport Vorbilder braucht und auch die Bürgerinnen und Bürger Vorbilder brauchen. Sind Politiker Vorbilder, die Verträge unterschreiben, die Ihr ehemaliger Spitzenkandidat als eine Zumutung bezeichnet hat? Gibt es einen Notar, der jemandem sagen würde: Unterschreiben Sie diesen Vertrag, er ist aber eine Zumutung?

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Herr Kollege, lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

Ludwig Hartmann (GRÜNE): (Vom Redner nicht autorisiert) Die lasse ich bei diesem Thema gerne zu.

Klaus Steiner (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Kollege Hartmann, kann es sein, dass Sie Ihrem Vorredner nicht zugehört haben? Ein Großteil der Olympiastätten – ich sage das auch als Traunsteiner, ich kenne Ruhpolding – steht bereits, das heißt, sie müssen nicht irgendwo in den Fels hineingesprengt werden. Das ist genau der Unterschied zu den Bewerbern, die Sie jetzt genannt haben.

(Zurufe von den GRÜNEN: Frage!)

Ludwig Hartmann (GRÜNE): (Vom Redner nicht autorisiert) Ich habe die Frage verstanden!

Klaus Steiner (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Haben Sie vorhin nicht zugehört? Sie ignorieren nämlich, dass ein großer Teil der Anlagen bereits steht und dass wir andere Spiele haben werden als in der Vergangenheit.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrter Kollege, man muss Ihnen leider wieder sagen: Sie befassen sich nur mit dem Thema, wenn es gerade in den Medien ist. Blicken wir zurück auf die Bewerbung für die Skiweltmeisterschaft 2011 in Garmisch-Partenkirchen. Die Unterlagen sind alle einsehbar. Damals hieß es: Alle Wettkampfstätten sind vorhanden. Man muss nicht investieren. - Es hieß wie im jetzigen Konzept: Die Wettkampfstätten sind nach den jetzigen Anforderungen wettkampftauglich. – Was war zwei Jahre, nachdem der Zuschlag erteilt worden war? Die Kandahar-Abfahrt war zu klein, der Bergwald wurde gerodet, die Speicherseen wurden gebaut. Das alles geschah

nach der Zuschlagserteilung. Es gibt den Glauben, dass jetzt schon alles vorhanden ist, aber auch einen zweiten Bereich. Ich wäre vorher darauf eingegangen, wenn Sie mir nicht vorgegriffen hätten. Können Sie mir sagen, wie viele Wettkämpfe 2022 stattfinden werden? Können Sie mir das sagen? Sie werden das nicht beantworten können.

(Zuruf von der CSU: Aber Sie wissen das!)

Das liegt noch gar nicht fest. Ich weiß dadurch aber, dass es nicht sein kann, dass dieses Konzept mit den Wettkampfstätten, die heute schon existieren, gilt. Und alle, die hier schon länger im Hohen Haus sind und die letzte Bewerbung gesehen haben, wissen ganz genau: Zwischen dem ursprünglichen und dem letztendlichen Konzept lagen Welten. Austragungsorte haben sich geändert, das Konzept wurde komplett überplant. Zu sagen, der Inhalt des derzeitigen Plans sei das endgültige Konzept, ist einfach nicht ehrlich. Hier wird versucht, eine Bewerbung medial passend zu machen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich möchte noch einmal kurz darauf eingehen, was ich sagen wollte, bevor ich unterbrochen wurde. In Bezug auf die IOC-Verträge kann ich mich gut an die Geste von Erwin Huber erinnern, die Aiwanger dargestellt hat. Ich stelle mir gerade die FREIEN WÄHLER vor, wie sie vor dem IOC stehen und versuchen, die Verträge auszuhandeln.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das machen wir ja nicht allein, sondern mit dir gemeinsam!)

Bei aller Liebe, meine Kollegen, das kann nicht funktionieren. Das wird so auch nicht kommen. Es ist ein Irrglaube, den Sie den Leuten vermitteln wollen. Es wird nicht so kommen.

Sie müssen sich anschauen: Die IOC-Verträge wurden in vielen Ländern, darunter einmal in Salzburg, vor Gericht als sittenwidrig dargestellt. Wir alle wissen, was drinsteht. Es handelt sich um einen Vertrag, der einem Verein in dem Land Steuerfreiheit zusichert. Wir alle wollen Steueroasen austrocknen. Das IOC ist der einzige Verein mit dieser Lizenz; der braucht keine Steueroase. Er holt die Steueroase ins Austragungsland, und wir machen da mit. Das kann es doch nicht sein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein weiteres Thema haben wir ebenfalls vor Jahren im Landtag diskutiert, nämlich die unbegrenzte Haftung. Die Haftung der Kommunen kann natürlich an

das Land weitergereicht werden. Aber letztendlich steht der Steuerzahler dafür gerade und muss unbegrenzt haften. Bei der Kostenexplosion entsteht immer das gleiche Bild, ob man sich Vancouver oder London anschaut. Die geplanten Kosten wurden bei Weitem nicht eingehalten.

Es folgt ein weiterer Bereich, den ich ganz interessant finde. Die neuen Kollegen wissen das noch nicht. Vor ein paar Jahren wurde in Bayern ein Olympiagesetz verabschiedet. Dafür musste man erst einmal die Haushaltsordnung in einem gewissen Bereich außer Kraft setzen, um unbegrenzt für diese Bewerbung haften zu können, meine sehr geehrten Damen und Herren. Die Aussage, es gebe kaum finanzielle Risiken, stimmt einfach nicht. Warum braucht jemand eine unbegrenzte Haftung, wenn es angeblich nur einen Gewinn gibt? Das kann nicht sein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Jedem ist bekannt, dass die Risiken und der mögliche Profit sehr ungerecht verteilt sind. Das IOC ist alles andere als ein Verein, der sich durch Transparenz auszeichnet oder gegen Korruption steht. Genau das Gegenteil ist der Fall. Jeder muss wissen: Wer Winterspiele in sein Land und in seine Region holen möchte, holt sie zu den vom IOC diktierten Bedingungen. Das ist so. Das wollen wir nicht zulassen.

Ich möchte kurz auf drei weitere Beispiele eingehen. Was ist, wenn der Zuschlag kommt? Da wurde vorhin das Thema Mietpreise so abgetan – ich glaube, es war die CSU, ich habe das nicht mehr ganz genau im Kopf. Das hat man einfach so abgetan. Ich habe mich mit vielen Bewerbungen befasst, auch mit den Bewerberstädten, und habe viele solche Städte besucht. Wenn man dann dorthin fährt, heißt es: Sobald der Zuschlag da war, hat die Immobilienspekulation geboomt. Immobilienspekulation ist der letzte Bereich, der in München boomen sollte. Genau das Gegenteil brauchen wir.

Ich finde es ziemlich erbärmlich, wenn vor allem die SPD in München ganz groß verkündet: Die 1.300 Wohnungen werden nachher da sein. Ja. Wir könnten diese Wohnungen aber auch viel früher haben. Warum erst 2022 oder 2023 nach Olympia? Die Flächen der Kaserne, die die Bundeswehr bereits jetzt verlassen hat, können doch bebaut werden. Wollen wir noch acht Jahre warten, bis dort Wohnraum entsteht? Das kann doch nicht die Antwort auf die Wohnungssituation in München sein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein anderer Bereich, der von den FREIEN WÄHLERN angesprochen worden ist, ist die Infrastruktur. Klar,

darüber kann man viel diskutieren. Man kann die Emotionen der Betroffenen, die sich eine Umgehungsstraße wünschen, durchaus nachvollziehen. Das sage ich ganz offen. Aber wir als Landesparlament machen doch eine Verkehrsplanung nach dem Bedarf und nicht wegen eines 17-tägigen Events. Danach legen wir doch keine Verkehrs- und Infrastrukturplanung aus, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Regionen stellen einen weiteren Bereich dar. Garmisch hat ja fast schon einen Hilferuf für seine Rettung ausgesandt. Es ist unbestritten, dass Garmisch-Partenkirchen, was die kommunalen Finanzen angeht, durchaus in einer alles andere als rosigen Situation. Man muss aber zurückblicken, wie Garmisch in diese Situation gekommen ist. Dort hat man immer weiter auf Großveranstaltungen gesetzt, die auch stattgefunden haben. Man ist aber das Zukunftsthema, wie man mit dem Tourismus in der Region umgeht, wenn mal kein Schnee vorhanden ist, in den letzten Jahren nicht angegangen. Da muss man helfen. Das ist unbestritten, aber suchen wir doch für die Region Konzepte, die auch ohne Schnee funktionieren! Wir alle wissen, dass in Garmisch 60 % Sommertouristen und 40 % Wintertouristen übernachteten. Da sieht man ganz deutlich, wo man den Schwerpunkt setzen muss.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vorher wurde in der Debatte ein Bereich genannt - - Ich frage mich da immer, wie ernsthaft Sie sich eigentlich mit Olympia befasst haben. Ich stelle mal eine Frage: Wer weiß noch, wo die vorletzten Winterspiele waren? Wo waren die vorletzten Winterspiele? Wer ist denn dort hingefahren und war so begeistert von dieser Region? Diese Spiele waren in Turin, keine 600 Kilometer von München weg. Nachher hat es kaum jemanden interessiert. Die Behauptung, man bekomme durch die Austragung Olympischer Spiele eine sehr nachhaltige Marke, mag für die Olympischen Spiele 1972 in München zutreffen, das ist unbestritten. Wir leben aber in einer Zeit, in der ein Mega-Event das nächste jagt, sodass dieser Wert so nicht mehr da ist.

Vorher wurde auch geäußert, die Besucher müssen da mal wieder rausgehen und mit dabei sein. Die Zahl der Besucher der Winterspiele in Vancouver 2010 wurde auf 1,5 Millionen geschätzt. Das Oktoberfest kommt auf fast 7 Millionen Besucher. Das Oktoberfest trägt deutlich mehr dazu bei, dass die Leute rausgehen, als die Winterspiele.

(Zurufe von der SPD)

Zum Schluss komme ich auf einen Bereich zu sprechen, bei dem ich es ziemlich traurig finde, dass hier so darüber diskutiert wird: das Thema Inklusion. Alle Fraktionen hier haben sich damit relativ lange und intensiv befasst. Ich habe eigentlich gedacht, jedem in diesem Hohen Haus ist bewusst, was Inklusion heißt. Inklusion heißt sicher nicht Winterspiele, kurze Pause, Paralympics. Das ist keine Inklusion, meine sehr geehrten Damen und Herren. Das ist es nicht. Eine Sache zeitlich getrennt von der anderen stattfinden zu lassen, ist keine Inklusion. Die Antwort müsste vielmehr heißen, dass die Wettkämpfe – es sind verschiedene Wettkämpfe, das weiß ich auch – im gleichen Zeitfenster stattfinden. Dann dürfte man davon reden. Alles andere wird dem Anspruch von Inklusion und der Arbeit des Hohen Hauses der letzten Jahre nicht gerecht.

Ganz zum Schluss – wir wissen ja, dass die Bürgerbegehren anstehen – möchte ich auf einen weiteren Punkt eingehen. Ich finde, das ist eine ziemlich wichtige Sache. Wir wissen aus anderen Ländern, dass Großveranstaltungen in der Bevölkerung durchaus sehr umstritten sind und lebhaft diskutiert werden. Wir wissen aus Oslo, dass bei der Abstimmung über eine mögliche Olympiabewerbung zeitgleich mit den Parlamentswahlen eine hohe Wahlbeteiligung erreicht wurde. Die Anzahl der Ja-Stimmen betrug 53,4 %. Das ist alles andere als ein Ausdruck von Begeisterung in diesem Land. In Oslo war die Beteiligung fast gleich hoch wie bei der Parlamentswahl, und die Bürgerbefragung hat zeitgleich stattgefunden. In anderen Bürgerbegehren, die vorher erwähnt worden sind, ist die Austragung von Spielen abgelehnt worden.

Wenn man Bürgerbeteiligung ernst meint – das heißt, dass man es besser macht als beim letzten Mal –, dann wäre das Mindestmaß an demokratischem Anstand gewesen, einen Weg zu finden, der Bevölkerung die Gegenargumente zeitgleich zur Verfügung zu stellen und sie nicht nur einseitig zu informieren. Das ist eigentlich das falsche Zeichen, das dort gesendet wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Herr Kollege Hartmann. Bleiben Sie bitte noch am Mikro. Herr Kollege Pfaffmann hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet.

Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Lieber Herr Hartmann, ich bedaure es sehr, dass Sie und die GRÜNEN sich diesen Olympischen Spielen verweigern möchten. Ich möchte darauf hinweisen, dass die Erfahrung mit Olympia in München sehr positiv ist. Das wurde vorhin schon gesagt. Das Jahr 1972 war der

Start zu einer unglaublichen Entwicklung der Landeshauptstadt München, die bis heute anhält. In der rückblickenden Betrachtung behaupte ich: Ohne Olympia 1972 wäre München heute nicht eine der beliebtesten und eine der wirtschaftlich stärksten Städte in ganz Europa. Haben Sie deswegen bitte Verständnis dafür, dass wir uns zu Olympia positiv äußern.

Ich möchte zu einem Detailpunkt Ihrer Rede Stellung nehmen. Sie versuchen hier, den Menschen zu suggerieren, wenn Olympia käme, würden die Mieten steigen. Lieber Herr Kollege Hartmann, das ist komplett absurd. Ich darf Sie daran erinnern, dass Olympia 1.500 Wohnungen nach München bringen würde, angefangen von den Flächen bis zum geförderten Wohnungsbau, von Studentenwohnungen in der Nachnutzung bis zu Sozialwohnungen in der Nachnutzung. Ich sage Ihnen: Diese Wohnungen werden die Mieten eher stabil halten, statt sie zu steigern.

(Beifall bei der SPD)

Günstiger Wohnraum fließt nämlich in den Mietspiegel ein. Wir bekommen durch Olympia zwar nicht insgesamt, aber doch einigen günstigen Wohnraum. Dieser günstige Wohnraum wird dafür sorgen, dass der Mietspiegel erträglich bleibt. Insofern wird es dadurch zu stabilen Mieten und nicht zu Mietsteigerungen kommen. Was Sie hier gesagt haben, ist die reinste Verhinderungspolemik. Sie sind gegen Großveranstaltungen, egal welcher Art. Das wissen wir schon. Sie sind sozusagen die personifizierte Verhinderung von großen Veranstaltungen.

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Herr Kollege, kommen Sie bitte zum Schluss.

Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Ich komme zum Schluss. – Ich kann Ihnen nur sagen: Dieses Argument ist falsch. Olympia wird den Wohnungsmarkt in München stärken, vor allen Dingen den günstigen.

(Beifall bei der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Herr Kollege Hartmann, bitte.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Kollege Pfaffmann, ich verweise Sie auf das Beispiel der letzten Winterspiele, die im Jahre 2010 in Vancouver stattgefunden haben. Lesen Sie sich bitte einmal die Bewerbungsunterlagen und das Konzept von Vancouver durch. Dort stand genau das drin, was Sie jetzt für München dargestellt haben: Studentenwohnungen und sozialer Wohnungsbau. Ich bitte Sie, einmal nach Vancouver zu schauen, was daraus geworden ist – genau das Gegenteil. Schauen

Sie sich das Viertel in London an, in dem die Sommerspiele stattgefunden haben. Schauen Sie sich einmal den Mietspiegel von London, sofern es dort einen gibt, zum jetzigen Zeitpunkt und zu dem Zeitpunkt, bevor die Bewerbung kam, an. Sie werden feststellen, dass diese Spiele dort eine Auswirkung auf den Immobilienmarkt hatten.

Warum war es vor vier oder fünf Jahren, als keiner von Olympia begeistert war, ausgerechnet die Immobilienwirtschaft, die sich hingestellt und groß verkündet hat: Wir sind für Olympia. Das hat sie sicherlich nicht getan, weil sie günstige Wohnungen schaffen wollte. Richtig ist, die Auswirkungen auf den Mietspiegel erfolgen zeitversetzt. Wichtiger wäre es aber, möglichst schnell günstigen Wohnraum zu schaffen, nicht erst im Jahr 2023. Das kann doch funktionieren. Das wäre die Antwort auf das Problem.

(Beifall bei den GRÜNEN – Markus Rinderspacher (SPD): Ihnen ist schon bewusst, dass die GRÜNEN die Regierungsverantwortung in München tragen!)

- Sie können gern eine Zwischenfrage stellen.

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Als nächste Rednerin hat sich Frau Staatsministerin Haderthauer zu Wort gemeldet.

Staatsministerin Christine Haderthauer (Staatskanzlei): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! 50 Jahre nach den Sommerspielen 1972 könnte München die Winterspiele austragen und wäre damit die erste Stadt, in der Olympische Sommerspiele und Olympische Winterspiele stattgefunden haben. Für viele Menschen in unserem Land ist es ein Kindheitstraum, einmal Olympia hautnah zu erleben, egal ob in den Stadien oder beim Public Viewing mit Gästen aus aller Welt. Dies wäre ein nationales Ereignis, das in Bayern stattfinden würde, ein nationales Ereignis mit bayerischem Standort. Der Blick der ganzen Welt wäre auf Bayern, Oberbayern, München und die anderen Austragungsorte gerichtet.

Wir alle können uns noch an die großartige Stimmung bei der Ski-WM in Garmisch-Partenkirchen im Jahr 2011 erinnern. Das war ein Festival im Schnee. So könnte auch Olympia 2022 unser bayerisches Wintermärchen werden. Ich gebe aber den Vorrednern recht: Das darf nicht an den Menschen vorbei, sondern es muss mit den Bürgerinnen und Bürgern entschieden werden. Deshalb sind Bürgerentscheide vorgesehen. Am 10. November entscheiden die Bürgerinnen und Bürger in München, Garmisch-Partenkirchen sowie den Landkreisen Berchtesgadener Land und Traunstein über Olympia 2022.

Das Konzept der aktuellen Bewerbung ist überarbeitet und optimiert worden. Vieles, was bei der Bewerbung für das Jahr 2018 kritisiert worden war, wurde verändert. Man ist auf etliche Punkte eingegangen, die vielleicht zu Recht kritisch angemahnt wurden. Damit haben diese Olympischen Spiele die Chance, Spiele zu werden, die von Augenmaß und Nachhaltigkeit geprägt sind und dennoch frische, neue Impulse für Wirtschaft und Tourismus setzen können, die nachwirken. Diese Spiele sollen von der Liebe zu unserer Heimat geprägt sein. Herr Kollege Hartmann, natürlich kann man viele negative Folgen in den Raum stellen. Ich habe jedoch in Ihren Ausführungen wenig Substanzielles gehört, sondern nur vage Befürchtungen, die man immer formulieren kann.

(Beifall bei der CSU)

Natürlich kann man sagen: Warum bewirbt sich denn sonst keiner? Herr Kollege Hartmann, der Grund könnte auch darin liegen, dass die anderen wissen, dass sie gegen unser Konzept kaum eine Chance haben.

(Beifall bei der CSU)

Mit München, Garmisch, Berchtesgaden und Ruhpolding kann Bayern seine Stärke als Wintersportregion voll ausschöpfen. Über 80 % der notwendigen Sportflächen sind bereits vorhanden. Dabei ist eingepreist, dass diese Sportstätten auch geeignet sind. Die für dieses Konzept erforderlichen und passenden Sportflächen sind zu über 80 % vorhanden. Wir brauchen kaum neue Flächen wegen des dritten olympischen Dorfs und des Medienzentrums in Inzell.

Kolleginnen und Kollegen, dies wären die nachhaltigsten Winterspiele aller Zeiten. Deswegen passt dieses Konzept hervorragend in unsere Zeit. Wer bei Olympia von einem Wachstumswahn spricht, vergisst: Bayern ist ein Wirtschaftsstandort. Olympia 2022 wird trotz der nachhaltigen Anlage Milliardenaufträge für unsere Unternehmer in ganz Bayern und für den Tourismus bringen. Das bedeutet Arbeitsplätze und sozialen Wohlstand für Bayern.

(Beifall bei der CSU)

Natürlich sind Investitionen in Höhe von rund 1,8 Milliarden Euro kein Pappenstiel. Ein Großteil davon wird in die notwendigen Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen fließen, die wir aber unabhängig davon dringend brauchen. Ganz Deutschland profitiert davon. Um ein kleines Beispiel zu nennen, die Ortsumfahrung von Oberau wird durch Olympia schneller verwirklicht als geplant. Ähnliches gilt für viele andere Strukturmaßnahmen.

Frau Kollegin Stachowitz, deshalb sage ich ein herzliches Dankeschön. Gerade in der Abstimmung dieses fraktionsübergreifenden Dringlichkeitsantrages ist deutlich geworden, was uns miteinander wichtig sein muss, nämlich dass die Infrastrukturmaßnahmen, die im Zuge von Olympia beschleunigt werden, gut und wichtig für Bayern sind. Das darf aber nicht dazu führen, dass andere wichtige Infrastrukturmaßnahmen in Bayern ins Hintertreffen geraten.

Diese Bewerbung ist eine nationale Angelegenheit. Deshalb ist es wichtig, dass wir uns im Bund dafür einsetzen, dafür die entsprechende Unterstützung zu bekommen. Das steht so im Antrag; und Sie können sich darauf verlassen. Schließlich geht es hier um ein Ereignis, das für ganz Deutschland wichtig ist. Sie haben das Anliegen geäußert, dass sich der Bund an dem Sonderinvestitionsprogramm beteiligt und gleichzeitig transparent darüber berichtet wird. Das ist selbstverständlich.

Olympia lebt davon, dass wir aus Liebe zu unserer Heimat und aus dem gemeinsamen Bestreben heraus, neue Impulse zu setzen, fraktionsübergreifend agieren. Akzeptanz wird nur zu erreichen sein, wenn immer transparent darüber berichtet wird. Das ist völlig klar und logisch. Ich baue auf eine fraktionsübergreifende Akzeptanz für Olympia.

Wir brauchen diese Akzeptanz; denn natürlich gibt es Risiken und Rahmenbedingungen, die ein bisschen starr sind und nicht jedem gefallen. Jede Entscheidung ist jedoch eine Abwägung. Hier überwiegen ganz klar die positiven Aspekte: das zusätzliche Auftragspotenzial für unsere bayerische Wirtschaft, Investitionen in Infrastruktur, in Sportstätten, olympische Dörfer und Hotels im Volumen von 1,8 Milliarden Euro. Das Veranstaltungsbudget und die Beschleunigung von Infrastrukturmaßnahmen habe ich genannt. Durch diese Winterspiele würden aber auch Zusammenhalt und Identifikation geschaffen.

Kolleginnen und Kollegen, auch der starke Impuls für die Inklusion, der durch die gleichzeitig stattfindenden Paralympischen Spiele gegeben wird, darf gerne und soll aus Bayern kommen. Ich meine, dass auch dies ein ganz wichtiges gesellschaftspolitisches Signal ist.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, zur Wohnungssituation ist das Nötige gesagt worden. Natürlich werden im Medientendorf Wohnungen entstehen, was gerade auch in dem Segment, in dem in München am meisten Bedarf besteht, hilfreich sein wird.

Wir sind überzeugt: Olympia ist ein Gewinn für alle. Wir sind davon überzeugt, dass es gut ist, dass wir

heute aus diesem Hohen Hause ein gemeinsames kraftvolles Signal auch in die Bevölkerung geben; denn wir brauchen jetzt die Menschen in Bayern, die Ja zu Olympia sagen, die uns am 10. November mit ihrer Zustimmung das grüne Licht für die Bewerbung Bayerns für Olympia 2022 in München, Garmisch-Partenkirchen, Ruhpolding und im Berchtesgadener Land geben. Deswegen Danke für die große Einigkeit im Haus. Ich bitte um Zustimmung zu dem Antrag.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Frau Staatsministerin. Frau Kollegin Stachowitz hat sich noch zu Wort gemeldet. Bitte schön, Frau Stachowitz.

Diana Stachowitz (SPD): Herr Hartmann hat mich doch gereizt, noch zwei, drei Ergänzungen zu machen und etwas andere Faktoren anzusprechen. Ich möchte Ihnen erstens sagen: Werbekampagnen zu finanzieren, ist wesentlich teurer. Es wird immer das Geld für die Bewerbung genannt. Wir könnten hierfür auch einen Etat erstellen.

Das Zweite ist: Wenn es um Arbeitsplätze geht, wenn es um Wirtschaft geht, geben wir in Deutschland, in Bayern, in unserer Heimat, wie wir alle immer so schön hier vorne sagen, sehr wohl vor, wie man vernünftige Arbeitsplätze schafft – nämlich mit einem Mindestlohn, mit entsprechenden Vergaberichtlinien, damit die Firmen auch existieren können, dass nicht wie in anderen Austragungsländern Menschen verhungern, wenn sie für die Erstellung der Einrichtungen für Olympia arbeiten. Dies ist auch ein Argument, warum wir für die Olympischen Spiele in Deutschland, in Bayern sind. Damit bringen wir nämlich auch gute Arbeitsplätze voran.

Herr Hartmann, Ihre Vergleiche sind unlauter. Sie werfen uns vor, dass wir keine demokratische Beteiligung machen. Sie sind unlauter, weil Sie Vergleiche der Kostenstrukturen bringen, die Sie aber nicht ins Gleichgewicht bringen. Bei Vancouver haben Sie die Kosten für die Verkehrsinfrastruktur hineingerechnet, die aber auch anderweitig genutzt wird. Sie haben die Größe der Städte und die Einwohnerzahlen nicht verglichen.

Zum Schluss möchte ich sagen: Gerade im Tourismusbereich brauchen wir Arbeitsplätze, die gut finanziert sind, die einen Entwicklungsschub mit sich bringen. Das ist für die Regionen neben der verkehrlichen Erschließung ausgesprochen wichtig.

Als Letztes möchte ich als Münchnerin unbedingt sagen – ich sehe mich als ehemalige Stadträtin in der Verantwortung –: Wir haben in München sehr gute

Wohnungspolitik gemacht. Wir haben alles Mögliche ausgenutzt, um den sozialen Wohnungsbau nach vorne zu bringen.

(Beifall bei der SPD)

Dass Sie sagen, dass Ihre GRÜNEN in München nicht mitgearbeitet haben, ist sehr schade. In diesem Punkt haben wir eine gute Koalition gehabt.

(Beifall bei der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Vielen Dank, Frau Kollegin Stachowitz. Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist damit geschlossen.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Wie bereits angekündigt, werden wir über beide Anträge namentlich abstimmen. Die Urnen für die Abstimmung stehen vorne auf dem Stenografentisch und an den beiden Ausgängen. Ich werde für die Abstimmung fünf Minuten vorsehen.

Zunächst stimmen wir ab über den Dringlichkeitsantrag 17/18 – das ist der Antrag der Fraktionen der CSU, der SPD und der FREIEN WÄHLER. Mit der Abstimmung kann jetzt begonnen werden.

(Namentliche Abstimmung von 12.44 bis 12.50 Uhr)

Kolleginnen und Kollegen, die fünf Minuten sind um. Ich schließe die Abstimmung. Das Ergebnis wird außerhalb des Sitzungssaals ermittelt.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Darf ich Sie bitten, die Plätze noch einmal einzunehmen. Wir kommen jetzt unverzüglich zur zweiten namentlichen Abstimmung – sobald die Urnen wieder bereitstehen. Zur Abstimmung steht der Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/28. Das ist der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Ja zur Heimat, Nein zur Olympiabewerbung 2022". Sie haben drei Minuten Zeit. Ich eröffne die Abstimmung.

(Namentliche Abstimmung von 12.50 bis 12.53 Uhr)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die drei Minuten sind um. Ich schließe die Abstimmung. Auch dieses Ergebnis wird außerhalb des Sitzungssaals ermittelt.

(Unruhe)

Ich darf Sie bitten, die Plätze wieder einzunehmen. Wir sind noch nicht ganz am Ende dieser Sitzung und

auch noch nicht ganz am Ende dieses Tagesordnungspunktes.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 17/19 bis 17/22 und 17/29 sowie 17/30 werden in die zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen.

Außerhalb der Tagesordnung gebe ich gemäß § 14 Absatz 4 der Geschäftsordnung die Zusammensetzung des Ältestenrats bekannt. Nach § 14 Absatz 2 der Geschäftsordnung besteht der Ältestenrat aus der Präsidentin, die im Verhinderungsfall vom Ersten Vizepräsidenten vertreten wird, und den Vertretern und Vertreterinnen der Fraktionen. Jede Fraktion erhält im Ältestenrat für die angefangene Zahl von je 15 Mitgliedern einen Sitz. Die Benennung ihrer Mitglieder und einer doppelten Anzahl von Stellvertreterinnen und Stellvertretern obliegt den Fraktionen. Die Fraktion der CSU hat demgemäß Anspruch auf 7 weitere Mitglieder, die SPD-Fraktion auf 3 sowie die Fraktionen der FREIEN WÄHLER und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf jeweils 2 Mitglieder. Insgesamt besteht der Ältestenrat damit aus 15 Mitgliedern. Im Einzelnen können die Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Ältestenrats der Ihnen vorliegenden Mitteilung auf Drucksache 17/31 entnommen werden. Das Hohe Haus nimmt davon Kenntnis.

(Siehe Anlage 4)

Ich kann die Sitzung noch nicht schließen, weil das Ergebnis der namentlichen Abstimmungen noch nicht vorliegt, und bitte Sie, wenn Sie die Zeit haben, dieses gemeinsam mit mir abzuwarten.

(Margarete Bause (GRÜNE): Erzähle doch einmal ein paar Geschichten, vielleicht von deiner ersten Sitzung!)

Ich vergesse immer, das Mikrofon an- und auszumachen. Oder es reagiert nicht immer auf meinen Druck. Ich muss mehr Druck ausüben. Der Touchscreen ist verbesserungsdürftig.

(Peter Meyer (FREIE WÄHLER): Mit dem Kugelschreiber versuchen!)

- Ein guter Tipp, genau.

(Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (SPD): Das wird alles protokolliert!)

- Ich weiß, das sind die Geschichten aus dem Nähkästchen.

(Unterbrechung von 13.56 bis 13.58 Uhr)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich gebe jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmungen bekannt. Zunächst geht es um den interfraktionellen Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Josef Zellmeier, Gudrun Brendel-Fischer und anderer und Fraktion (CSU), Markus Rinderspacher, Volkmar Halbleib, Inge Aures und anderer und Fraktion (SPD) und Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Professor (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer und anderer und Fraktion (FREIE WÄHLER) betreffend "Unterstützung einer möglichen Bewerbung der Landeshauptstadt München mit dem Markt Garmisch-Partenkirchen und den Landkreisen Berchtesgadener Land und Traunstein um die Austragung der XXIV. Olympischen und XI-II. Paralympischen Winterspiele 2022", Drucksache 17/18. Mit Ja haben 141 Abgeordnete gestimmt, mit Nein haben 20 Abgeordnete gestimmt. Es gab 1 Stimmenthaltung. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Ich gebe jetzt das Ergebnis für den Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring und anderer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) betreffend "Ja zur Heimat, Nein zur Olympiabewerbung 2022", Drucksache 17/28, bekannt. Mit Ja haben 17 Abgeordnete gestimmt, mit Nein haben 140 Abgeordnete gestimmt. Stimmenthaltungen gab es 3. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Wir sind damit am Ende dieses Tagesordnungspunktes und auch am Ende dieser Sitzung. Ich danke Ihnen für Ihre Geduld und schließe die Sitzung.

(Schluss: 12.59 Uhr)

Zuteilung der Ausschüsse im Landtag

Die Fraktionen von CSU, SPD, FREIE WÄHLER und Bündnis 90/Die Grünen haben sich heute im Anschluss an die Plenarsitzung auf die Verteilung der Vorsitzenden der 13 Ständigen Ausschüsse der 17. Wahlperiode geeinigt.

	Vorsitz	Stellvertretung
Staatshaushalt und Finanzfragen	CSU	SPD
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen	SPD	CSU
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport	CSU	FREIE WÄHLER
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie	CSU	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	CSU	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration	CSU	SPD
Wissenschaft und Kunst	FREIE WÄHLER	CSU
Bildung und Kultus	SPD	CSU
Fragen des öffentlichen Dienstes	CSU	FREIE WÄHLER
Eingaben und Beschwerden	CSU	SPD
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen	CSU	SPD
Umwelt und Verbraucherschutz	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	CSU
Gesundheit und Pflege	SPD	CSU

Die Ausschüsse treten voraussichtlich am 6. November 2013 zu ihren konstituierenden Sitzungen zusammen.

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 24.10.2013 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Josef Zellmeier, Gudrun Brendel-Fischer u. a. und Fraktion CSU, der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Volkmar Halbleib, Inge Aures u. a. und Fraktion SPD, der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u. a. und Fraktion FREIE WÄHLER; Unterstützung einer möglichen Bewerbung der Landeshauptstadt München mit dem Markt Garmisch-Partenkirchen und den Landkreisen Berchtesgadener Land und Traunstein um die Austragung der XXIV. Olympischen und XIII. Paralympischen Winterspiele 2022 (Drucksache 17/18)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Aigner Ilse	X		
Aiwanger Hubert	X		
Arnold Horst	X		
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin	X		
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	X		
Bauer Volker	X		
Baumgärtner Jürgen	X		
Prof. Dr. Bausback Winfried			
Bause Margarete		X	
Beißwenger Eric	X		
Dr. Bernhard Otmar	X		
Biedefeld Susann		X	
Blume Markus			
Bocklet Reinhold	X		
Brannekämper Robert	X		
Brendel-Fischer Gudrun	X		
Brückner Michael	X		
von Brunn Florian		X	
Brunner Helmut	X		
Celina Kerstin		X	
Dettenhöfer Petra	X		
Dorow Alex	X		
Dünkel Norbert	X		
Dr. Dürr Sepp		X	
Eck Gerhard			
Dr. Eiling-Hütig Ute	X		
Eisenreich Georg	X		
Fackler Wolfgang	X		
Dr. Fahn Hans Jürgen	X		
Fehlner Martina	X		
Felbinger Günther	X		
Flierl Alexander	X		
Dr. Förster Linus	X		
Freller Karl	X		
Füracker Albert			
Ganserer Markus		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gehring Thomas		X	
Gerlach Judith	X		
Gibis Max	X		
Glauber Thorsten	X		
Dr. Goppel Thomas	X		
Gote Ulrike		X	
Gottstein Eva	X		
Güll Martin	X		
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra	X		
Haderthauer Christine	X		
Halbleib Volkmar	X		
Hartmann Ludwig		X	
Heckner Ingrid	X		
Heike Jürgen W.	X		
Herold Hans	X		
Dr. Herrmann Florian	X		
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold	X		
Hiersemann Alexandra	X		
Hintersberger Johannes	X		
Hofmann Michael	X		
Holetschek Klaus	X		
Dr. Hopp Gerhard	X		
Huber Erwin	X		
Dr. Huber Marcel			
Dr. Huber Martin	X		
Huber Thomas	X		
Dr. Hünnerkopf Otto	X		
Huml Melanie	X		
Imhof Hermann	X		
Jörg Oliver	X		
Kamm Christine		X	
Kaniber Michaela	X		
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro	X		
Knoblauch Günther	X		
König Alexander	X		
Kohnen Natascha	X		
Kränzle Bernd	X		
Dr. Kränzlein Herbert	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton			
Kreuzer Thomas	X		
Kühn Harald	X		
Ländner Manfred	X		
Lederer Otto	X		
Leiner Ulrich		X	
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig	X		
Lorenz Andreas	X		
Lotte Andreas	X		
Dr. Magerl Christian		X	
Dr. Merk Beate	X		
Meyer Peter	X		
Mistol Jürgen		X	
Müller Emilia			
Müller Ruth	X		
Müller Ulrike			
Mütze Thomas			X
Muthmann Alexander	X		
Neumeyer Martin			
Nussel Walter	X		
Osgyan Verena		X	
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pschierer Franz Josef	X		
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radlmeier Helmut	X		
Rauscher Doris	X		
Dr. Reichhart Hans	X		
Reiß Tobias	X		
Dr. Rieger Franz	X		
Rinderspacher Markus	X		
Ritt Hans	X		
Ritter Florian	X		
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard	X		
Rudrof Heinrich	X		
Rüth Berthold	X		
Sauter Alfred	X		
Scharf Ulrike	X		
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi	X		
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin	X		
Schorer Angelika	X		
Schorer-Dremel Tanja	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schreyer-Stäblein Kerstin	X		
Schulze Katharina		X	
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten	X		
Dr. Schwartz Harald	X		
Schweiger Tanja	X		
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard	X		
Sem Reserl	X		
Sengl Gisela		X	
Sibler Bernd	X		
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana	X		
Stamm Barbara	X		
Stamm Claudia		X	
Steinberger Rosi			
Steiner Klaus	X		
Stierstorfer Sylvia	X		
Stöttner Klaus	X		
Straub Karl	X		
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen	X		
Dr. Strohmayr Simone			
Stümpfig Martin		X	
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter	X		
Tomaschko Peter	X		
Trautner Carolina	X		
Unterländer Joachim	X		
Dr. Vetter Karl	X		
Vogel Steffen			
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard	X		
Weidenbusch Ernst	X		
Weikert Angelika	X		
Dr. Wengert Paul	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Westphal Manuel	X		
Widmann Jutta	X		
Wild Margit		X	
Winter Georg			
Winter Peter	X		
Wittmann Mechthilde	X		
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef			
Zierer Benno	X		
Gesamtsumme	141	20	1

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 24.10.2013 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Ja zur Heimat, Nein zur Olympiabewerbung 2022 (Drucksache 17/28)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus		X		Gehring Thomas	X		
Aigner Ilse		X		Gerlach Judith		X	
Aiwanger Hubert		X		Gibis Max		X	
Arnold Horst		X		Glauber Thorsten		X	
Aures Inge		X		Dr. Goppel Thomas		X	
				Gote Ulrike	X		
Bachhuber Martin		X		Gottstein Eva		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter		X		Güll Martin		X	
Bauer Volker		X		Güller Harald		X	
Baumgärtner Jürgen		X		Guttenberger Petra		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried							
Bause Margarete	X			Haderthauer Christine		X	
Beißwenger Eric		X		Halbleib Volkmar		X	
Dr. Bernhard Otmar		X		Hartmann Ludwig	X		
Biedefeld Susann			X	Heckner Ingrid		X	
Blume Markus				Heike Jürgen W.		X	
Bocklet Reinhold		X		Herold Hans		X	
Brannekämper Robert		X		Dr. Herrmann Florian		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X		Herrmann Joachim			
Brückner Michael		X		Dr. Herz Leopold		X	
von Brunn Florian			X	Hiersemann Alexandra		X	
Brunner Helmut		X		Hintersberger Johannes		X	
				Hofmann Michael		X	
Celina Kerstin				Holetschek Klaus		X	
				Dr. Hopp Gerhard		X	
Dettenhöfer Petra		X		Huber Erwin		X	
Dorow Alex		X		Dr. Huber Marcel			
Dünkel Norbert		X		Dr. Huber Martin		X	
Dr. Dürr Sepp	X			Huber Thomas		X	
				Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Eck Gerhard				Huml Melanie		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute		X					
Eisenreich Georg		X		Imhof Hermann		X	
Fackler Wolfgang		X		Jörg Oliver			
Dr. Fahn Hans Jürgen		X					
Fehlner Martina		X		Kamm Christine	X		
Felbinger Günther		X		Kaniber Michaela		X	
Flierl Alexander		X		Karl Annette		X	
Dr. Förster Linus		X		Kirchner Sandro		X	
Freller Karl		X		Knoblauch Günther		X	
Füracker Albert				König Alexander		X	
				Kohnen Natascha		X	
Ganserer Markus	X			Kränzle Bernd		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X			Dr. Kränzlein Herbert		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kraus Nikolaus		X	
Kreitmair Anton			
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich	X		
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas		X	
Dr. Magerl Christian	X		
Dr. Merk Beate		X	
Meyer Peter		X	
Mistol Jürgen	X		
Müller Emilia			
Müller Ruth			
Müller Ulrike			
Mütze Thomas			X
Muthmann Alexander		X	
Neumeyer Martin			
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena	X		
Petersen Kathi		X	
Pfaffmann Hans-Ulrich		X	
Prof. Dr. Piazolo Michael		X	
Pohl Bernhard		X	
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. Rabenstein Christoph		X	
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris		X	
Dr. Reichhart Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus		X	
Ritt Hans		X	
Ritter Florian		X	
Roos Bernhard		X	
Rosenthal Georg		X	
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Sauter Alfred		X	
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry		X	
Schindler Franz		X	
Schmidt Gabi		X	
Schmitt-Bussinger Helga		X	
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	
Schorer-Dremel Tanja		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan		X	
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Schweiger Tanja		X	
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sengl Gisela	X		
Sibler Bernd		X	
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin		X	
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana		X	
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia	X		
Steinberger Rosi			
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian		X	
Strobl Reinhold		X	
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayr Simone			
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif		X	
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Unterländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl		X	
Vogel Steffen			
Waldmann Ruth		X	
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst		X	
Weikert Angelika		X	
Dr. Wengert Paul		X	
Werner-Muggendorfer Johanna		X	
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta		X	
Wild Margit	X		
Winter Georg			
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert		X	
Zacharias Isabell		X	
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Gesamtsumme	17	140	3

